

SOZIOKULTURELLE ZENTREN UND STADTPOLITIK

Von der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg,
Fachbereich 3, Sozialwissenschaften,
zur Erlangung des Grades eines Dr. rer.pol.
genehmigte Dissertation

von Reinhold Knopp, geb. am 20.01.1954 in Neuss

Referent: Prof. Dr. Walter Siebel

Korreferent: Prof. Dr. Dr. Peter Alheit

Tag der Disputation: 15. Juli 2003

1	EINLEITUNG	5
1.1	DAS THEMA DER ARBEIT	5
1.2	ZUM AUFBAU DER ARBEIT	7
1.3	UNTERSUCHUNGSMETHODEN UND VORGEHENSWEISE	8
1.3.1	GRUNDLAGEN DER EXPERTENINTERVIEWS UND DOKUMENTENANALYSE	9
1.3.2	EIGENE ROLLE IM FORSCHUNGSPROZESS	12
1.3.3	AUSWAHL DER ZENTREN	14
1.3.4	AUSWAHL DER EXPERTINNEN	16
1.3.5	HINWEISE ZU DEN EXPERTENINTERVIEWS UND ZUR DOKUMENTENANALYSE	18
1.4	FORSCHUNGSINTERESSE UND FRAGESTELLUNG	20
1.5	DEFINITION VON STADTPOLITIK	22
2	GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGSLINIEN IN DER GESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	26
2.1	EINLEITUNG	26
2.2	DER ERSTE KONTINUITÄTSBRUCH	27
2.3	DER ZWEITE KONTINUITÄTSBRUCH	30
3	STADTENTWICKLUNG	34
3.1	EINLEITUNG	34
3.2	REURBANISIERUNG UND AUFWERTUNG	34
3.3	DIE DREIGETEILTE STADT	35
3.4	STADTPOLITIK ALS MOTOR DER SPALTUNG DER STADT	37
4	SOZIOKULTUR, NEUE KULTURPOLITIK UND STADT	42
4.1	EINLEITUNG	42
4.2	SOZIOKULTUR UND DIE NEUE KULTURPOLITIK	42
4.3	NEUE KULTURPOLITIK ALS ELEMENT DER STADTENTWICKLUNG	44
4.4	KULTURPOLITIK ALS STANDORTFÖRDERUNG	47
5	SOZIOKULTURELLE ZENTREN	49
5.1	ZUR PROGRAMMATIK SOZIOKULTURELLER ZENTREN	49
5.2	DIE AKTEURE UND NUTZER SOZIOKULTURELLER ZENTREN	55
5.3	DIE RÄUMLICHE DIMENSION - BEZUGSPUNKTE ZU STADT	57
6	FAZIT UND BEZUG ZU DEN THESEN	60

7	DIE ZENTREN	62
7.1	DER BAHNHOF LANGENDREER IN BOCHUM.....	62
7.2	DIE LAGERHALLE IN OSNABRÜCK	69
7.3	DER SCHLACHTHOF IN BREMEN	73
7.4	DER PAVILLON IN HANNOVER	79
7.5	DIE PUMPE IN KIEL.....	84
7.6	DAS E-WERK IN ERLANGEN	88
7.7	DIE BÖRSE IN WUPPERTAL	92
7.8	DIE ZEHE CARL IN ESSEN	96
7.9	DIE LINDENBRAUEREI IN UNNA	101
7.10	DAS ZAKK IN DÜSSELDORF.....	104
8	AUSWERTUNG	112
8.1	STELLUNGNAHME ZU THESE 1	112
8.1.1	AUSSAGEN ZUR PROGRAMMATIK.....	112
8.1.2	DIE AKTEURE	114
8.1.3	DIE RÄUMLICHE LAGE.....	115
8.1.4	AUSSAGEN ZUR STADTPOLITIK	116
8.1.5	FAZIT UND ERKLÄRUNG	119
8.2	STELLUNGNAHME ZU THESE 2	121
8.2.1	AUSSAGEN ZUR PROGRAMMATIK HEUTE	122
8.2.2	AKTEURE HEUTE.....	124
8.2.3	ENTWICKLUNG DES RÄUMLICHEN UMFELDES.....	127
8.2.4	AUSSAGEN ZUR STADTPOLITIK	128
8.2.5	FAZIT UND ERKLÄRUNG	134
8.3	UNTERSUCHUNG ZU SOZIOKULTURELLEN ZENTREN IN NRW	139
8.4	FAZIT	143
9	SOZIOKULTURELLE ZENTREN UND STADTPOLITIK	146
	LITERATUR	152

1 Einleitung

1.1 Das Thema der Arbeit

Soziokultur gilt als ein zentrales Stichwort einer Kulturpolitik der frühen siebziger Jahre in der Bundesrepublik, deren erklärtes Ziel die Demokratisierung von Kultur und Gesellschaft war. Die vielfältigen Bestrebungen der Verwirklichung einer humaneren Gesellschaft, einer Gesellschaft mit Chancengleichheit, mit Zugang zu Bildung und Kultur, mit Möglichkeiten der Entfaltung der Persönlichkeit durch kulturelle Eigenaktivität ‚für alle‘ sind mit einem konkreten Ort verbunden: Mit der Stadt. Unter Zielformulierungen, wie „Humanopolis“ (Schwenke 1971), „nachökonomische Stadt“ (Sauberzweig 1974) und „Kulturlandschaft Stadt“ (Glaser/Stahl 1974) ist die reformorientierte Kulturpolitik angetreten, dem 1971 veröffentlichten Aufruf des Deutschen Städtetages „Rettet unsere Städte jetzt“ zu folgen. Urbanität und Kommunikation sind dabei ihre „Schlüsselbegriffe“ (Röbke 1995). Mit der Entschließung des Deutschen Städtetages 1973 „Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung“ werden die Ziele der Soziokultur auf die Veränderung der Stadt hin konkretisiert. Die „moderne Stadt“ soll zu einem Ort werden, der die „soziale, geistige und kulturelle Entfaltung des Menschen ermöglicht“. Kultur in der Stadt wird definiert als Förderung von Kommunikation, Schaffung von Spielräumen und Herausforderung zur Reflexion.

Viele der heute knapp 450 soziokulturellen Zentren sind vor dem Hintergrund der auf Stadtentwicklung bezogenen kulturpolitischen Ziele konzipiert, erkämpft, verhandelt und später dann auch errichtet worden. Die ersten Zentren sind fast ausschließlich in Großstädten entstanden. Ihre Realisierung in leerstehenden Fabriken, Lagerhallen, Schlachthöfen und anderen Gebäuden, die von der Industriegeschichte der Städte Zeugnis geben, ist Indiz für eine auf urbane Stadtentwicklung bezogene Politik. Schließlich werden die meist in die Millionen gehenden Umbaukosten mit der Intention zur Verfügung gestellt,

diese historischen Räume einer neuen, möglichst lebendigen Nutzung zuzuführen.

In aktuellen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zur Entwicklung der deutschen Städte, finden sich Zustandsbeschreibungen, die sehr weit von den damals formulierten Idealen entfernt sind. Überschriften wie ‚Spaltung der Stadt‘, ‚sozialräumliche Polarisierung‘, ‚ethnische Konflikte‘ verweisen auf den zunehmenden Verlust der Integrationskraft der Städte. Urbanität, als Eigenschaft der traditionellen europäischen Stadt, wird als in einem Auflösungsprozess befindlich beschrieben.

Vor dem Hintergrund solcher Entwicklung ist zu erwarten, dass aus ‚der Soziokultur‘ heftigster Widerstand kommt gegen die aktuell vorherrschenden Tendenzen der Stadtentwicklung und gegen eine Stadtpolitik, die diese noch beschleunigt. Das gilt noch einmal in besonderer Weise für das relevanteste Praxisfeld von Soziokultur, die soziokulturellen Zentren. Diese sind überwiegend in der Phase der „Reurbanisierung“ (Häußermann/Siebel 1987, 1997) Teil der kulturellen Infrastruktur der Städte geworden und stehen damit in einem besonderen ‚geschichtlichen Verhältnis‘ zur Stadt.

In Gründungsdokumenten der ersten soziokulturellen Zentren finden sich Aussagen zur Entwicklung der Lebensbedingungen in den Städten, die auf die Verbesserung der Lebensbedingungen für alle Stadtbewohner gerichtet sind. Zugleich beinhaltet die Übernahme der Verantwortung für ‚das eigene Haus‘ und die Selbstorganisation, eine enorme Bindung von Kraft, was die Möglichkeiten, diese auf Stadtpolitik bezogenen Zielsetzungen zu verfolgen, gegebenenfalls begrenzt.

In der im folgenden dargestellten Untersuchung steht die Frage nach der Entwicklung und dem Wandel des Verhältnisses soziokultureller Zentren zu Stadt und Stadtpolitik im Mittelpunkt: Lösen die soziokulturellen Zentren in den 70er und 80er Jahren den Anspruch ein, auf die Entwicklung der

Lebensbedingungen in der Stadt Einfluss zu nehmen? Welche Bedeutung nehmen heute Stadtentwicklung und Stadtpolitik in der Arbeit der Zentren ein? Führt die immer deutlicher werdende Tendenz eines Schwindens urbaner Lebensqualitäten und einer sozialen Spaltung in den Städten zu verstärkten Aktivitäten der Zentren in Richtung Stadtpolitik? Diesen Fragen wird in der Auswertung der Praxis von zehn großen Zentren nachgegangen.

1.2 Zum Aufbau der Arbeit

Nach der Darstellung des methodischen Vorgehens folgen drei übergeordnete Teile:

Im ersten Teil erfolgt die Darlegung der gesellschaftstheoretischen Grundlagen. Dabei wird die Verbindung gesellschaftlicher Entwicklungen in der BRD, und ihrer besonderen Ausgestaltung auf der Ebene der Stadt, mit den Ambitionen der *Neuen Kulturpolitik* und dem ‚Phänomen‘ soziokulturelle Zentren dargestellt. Angelehnt an Ergebnisse zweier Tagungen der Sektion „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Ende der 90er Jahre wird von zwei Kontinuitätsbrüchen in der Geschichte der Bundesrepublik ausgegangen. Beide Entwicklungen konkretisieren sich zuerst auf der räumlichen Ebene der Stadt, sowohl die mit ‚gesellschaftlicher Öffnung‘ verbundenen Prozesse in den 70er Jahren als auch die gegenwärtigen Tendenzen zur sozialen und sozialräumlichen Schließung. Die Darstellung ihrer Auswirkungen auf die Stadtentwicklung werden ebenso kurz dargestellt und reflektiert, wie die Widerspiegelung beider Tendenzen in der kommunalen Kulturpolitik, von „Kultur für alle“ (Hilmar Hoffmann 1979) bis zur Kulturpolitik als Element des Standortwettbewerbes. Hieran schließen Ausführungen an, die eine Annäherung an den Begriff soziokulturelles Zentrum zum Ziel haben.

Im zweiten Teil steht die Untersuchung und die Darstellung ihrer Ergebnisse im Mittelpunkt. Die Ergebnisse zu den eingangs vorgestellten Fragestellungen nach dem Verhältnis soziokultureller Zentren zu Stadt und Stadtpolitik werden zunächst am Beispiel der in die Untersuchung einbezogenen zehn Zentren

vorgetragen, danach verallgemeinert und ausgewertet. Hieran schließt sich ein Abgleichen mit den Ergebnissen einer weiteren Untersuchung von soziokulturellen Zentren im Bundesland NRW an.

Abschließend folgen Überlegungen zu möglichen Konsequenzen für die Entwicklungsperspektive soziokultureller Zentren, bezogen auf ihr Verhältnis zu Stadt und Stadtpolitik.

1.3 Untersuchungsmethoden und Vorgehensweise

Um zu relevanten Aussagen über die in den soziokulturellen Zentren vorherrschenden Haltungen und die tatsächlichen Aktivitäten zu Stadtpolitik zu gelangen, wurden Experteninterviews durchgeführt. Weitere Aussagen von Experten konnten während der Tagung „Perspektive Soziokultur?!“ ermittelt werden, die Ende 1998 in Düsseldorf stattfand (Flohé/Knopp 1999). Durch die vorbereitend und begleitend erfolgte Dokumentenanalyse von Programmheften und weiteren Veröffentlichungen der in die Untersuchung einbezogenen soziokulturellen Zentren, konnte der „Begrenzung der Auswertung auf Expertenwissen“ (Flick 1996, S. 146) entgegengewirkt und zugleich die Kompetenz des Interviewers für die Interviews erweitert (Flick 1996, S. 110) werden.

Die Untersuchung wurde in folgenden Schritten erstellt:

1. Auswertung bereits veröffentlichter wissenschaftlicher Publikationen mit verwandter Fragestellung und gleichem Untersuchungsgegenstand. Hierbei insbesondere die Untersuchungen und Veröffentlichungen von Irene Hübner (1981), Ludger Claßen u.a. (1989), Wolfgang Nahrstedt u.a. (1990), Udo Husmann/Thomas Steinert (1990, 1993), Joachim Schulze (1993), Albrecht Göschel u.a. (1995).
2. Expertinneninterviews in 10 Zentren Anfang bis Mitte 1998.

-
3. Thematisierung der Frage Stadtbezug innerhalb einer AG im Rahmen einer Tagung im Juni 1998, an der die Experten und Expertinnen dieser Zentren beteiligt waren.
 4. Auswertung von Programmheften der in die Untersuchung einbezogenen Zentren, in der Regel im Zeitraum 4/98 bis 4/99.
 5. Erneute Expertenbefragung Ende 1999 bis Anfang 2000 mit neuen Fragestellungen, die aus den ersten Interviews und der Analyse der Programmhefte abgeleitet wurden.

Die auf diese Weise ermittelten Ergebnisse werden abschließend im Kontext einer 2002 bei soziokulturellen Zentren in NRW durchgeführten Untersuchung (Flohé/Knopp, Veröffentlichung in Vorbereitung) abgeglichen und diskutiert, da diese in Teilaspekten ähnliche Fragekomplexe berührt.

1.3.1 Grundlagen der Experteninterviews und Dokumentenanalyse

Die Studie stützt sich auf zwei methodische Zugänge: Erstens wurden Experteninterviews mit Fragestellungen zur Entwicklung geführt, zweitens wurden Dokumente der Zentren sekundärstatistisch ausgewertet.

Michael Meuser und Ulrike Nagel weisen darauf hin, dass Experteninterviews in der Fachliteratur zur Sozialforschung eher eine randständige Position einnehmen, jedoch eine wesentlich größere Verbreitung haben, als dies allgemein angenommen wird. Dies ist insbesondere der Fall in der Industrie-soziologischen Forschung, der soziologischen Verwendungsforschung, der Bildungsforschung und in der Implementationsforschung (Meuser/Nagel 1997, S. 481). Sie ordnen dem Experteninterview im Spiegel "einer gesellschaftlichen Entwicklung", die "vielerorts als Expertokratisierung gesehen wird", hohe Funktionalität zu und werten dieses Verfahren als zeitökonomisch und effektiv (Meuser/Nagel 1994, S. 191). Aus ihrer Sicht kann das Experteninterview „solchen Wissensbeständen auf die Spur kommen, die für die Erklärung sozialen Wandels von Bedeutung sind“ (ebenda). Auch Ulrich von Alemann

und Wolfgang Tönnemann messen Experteninterviews Bedeutung zu, dies insbesondere im Rahmen der Politikforschung. Sie geben zu bedenken, dass mit ihnen auch die Möglichkeit besteht, über die angestrebten kompetenten Aussagen hinaus Zugang zu internen, unveröffentlichten Dokumenten zu finden (Alemann/Tönnemann 1995, S. 117, Schmid 1995, S. 323f.).

Bei Experteninterviews stehen, im Unterschied zu anderen offenen Formen des Interviews, nicht die befragten Personen im Mittelpunkt des Interesses, sondern ihr Wissen, über das sie als „FunktionsträgerInnen innerhalb eines organisatorischen oder institutionellen Kontextes“ verfügen. Die aus den damit verbundenen Zuständigkeiten und Tätigkeiten erwachsenen Erfahrungen und „Wissenbestände“ sind Kern der Befragungen (Meuser/Nagel 1991, S. 444). Michael Meuser und Ulrike Nagel unterscheiden zwischen einer zentralen Bedeutung und einer Randstellung von Expertinneninterviews im Forschungsdesign. Im ersteren Fall soll von den kompetenten Gesprächspartnern „Betriebswissen“ erfragt werden. Die Experten selbst sind „Zielgruppe der Untersuchung“ und sollen Auskunft über „ihr eigenes Handlungsfeld“ geben; ihr „Erfahrungswissen“ ist gefragt. Als Beispiel wird hier die Befragung von Personalverantwortlichen über die Handhabung einer „Gleichstellungsklausel“ genannt. Im zweiten Fall geht es um „Kontextwissen“, d.h. die Auskünfte der Experten geben Informationen über die Kontextbedingungen einer anderen Zielgruppe (Meuser/Nagel 1991, S. 445f.). Auf diesen Ansatz soll hier nicht weiter eingegangen werden, da es bei der vorliegenden Untersuchung um die Erfassung von „Betriebswissen“ geht.

Michael Meuser und Ulrike Nagel betonen die Notwendigkeit einer Strukturierung der Experteninterviews. Sie halten eine leitfadenorientierte Gesprächsführung für die geeignete Form, Expertenwissen abzurufen. Aus ihrer Sicht wird durch eine solche Vorgehensweise nicht zwangsläufig auf alle Vorteile einer halboffenen Gesprächsführung verzichtet. Mit der Erstellung des Leitfadens und der damit einhergehenden Vorbereitung auf das Gespräch, wird zugleich eine Annäherung an die Kompetenz des Experten möglich, die den

Gesprächsablauf positiv beeinflussen kann. Wichtig dabei ist, dass der Leitfaden sich im „Sprachspiel“ der befragten Experten bewegt (Meuser/Nagel 1991, S. 448f., 1997, S. 483). Entspricht der hierfür gewählte „Code“ nicht dem der Expertin oder des Experten, kann dies zu einem Scheitern des Interviews führen. Wenn sich herausstellt, dass die Experten für die zur Untersuchung stehende Frage wirklich kompetent sind, kommt der Gestaltung des Interviewverlaufes eine besondere Bedeutung zu. Ein gelungener Diskurs liegt nach Michael Meuser und Ulrike Nagel dann vor, wenn die Neugierde des Experten an der Untersuchung geweckt werden kann und es auf der Basis gegenseitiger Fremdheit der Akteure zu einer Verständigung über die Sachfrage kommt (Meuser/Nagel 1991, S. 450).

Eine dokumentengestützte Analyse baut auf verfügbare Daten aus den veröffentlichten Dokumenten, Schriftstücken, Programmen etc. auf. Diese verfügbaren Dokumente werden unter den jeweiligen Fragestellungen ausgewertet. Dabei ergeben sich spezielle, aus der entsprechenden Dokumentenbasis herrührende Fragen. Werner Früh kennzeichnet die Dokumentenanalyse als eine Form der Inhaltsanalyse und als „eine Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen“ (Früh 1991, S. 24). Die einzelnen Schritte des Verfahrens, wie die Festlegung der Analyse- und Erhebungseinheiten oder die Auswahl der Texte, sollen systematisch und intersubjektiv nachvollziehbar sein. Dies bedeutet, dass mit der Dokumentenanalyse Schriftstücke mit einem festen, standardisierten Kategorienschema, mit vordefinierten Variablen untersucht werden. Dieser Aufbau eines Kategoriensystems, welches am Material selbst oder theoriegeleitet entwickelt werden kann, ist sozusagen das Herzstück der Dokumentenanalyse. In der Regel werden die inhaltsanalytisch erhobenen Daten dazu benutzt, um eine „Frequenzanalyse“ durchzuführen, also um zu ermitteln, wie häufig ein bestimmtes Thema oder ein anderer Kommunikationsinhalt genannt wird bzw. zählbar ist.

Gegenüber anderen Forschungsmethoden bietet die Dokumentenanalyse nach Werner Früh folgende Vorteile:

- die Dokumentenanalyse erlaubt Aussagen über nicht erreichbare Kommunikatoren;
- der Forschende ist nicht auf die Zusammenarbeit mit Versuchspersonen angewiesen;
- der Zeitfaktor spielt eine untergeordnete Rolle, es fallen keine Gesprächstermine an;
- das Untersuchungsobjekt wird durch die Untersuchung nicht verändert bzw. beeinflusst;
- die Untersuchung ist reproduzier- und wiederholbar (Früh 1991, S. 39).

1.3.2 Eigene Rolle im Forschungsprozess

Im Verlauf der vier Jahre, die die Untersuchung und ihre Auswertung in Anspruch genommen hat, habe ich diese unter verschiedenen Perspektiven und Blickwinkeln erlebt. Aufgrund langjähriger Tätigkeit als Lehrbeauftragter im Fach Soziologie an der Fachhochschule Düsseldorf und zahlreicher Vortragstätigkeiten zu Fragen der Theorie und Praxis von Kulturarbeit konnte ich mit ‚distanziert wissenschaftlichem‘ Blick der Frage nachgehen, wie sich das Verhältnis von soziokulturellen Zentren zur Stadtpolitik entwickelt hat, zumal die Themen meiner Lehr- und Vortragstätigkeit damit in einem engen Zusammenhang standen.

Als langjähriger Leiter eines der in die Untersuchung einbezogenen Zentren war ich zugleich in einer vollkommen anderen Rolle und erlebte diese mit einer deutlich anderen Sicht auf das Geschehen. Im Zusammenhang mit der *teilnehmenden Beobachtung* sind vielfach die Vor- und Nachteile, die sich aus solchen Positionen ergeben, diskutiert worden. Uwe Flick, der die teilnehmende Beobachtung als eine in der qualitativen Forschung verbreitete Methode aufführt, schreibt dazu: „Hier sind das Eintauchen des Forschers in das untersuchte Feld, seine Beobachtung aus der Perspektive des Teilnehmers, aber

auch sein Einfluss auf das Beobachtete durch seine Teilnahme, wesentliche Kennzeichen“ (Flick 1996, S. 157, siehe auch Lamnek 1989, S. 233ff.). Siegfried Lamnek betont den Grundsatz, qualitative Forschung als Kommunikation zu betrachten (Lamnek 1988, S. 24). Der Forschende deutet mit seinen „Definitions- und Interpretationsleistungen“ nicht nur die ihm zugängliche Wirklichkeit, sondern „konstituiert diese auch mit“ (Lamnek 1988, S. 23). In der *teilnehmenden Beobachtung* sieht er ein solches kommunikatives Grundverständnis methodisch in „hervorragender Weise realisiert“ (Lamnek 1989, S. 255). Zugleich wird darauf hingewiesen, dass in der *teilnehmenden Beobachtung* die Gefahr eines Verlustes der kritischen Außenperspektive und einer nicht hinterfragten Übernahme „der im beobachteten Feld geteilten Sichtweisen“ besteht; ein Effekt, der mit dem Begriff „going native“ bezeichnet wird (Flick 1996, S. 161). Das Verfahren der teilnehmenden Beobachtung stellt deshalb große Anforderungen an die Forschenden: Offenheit, Toleranz und Akzeptanz gegenüber dem zu untersuchenden „sozialen Feld“ (Lamnek 1989, S. 254) und die Bewahrung der kritischen Distanz eines „professionellen Fremden“ (Flick 1996, S. 161).

In der Regel zeichnet sich die *teilnehmende Beobachtung* dadurch aus, dass der bzw. die Forschende sich auf ein „fremdes Terrain“ begibt und vor dem Problem steht, sich in angemessener Form dort einbringen zu müssen, so z.B. in subkulturellen Milieus oder in Jugendszenen (Flick 1996, S. 160f.). Im konkreten Fall der hier vorgestellten Untersuchung verhielt sich dies in wichtigen Aspekten anders: Das Problem der sensiblen Annäherung an das „soziale Feld der Untersuchung“ stellte sich für mich nicht, da es sich bei den Experten um Menschen handelt, die im gleichen beruflichen Feld tätig sind. Auch entfiel die in Experteninterviews mitunter auftretende Problematik, von den Interviewten als inkompetenter Gesprächspartner betrachtet zu werden (Flick 1996, S. 110, Meuser/Nagel, 1991, S. 448). Dafür erwies sich in den ersten Interviews die Einnahme einer ‚kollegialen Haltung‘ als hinderlich. So zeigte sich bei der Auswertung, dass in einigen Fällen Verständnis geäußert wurde, anstatt durch Nachfragen genauer herauszuarbeiten, warum beispielsweise bestimmte Ansprüche als in der Praxis nicht eingelöst genannt wurden. Diese

Problemlage wurde bei der Konzeptionierung des zweiten Interviewleitfadens berücksichtigt. Hier wurden Fragen nach den Gründen solcher Widersprüche zwischen Anspruch und Praxis explizit angesprochen.

Fertiggestellt wurde die Arbeit etwa ein Jahr nach meinem Ausscheiden beim Düsseldorfer Kulturzentrum zakk.

1.3.3 Auswahl der Zentren

Kriterien für die Auswahl der Zentren, die in die Untersuchung einbezogen wurden:

- Die Zentren existieren bereits so lange, dass sie noch im Kontext relevanter Impulse der *Neuen Kulturpolitik* der 1970er/1980er Jahre konzipiert und errichtet wurden. Hieraus ergibt sich eine Einschränkung auf Zentren in den alten Bundesländern.
- Es kann von der Wahrscheinlichkeit ausgegangen werden, dass die mit dieser Kulturpolitik verbundenen Inhalte, insbesondere der Anspruch, die Stadtentwicklung im Sinne der Schaffung besserer sozialer und kultureller Bedingungen für alle Bürger zu beeinflussen, auch gegenwärtig noch Grundlage oder zumindest wichtiger Aspekt der Arbeit dieser Zentren sind.
- Es handelt sich um große Kulturzentren, mit stadtweiter Positionierung, also nicht um Stadtteilzentren. Nach Udo Husmann und Thomas Steinert können diese dem „Typ 4 Großzentren“ zugeordnet werden, die sich u.a. durch die Zahl der Mitarbeiterinnen („acht und mehr sozialversicherungspflichtige“), durch ein „multifunktionales“ und differenziertes Angebot auszeichnen (Husmann/Steinert 1990, S. 95) und im Vergleich zu den anderen Zentren bei „den Angeboten zur politischen Arbeit und im Veranstaltungsbereich vorn“ liegen (Husmann/Steinert 1990, S. 158).
- Die Zentren verfügen in einem relevanten Umfang über öffentliche Förderung und eigene Einnahmen. Damit verfügen sie über einen

Handlungsspielraum, der über die reine Existenzsicherung hinausgeht und ein entsprechendes Engagement grundsätzlich möglich macht.

Zur Begründung:

Ein besonders wichtiges Kriterium ist die zeitliche und inhaltliche Nähe zur Ausstrahlung der Neuen Kulturpolitik auf kommunaler Ebene und zu deren Akteuren. Nur auf diese Weise ist sichergestellt, dass die Ziele der Soziokultur Eingang in die Konzeption der Zentren nehmen konnten - was in jedem Einzelfall auch überprüft wurde. Dies trifft für den Zeitraum Anfang/Mitte 1970er Jahre bis Anfang/Mitte 1980er Jahre zu. Bei dem in die Untersuchung integrierten Kulturzentrum Lindenbrauerei/Unna liegt der Gründungszeitraum Ende der 1980er Jahre, hier wirkt sich aber in besonderer Weise aus, dass die verantwortlichen Mitarbeiter des Kulturamtes sich auch in dieser Zeit noch der *Neuen Kulturpolitik* verbunden fühlten.

Die Beschränkung auf große Kulturzentren, denen eine Bedeutung für die gesamte Stadt und nicht nur für den jeweiligen Stadtteil zukommt, dient nicht nur der Vergleichbarkeit. Durch die stadtweite Ausstrahlung ist eine größere Chance gegeben, dass auch Fragen von gesamtstädtischer Relevanz thematisiert werden.

Dem Auswahlkriterium des relevanten Anteils öffentlicher Förderung am Gesamthaushalt liegen mehrere Aspekte zugrunde. Selbst bei solchen großen soziokulturellen Zentren, bei denen kommunale Förderung immerhin noch 25% des Gesamtumsatzes ausmacht, gibt es ein Spannungsverhältnis zwischen den inhaltlichen Zielsetzungen und der Notwendigkeit der Eigenfinanzierung. Dies zeigt sich z.B. in der Suchtpräventionsarbeit bei Jugendlichen auf der einen, der Notwendigkeit des finanziellen Standbeines Kneipe auf der anderen Seite (König-Bargel 1999, S. 119f.). Erhält ein soziokulturelles Zentrum in der Größenordnung der ausgewählten Zentren einen Zuschuss in marginaler Höhe, so ist zu erwarten, dass die Schwerpunktaktivitäten absolut auf der Realisierung von Einnahmen aus Veranstaltungen, Verpachtungen und

Gastronomie liegen und keine Ressourcen für inhaltliche Projekte und hier für die Auseinandersetzung mit den Lebensverhältnissen in der Stadt, vorhanden sind. Ein weiteres Argument birgt die Tatsache, dass die Förderung mit öffentlichen Mitteln, bei denen es sich fast ausschließlich um kommunale Mittel handelt, die Zentren in einen direkten Zusammenhang mit der Stadtpolitik stellt - quasi in eigener Sache. Hieraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis zu den kommunalen Entscheidungsträgern. Einerseits gilt es, die Legitimation der Förderung durch den Beitrag der Zentren für die Infrastruktur in der Stadt herauszustellen, andererseits ist aber auszuloten, ob evtl. geforderte Anpassungsleistungen, wie z.B. die Vermeidung von kritischen Themenveranstaltungen oder Verweigerung einer Raumvergabe an autonome Gruppen, abgewendet werden können.

1.3.4 Auswahl der Expertinnen

„Ob jemand als Expertin angesprochen wird, ist in erster Linie abhängig vom jeweiligen Forschungsinteresse. Expertin ist ein relationaler Status“ (Meuser/Nagel 1991, S. 443). Ein Expertenstatus wird also vom Forschenden zugewiesen. Ulrike Nagel und Michael Meuser betonen allerdings mehrfach, dass es auch ohne Statuszuweisung von „soziologischen Gnaden“ Experten gibt; so ist z.B. ein Personalchef ebenso Experte für die Auswahl von Mitarbeitern wie dies ein Personalrat sein kann. Ob der Experte allerdings Ziel von Experteninterviews wird, hängt letztlich vom Forschungsinteresse ab (Meuser/Nagel 1991, S. 443, 1997, S. 484). Dies macht erforderlich, dass im Vorfeld der Expertinneninterviews eine Analyse des Untersuchungsfeldes vorgenommen wird, in dem zu ermitteln ist, wem ein Expertenstatus zugeschrieben werden kann (Meuser/Nagel 1997, S. 486).

Eine Person wird im Kontext der Forschungsfrage zum Experten, wenn die begründete Annahme existiert, dass sie über einen besonderen Zugang zu „Informationen über Personengruppen oder Entscheidungsprozesse verfügt“ (Meuser/Nagel 1991, S. 443), bzw. einen Wissensvorsprung „in dem interessierenden Handlungsfeld“ hat (Meuser/Nagel 1997, S. 484).

Ronald Hitzler macht dies u.a. durch die Unterscheidung zwischen Experten und Spezialisten plausibel. Er charakterisiert den Spezialisten als Jemanden mit Kenntnissen über ein bestimmtes Wissensgebiet, die er zur Erfüllung seiner Spezialfunktion haben muss. Damit ist jedoch nicht zwangsläufig eingeschlossen, dass er „über das Bescheid weiß, was andere Spezialisten auf dem gleichen Gebiet wissen, jedenfalls nicht über das, was hierzu insgesamt gewusst wird“ (Hitzler 1994, S. 25). Ein Experte hingegen „gilt als Experte auf einem Gebiet“ und hat „sozusagen den Überblick über einen Sonderwissensbereich“ (Hitzler 1994, S. 26).

Um die einleitend aufgeführten Thesen überprüfen zu können, musste Expertinnenwissen unmittelbar bei Akteuren der soziokulturellen Zentren ermittelt werden, da es um das Selbstverständnis und die Praxis der Zentren geht. Ein solches „Sonderwissen“, ob bewusst oder impliziert, ist bei denjenigen zu finden, die die inhaltliche Arbeit des Zentrums an entscheidender Stelle begleiten. Außenstehende, wie z.B. Akteure der Kulturpolitik und -verwaltung sind nur in der Lage, die von ihnen wahrgenommen direkten Aktivitäten der soziokulturellen Zentren zu reflektieren. Damit ergeben sich gleich zwei Einschränkungen: Zum einen ist fraglich, ob sie in der Vielfalt der kulturpolitischen Themen und Aktivitäten in einer Stadt, diese in angemessener Weise wahrnehmen. Zum anderen sind sie nicht in der Lage, intendierte Ansätze in der Kulturarbeit der Zentren zur Stadtpolitik (z.B. Treffen mit Kooperationspartnern, Mitwirkung in Arbeitskreisen), die nicht in konkreten Veranstaltungen oder Publikationen münden, zu registrieren.

Die Einschränkung der für die Untersuchung interviewten Experten auf Akteure der soziokulturellen Zentren erfüllt zugleich die Anforderung, einen für die Vergleichbarkeit der Aussagen bedeutsamen „gemeinsam geteilte(n) institutionell-organisatorische(n) Kontext“ herzustellen (Meuser/Nagel 1991, S. 435).

1.3.5 Hinweise zu den Experteninterviews und zur Dokumentenanalyse

Die Tatsache, dass alle in die Untersuchung einbezogenen Zentren einmal monatlich ihr Veranstaltungsprogramm veröffentlichen, war für die Dokumentenanalyse sehr hilfreich. Auf diese Weise war eine exakte Auswertung des Veranstaltungsangebotes über den Zeitraum eines Jahres möglich. In der Regel war dies der Zeitraum 4/98 bis 4/99, in einigen wenigen Fällen wurde hiervon abgewichen, so hat z.B. das Zentrum „Die Börse“ in Wuppertal einige Monate geschlossen und somit war der Zugriff hier nur auf die Dokumentation des Programms von acht Monaten möglich.

Die Veranstaltungsprogramme werden in einem vom Zentrum erstellten Programmheft abgedruckt, bzw. in einem Fall im Rahmen einer vom Zentrum mit herausgegebenen und erstellten Zeitung veröffentlicht. Die vielfach in diesen Publikationen zu findenden Kommentare zum Programm und zu allgemeinen Themen wurden bei der Auswertung ebenso berücksichtigt, wie Stellungnahmen zu stadtpolitischen Themen in expliziter Form.

Weit schwieriger gestaltete sich der Versuch, Dokumente aus der Gründungsphase in die Untersuchungen einzubeziehen, da nur wenige Zentren über ein Archiv verfügen, das so weit zurückreicht.

Die Experteninterviews wurden im ersten Durchgang alle vor Ort, d.h. in den jeweiligen Zentren, die in die Untersuchung einbezogen wurden, durchgeführt. Um Informationen über den Wandel in den Konzepten und der tatsächlichen Praxis zu erhalten, mussten die Experten über einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren Auskunft geben können. In vielen Fällen war dies möglich, da insbesondere bei den Planungs- und Leitungspositionen in soziokulturellen Zentren wenig personelle Fluktuation gegeben ist (Husmann/Steinert 1993, S. 170ff.). Bei drei Zentren musste der Kreis der interviewten Experten aus diesem Grunde erweitert werden, so dass sowohl Akteure ‚der ersten Stunde‘ als auch

diejenigen interviewt wurden, die heute an Planung und Entscheidung beteiligt sind.

Der Interviewleitfaden für die erste ‚Runde‘ der Expertengespräche war unterteilt in Fragen nach dem ‚Damals‘, d.h. der Phase der Konzeptionierung und Errichtung der Zentren und nach dem ‚Heute‘. Einleitend wurde immer die Frage nach der Entstehungsgeschichte der Zentren gestellt. Über den Leitfaden wurden in beiden zeitlichen Phasen drei thematische Schwerpunkte angesprochen, die als Bezugspunkte für die Zentren entwickelt wurden. Der ‚räumliche Bezug‘, die ‚Akteure‘ und die ‚Programmatik‘ der Zentren. Unter der Überschrift ‚räumlicher Bezug‘ wurden u.a. Fragen nach dem angrenzenden Stadtteil und seiner Veränderung, nach dem Kontext zur Stadtplanung und ersten Hinweisen zur Stadtpolitik gestellt. Auch im Zusammenhang mit dem Komplex ‚die Akteure‘ wurden Fragen nach dem Verhältnis zur Stadtpolitik gestellt, z.B. ob diese auch in anderen Feldern der Stadtpolitik aktiv waren bzw. sind und falls ja, welche Auswirkungen dies auf die Arbeit der Zentren hat. Bei der ‚Programmatik‘ ging es explizit um Fragen des Verhältnisses zur Stadtpolitik.

Eine Sichtung aller bislang ermittelten Informationen aus Experteninterviews und Dokumentenanalysen 1999 zeigte, dass ein Nachfragebedarf zu den Aspekten bestand, die die gegenwärtige Praxis der Zentren in Bezug auf Stadtpolitik betreffen. Aus diesem Grund wurde Ende 1999/Anfang 2000 eine zweite Expertenbefragung durchgeführt. Hierbei wurden jedoch nur die Interviewpartner angesprochen, die mit der gegenwärtigen Praxis vertraut sind bzw. als Entscheidungsträger daran mitwirken.

Im zweiten Interviewleitfaden standen konkretere Fragen nach dem Verhältnis zur Stadtpolitik im Mittelpunkt. Gefragt wurde nur nach dem ‚Heute‘. Entsprechend ging es darum, welche Themen der Stadtpolitik gegenwärtig in der Arbeit der Zentren aufgegriffen werden. Darüber hinaus wurden Fragen zur personellen und organisatorischen Verflechtung mit der Stadtpolitik und zu

Verbindungen zur lokalen Kulturszene gestellt. Mit einer Skala von 1-10 wurde der Stellenwert abgefragt, den solche Themen in der Arbeit der Zentren einnehmen. Falls die Einschätzung dahin ging, die Aktivitäten als zu gering bzw. nicht angemessen zu bewerten, wurde nach Erklärungen gefragt. Hierfür wurde ein Raster mit Gründen angeboten, das auf der Basis des bisherigen Kenntnisstandes in der Untersuchung erstellt wurde und zugleich die Möglichkeit eingeräumt, weitere Punkte zu nennen.

1.4 Forschungsinteresse und Fragestellung

Das dieser Arbeit zugrunde liegende Forschungsinteresse zielt auf die Frage, inwieweit soziokulturelle Zentren im Kontext ihrer Entstehungsgeschichte die Einflussnahme auf Entwicklungen von Lebensbedingungen in der Stadt, und damit auch auf Stadtpolitik, zum Gegenstand ihrer Arbeit gemacht haben und in welcher Weise sie dies heute tun.

Das Ziel, die Entwicklung zur „ökonomischen Stadt“ (Galbraith 1971) aufzuhalten, positioniert die Neue Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland Anfang der 70er Jahre auf einen hohen Rang in der Stadtpolitik. Kulturpolitik soll ins Zentrum der Stadtpolitik gestellt werden und als ‚Querschnittsaufgabe‘ alle Ressorts ‚projektorientiert‘ verbinden. In der Resolution „Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung“ des Deutschen Städtetages 1973 kommt dies in besonderer Weise zum Ausdruck. Dort wird gefordert, dass die Stadt wieder ein Ort werden soll, an dem die soziale, geistige und kulturelle Entfaltung des Menschen möglich ist. Ein solches Verständnis von Kulturpolitik zielt auf eine Stadtentwicklung, die der Schaffung besserer sozialer und kultureller Lebensbedingungen für alle Bürger Priorität zukommen lässt.

Im Zuge dieser auf Stadtentwicklung und auf das Leben in der Stadt bezogenen Ansätze in der kommunalen Kulturpolitik kann in zahlreichen Städten die Errichtung und Förderung von soziokulturellen Zentren durchgesetzt werden. Deren Akteursgruppen kommen zum großen Teil aus dem Umfeld von

Bürgerinitiativen, die sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen in der Stadt einsetzen. Wie im folgenden dargelegt wird, stimmen die Gründungsinitiativen von soziokulturellen Zentren mit wesentlichen Zielen der *Neuen Kulturpolitik* überein und sie fixierten dies auch in ihren Satzungen. Die Vermutung, dass damit auch eine praxisrelevante Orientierung auf die Entwicklung der Lebensbedingungen in der Stadt und auf die damit im Zusammenhang stehende Stadtpolitik einhergeht, wird durch Hinweise in der Literatur gestützt, in der den soziokulturellen Zentren die Zuständigkeit für die öffentliche Thematisierung „kommunal- und stadtteilpolitische(r) Konflikte“ zugewiesen (Krüger/Thole 1989, S.12), ein Anteil an der „Stadterneuerung von unten“ zugesprochen (Schulze 1993, S. 282ff.) und auf ihre „Drehpunktfunktion“ bei der Vernetzung lokaler Aktivitäten hingewiesen wird (Husmann/Steinert 1993, S. 254f.).

Vor diesem Hintergrund ist folgende These für die Untersuchung formuliert:

- Soziokulturelle Zentren beziehen sich in der Gründungsphase mit ihrer Kulturarbeit auf die Entwicklung der Lebensbedingungen in ihrer Stadt und thematisieren Stadtpolitik. Dabei geht es ihnen insbesondere darum, auf eine Entwicklung hinzuwirken, die Zugang und Teilhabe für alle Stadtbewohner beinhaltet.

Auf der Ebene der Stadt konkretisieren sich die zur Zeit zu beobachtenden Tendenzen zur gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich in besonderer Weise. Die gegenwärtig vorherrschende Stadtpolitik mit ihrer Orientierung am Standortwettbewerb trägt zudem zu einer Spaltung der Stadt bei. Aus „Kultur für alle“ (Hoffmann 1979, 1981) wird zunehmend Kultur für alle, die es sich leisten können (Demirovic 1993). Deshalb ist es hinsichtlich dieser Entwicklung von Problemlagen in der Stadt naheliegend, die folgende These aufzustellen und zum Gegenstand der Untersuchung zu machen:

- Soziokulturelle Zentren setzen sich gegenwärtig in ihrer Kulturarbeit verstärkt mit Themen der Stadtpolitik auseinander und zwar insbesondere mit solchen, die mit einer Spaltung der Stadt einhergehen.

1.5 Definition von Stadtpolitik

Um die für die Untersuchung formulierten Thesen auf ihre Gültigkeit überprüfen zu können, bedarf es einer Definition des Begriffes Stadtpolitik und Transparenz darüber, wie dieser Begriff in der vorliegenden Arbeit verwendet wird.

Wenn von Politik und Stadt die Rede ist, so ist zumeist die Kommunalpolitik gemeint. Mit Kommunalpolitik wird unmittelbar das Recht auf Selbstverwaltung der Kommunen verbunden. Diese sind hierbei „Träger einer räumlich begrenzten politischen Verwaltung ... sind örtliche Ausprägungen der politischen Gesellschaft, dezentrale Träger politischer Aufgaben und Schauplätze lokalpolitischen Handelns“ (Naßmacher 1986, S. 244ff.).

Roland Roth und Helmut Wollmann bilden zwei Überschriften zu den relevanten kommunalen Aufgaben und Politikfeldern. Zunächst nennen sie den Bereich kommunaler Infrastruktur und Umwelt. Hierzu zählen u.a. Themen wie: Stadtentwicklung/Bauleitplanung, Stadterneuerung, kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Verkehrspolitik, Umwelt- und Energiepolitik, Kulturpolitik. Die zweite Überschrift umfasst den Bereich „Aufgaben der Sozialkommune“ - hierzu rechnen sie neben den vielfältigen Aufgaben der kommunalen Sozialpolitik auch Bereiche wie kommunale Ausländer- und Frauenpolitik (Wollmann/Roth 1999).

Bei dieser Vielfalt an kommunalpolitischen Themen ist allerdings zu beachten, dass Stadtpolitik mehr umfasst als die Summe der klassischen Felder der Kommunalpolitik, sondern diese auch in den Kontext mit korrespondierenden Politikfeldern stellt (Heinelt/Wollmann 1991, S. 10). Auf diese Weise wird bei einer begrifflichen Fassung von Stadtpolitik berücksichtigt, dass sich in den letzten Jahren eine Veränderung bezüglich Qualität und Themensetzung der Kommunalpolitik vollzogen hat. Es wachsen immer mehr gesellschaftliche

Konflikt- und Gestaltungsprobleme in den kommunalen Bereich hinein (Alisch 2002, S. 10ff.). Folglich beinhaltet Stadtpolitik, ein Begriff, der sich in der Stadtsoziologie und in der lokalen Politikforschung in den vergangenen Jahren immer mehr durchsetzt (u.a. Häußermann/Siebel 1987, S. 119, Heinelt/Wollmann 1991, S. 7ff., Alisch 2002, S. 25f.), mehr als Kommunalpolitik. Es ist feststellbar, dass die Städte nicht nur wichtigster Austragungsort gesellschaftlicher Konflikte sind, sondern auch in zunehmendem Maße mit diesen Konflikten selbst konfrontiert werden. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung um die Zuwanderung: Die Städte sind verpflichtet, die Ausländergesetze durchzusetzen, auf deren Gestaltung sie kaum Einfluss haben. Obwohl sie in hohem Maße die Kosten für die Zuwanderung tragen, sind ihre Möglichkeiten, in diesem Politikfeld aktiv einzugreifen, ausgesprochen gering (Häußermann 1998, S. 146ff.). Ein weiteres Beispiel dafür ist die kommunale Sozialpolitik und hier insbesondere die Zuständigkeit der Städte für die Sozialhilfe (Dietz u.a. 1999, S. 9). Ohne Rücksicht auf ihren historisch gewachsenen Aufgabenbestand und ihre Zuständigkeiten muss sich deshalb Stadtpolitik mit den Konfliktlagen der Gesellschaft auseinandersetzen und sich in diesem Bereich für Lösungen engagieren, obwohl der reale Handlungsspielraum hierbei stark begrenzt ist (Alisch 2002, S. 28ff.).

Dies gilt in gewisser Weise auch für Initiativen und einzelne Bewegungen, die auf lokaler Ebene aktiv sind. Zwar sind deren Möglichkeiten, Einfluss auf die Stadtpolitik zu nehmen, direkter und damit meist auch größer als auf übergeordneten Ebenen, allerdings ist dies vor allem dann der Fall, wenn es sich um rein lokale Problemlagen, wie Fahrradwege, Straßenführungen, Kinderspielanlagen etc., handelt. Je mehr gesamtgesellschaftliche Aspekte einfließen, wie z.B. bei kommunalen Armutsinitiativen oder in der Drogenpolitik, desto geringer sind die Erfolgsaussichten, reale Veränderungen herbei zu führen (Häußermann 1991, S. 87f., Roth 1999, S. 14ff.).

Anhand der „dreigeteilten Struktur der Stadt“ (Häußermann/Siebel 1987, S. 138f., 1991, S. 27f.) lässt sich aufzeigen, dass Stadtpolitik in der Bundesrepublik Deutschland einer ‚inneren Logik‘ folgt. Die Dynamik einer an der „ersten Struktur“ der Stadt orientierten Stadtpolitik gewinnt gegenwärtig vor dem Hintergrund des Einwirkens von Globalisierungstendenzen an Dominanz. Die Auflegung einzelner Förderprogramme, wie z.B. im Bundesland NRW mit dem Programm „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“ und dem Hamburger Programm für benachteiligte Quartiere (u.a. Alisch 1997, 1998, 2000, Alisch/Dangschat 1998, S. 172ff.), dokumentiert die gewachsene Problematik der „dritten Struktur“ der Stadt.

Die auf kommunaler Ebene ausgetragene Auseinandersetzung um die Verteilung der Ressourcen, materieller und ideeller Art, zwischen den beiden konkurrierenden Polen „erste Struktur“ und „dritte Struktur“ der Stadt ist der zentrale Aspekt von Stadtpolitik, der in dieser Arbeit in Blick auf die Aktivitäten soziokultureller Zentren zu hinterfragen ist. Darüber hinaus sollen aber auch jene Aspekte berücksichtigt werden, die den ‚klassischen‘ Feldern von auf Stadtpolitik bezogenen Bürgeraktivitäten zuzurechnen sind, wie Fragen der Nahraumgestaltung, Verkehrspolitik etc., die in vielen Fällen der „zweiten Struktur“, d.h. der „normale(n) Arbeits-, Versorgungs- und Wohnstadt für die deutsche Mittelschicht“ (Häußermann/Siebel 1987, S. 139), verbunden sind.

Um die Bestrebungen zur Einflussnahme soziokultureller Zentren auf Stadtpolitik in diesem Punkt differenziert untersuchen zu können, wird im Folgenden unterschieden:

- übergeordnete Themen der Stadtpolitik mit gesellschaftlicher Dimension - hierunter fällt z.B. die Entwicklung des Verhältnisses von öffentlichem und privatem Raum, Tendenzen zur sozialräumlichen Schließung von Teilen der Stadt etc.;
- gesellschaftspolitische Themen mit lokalem Bezug - dies kann z.B. die Gesetzgebung zur Ausländerpolitik, zur Drogenpolitik sein, sofern ihre

Auswirkungen auf die konkreten Verhältnisse in der jeweiligen Stadt thematisiert werden;

- Themen unmittelbarer lokaler Problemlagen, sofern diese zumindest im Ansatz stadtweite Bedeutung haben und damit die Balance zwischen der „ersten“ und der „dritten Struktur“ der Stadt berühren.

2 Gesellschaftliche Entwicklungslinien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

2.1 Einleitung

In Zusammenfassung der Ergebnisse soziologischer Diskurse Ende der 90er Jahre sprechen Peter A. Berger und Michael Vester davon, dass in der Entwicklungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland zwei Kontinuitätsbrüche zu verzeichnen sind. Beide Entwicklungsbrüche haben erhebliche Konsequenzen für das Verhältnis zwischen soziokulturellen Zentren und Stadt.

Dem ersten Kontinuitätsbruch werden Stichworte, wie "68er Bewegung", „Wohlstandssteigerung, Bildungsexpansion und Wertewandel“ zugeordnet (Berger/Vester 1998, S. 24). Die Öffnung der Gesellschaft, Zugang und Teilhabe, sind wichtige politische Ziele in dieser Phase, die zeitlich Ende der 60er und Anfang/Mitte der 70er Jahre verortet werden kann.

In die 90er Jahre datieren Peter A. Berger und Michael Vester den zweiten Kontinuitätsbruch, der diesmal durch eine Verschärfung sozialer Ungleichheiten charakterisiert ist (Berger/Vester 1998, S. 24). Wieder steht die Frage nach Zugang und Teilhabe auf der Tagesordnung gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen, diesmal allerdings aus einer anderen Perspektive: Ging es damals um eine kontinuierliche Ausweitung gesellschaftlicher Integration und Gestaltungsbeteiligung aller sozialer Schichten und Gruppen, so werden gegenwärtig Tendenzen sozialer Polarisierung und Ausgrenzung thematisiert. Es stellt sich die Frage, ob gesellschaftliche Differenzierungsprozesse in Spaltungstendenzen umschlagen. Damit sind grundlegende Ziele und Werte von Soziokultur berührt (Sievers/Wagner 1992, S. 12ff.), so dass die Vermutung nahe liegt, dass deren Akteure hierzu verstärkt aktiv werden.

2.2 Der erste Kontinuitätsbruch

Der erste Kontinuitätsbruch in der Entwicklungsgeschichte der Bundesrepublik geht einher mit einer lang anhaltenden Phase wirtschaftlicher Prosperität, die eine bis dahin nicht vorstellbare Annäherung von Lebensverhältnissen großer Teile der Bevölkerung und eine Umgestaltung ihrer Lebensweise hervorgebracht hat (Lutz, 1989, S. 216, S. 241f.). Die Veränderung der Arbeitsorganisation und der Arbeitsmarktanforderungen bilden die Grundlage für jene Prozesse der Wandlung von Lebensweisen, die in der Soziologie mit Begriffen wie Enttraditionalisierung und Individualisierung erfasst und diskutiert werden (Beck 1986, S. 121ff.). Vielfach zitiert wird in diesem Kontext das von Ulrich Beck gezeichnete Bild vom Fahrstuhleffekt, um diese Entwicklung zu veranschaulichen: Hiernach wird die „'Klassengesellschaft' ... insgesamt eine Etage höher gefahren“, materialisiert sich, bei „allen sich neu einpendelnden oder durchgehaltenen Ungleichheiten“, durch ein „kollektives Mehr an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massenkonsum“ (Beck 1986, S. 122). Ulrich Beck spricht im Zusammenhang mit dem „Mehr an Geld“ und dem „Mehr an erwerbsfreier Zeit“ von einer neuen Mischung der sozialen Kreise, deren Distinktion sich nun über ungleiche Konsumstile vollzieht (Beck 1986, S. 122f.). Auf der Basis der „wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsentwicklung“ hat sich ein gesellschaftlicher Individualisierungsschub vollzogen, der in seiner Bewertung „von bislang unerkannter Reichweite und Dynamik“ ist (Beck 1994, S. 44). In Folge dieser Tendenz zur Individualisierung bildet sich, insbesondere bei jungen Menschen, ein starkes Bedürfnis nach Selbstbestimmung, ein Anspruch auf „ein eigenes Leben“, „die Verfügung über eigenes Geld, eigene Zeit, eigenen Wohnraum, den eigenen Körper etc.“ heraus (Beck 1994, S. 44, siehe auch Beck 1997, S. 183ff.).

Der Arbeitsmarkt ist nach Ulrich Beck „Motor der Individualisierung“. Vor dem Hintergrund technisch bedingter Modernisierungsanforderungen und starker Systemkonkurrenz mit dem damaligen ‚Ostblock‘ findet ein gewaltiger Ausbau des Bildungswesens, insbesondere durch die Erweiterung der Hochschulkapazitäten, statt.

Die Neuorganisation der Arbeit erfordert eine Ergänzung alter Tugenden, wie Fleiß und Pünktlichkeit, um Zusatzqualifikationen wie Flexibilität und Mobilität, kontinuierliche Lernbereitschaft und Fähigkeit zu Teamwork. Die Prägung persönlicher Entwicklung in Richtung Individualisierung ist nach Ulrich Beck bedingt durch die Arbeitsmarktkomponenten Bildung, Mobilität und Konkurrenz (Beck 1994, S. 47f.): Durch den Ausbau des Bildungswesens finden in den 70er Jahren wesentlich mehr junge Menschen den Zugang zu einer längeren Ausbildung und den damit verbundenen Orientierungs- und Reflexionsmöglichkeiten. Der Eintritt in den Arbeitsmarkt stellt hohe Mobilitätsanforderungen, die auch in anderen Lebensbereichen wirksam werden. Im modernen Arbeitsprozess vorherrschende Tendenzen einer zunehmenden „Austauschbarkeit der Qualifikationen und Personen“ nötigen dazu, „die Besonderheit und die Einmaligkeit der eigenen Person zu inszenieren“ (Beck 1994, S. 47f.).

Durch zunehmenden materiellen Wohlstand, Zeit und das Verfügen „über das eigene Leben“ (Beck 1986), rücken in den 80er und 90er Jahren die mit der Entwicklung von neuen Lebensformen und -stilisierungen verbundenen Chancen immer mehr in den Mittelpunkt soziologischer Forschung (u.a. Beck 1983, 1986, Beck/Beck-Gernsheim 1994, Berger 1986, Berger/Hadriil 1990, Lütke 1989, Vester u.a. 1993). Diese erweiterten „Lebenschancen“ werden jedoch als eingebettet in wohlfahrtsstaatlicher Absicherung (Beck 1986, 1994) betrachtet. Mitte der 90er Jahre verweisen Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim in aller Deutlichkeit auf die zunehmenden Risiken dieser Entwicklung: Die Normalbiographie wird zwar zur „Wahlbiographie“, kann damit aber auch zur „Bruchbiographie“ werden (Beck/Beck-Gernsheim 1994, S. 13). Gegenwärtig wird mit Begriffen wie „Ich-AG“, „Selbst-GmbH“ (Flohé/Trapp 2000, S. 10) die Ambivalenz dieses Verhältnisses von Chancen und Risiken individueller Entwicklung erfasst.

Peter Alheit nennt einen weiteren Aspekt, der für den Kontinuitätsbruch in der gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik konstituierend und von großer Bedeutung für die Entwicklung soziokultureller Initiativen ist: Eine Veränderung des bis dahin vorherrschenden Staatsbürgerschaftsverständnisses, das er auf den Begriff "Folgebereitschaft" bringt (Alheit 1992a, S. 299). Peter Alheit weist darauf hin, dass ein rein quantitativer Ausbau des Bildungssystems keinesfalls ausreichend für eine wirkliche Modernisierung der Gesellschaft gewesen wäre: „Es kam also nicht allein darauf an, die Stätten der Qualifikation zu schaffen (was mit der Neugründung von Fachhochschulen und Universitäten, der Revision der Berufsausbildung und der Reform des Schulwesens ansatzweise geschah); es kam außerdem darauf an, bei großen Teilen der Bevölkerung die Bereitschaft zu wecken, sich weiterzubilden und den eigenen kulturellen Horizont zu erweitern“ (Alheit 1992a, S. 302). Diese Bereitschaft konnte aus seiner Sicht nur in einem kulturellen Klima entstehen, in dem Neugierde vor Beständigkeit und Einmischen vor Ducken rangiert.

Peter Alheit führt in diesem Zusammenhang aus, dass die einprägsamste Passage der Regierungserklärung von Willi Brandt 1969 „mehr Demokratie wagen“ nicht von oben zu verordnen war. Dies ist seiner Überzeugung nach jedoch auch nicht notwendig gewesen, da es zugleich eine breite Bewegung von unten mit unterschiedlichsten Protestformen gab, angefangen bei der „Rock'n'Roll-Bewegung“ bis hin zu den Studentenprotesten (Alheit 1992a, S. 299, Alheit 1994, S. 213ff., Alheit 1999, S. 47ff.). In den 70er Jahren kommt es in der Bundesrepublik zu einer bis dahin nicht gekannten Politisierung des Bereiches der „Nichtpolitik“, deren Träger die Bürgerinitiative ist: Kindererziehung, Geschlechterverhältnisse, Stadtgestaltung, Verkehrspolitik und viele Themen mehr finden nun Einzug in die Auseinandersetzung über die politischen Verhältnisse im Land (Alheit 1992a, S. 303, Alheit 1994, S. 214f.). Hier sieht Peter Alheit den „Gründungskontext“ soziokultureller Aktivitäten in der Bundesrepublik: „Soziokultur in ihrer Substanz ist nichts anderes als der sich entfaltende Partizipations- und Gestaltungswille der Menschen in ihrer Lebenswelt“ (Alheit 1992a, S. 303).

2.3 Der zweite Kontinuitätsbruch

Bereits Ende der 80er Jahre hat Burkart Lutz in seinem Buch „Der kurze Traum immerwährender Prosperität“ davor gewarnt, die Ergebnisse konkreter, einzigartiger Phasen ökonomischer Entwicklung als für alle Zukunft gültige Gesetzmäßigkeit zu setzen (Lutz 1989, S. 9). In seiner vergleichenden Analyse von wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den 20er und den 80er Jahren kommt er zu dem Schluss, dass insbesondere die Existenz eines hohen Niveaus an Wohlfahrt und die auf dieser Basis ermöglichte „Generalisierung von Lohnarbeit und ‚neuer Lebensweise‘“ und „Politikfähigkeit“ großer Gruppen der Bevölkerung die Gründe dafür sind, dass es in den 80er Jahren nicht zu „systemischen Destabilisierungsprozesse(n)“ gekommen ist, wie dies in den 20er Jahren der Fall war (Lutz 1989, S. 237, 241f.).

Die Bedeutung „sozialstaatlicher Sicherung“ für den Zusammenhalt von Gesellschaft stellt Franz Xaver Kaufmann knapp 10 Jahre später in seiner Rede auf dem Deutschen Soziologentag in Dresden erneut heraus (Kaufmann 1997a, S. 146ff.). Zahlreiche Wissenschaftler weisen ebenso wie Horst Afheldt darauf hin, dass die einseitige staatliche Unterstützung einer Kapitalpolitik durch die Rücknahme von Regelungen, die bislang „zugunsten sozialer Bedürfnisse oder zum Schutz der Umwelt“ gegeben waren, in der Konsequenz dazu führt, dass der „Wirkungsgrad der Wirtschaft für den Wohlstand“ immer mehr sinkt (u.a. Afheldt 1994, 1995, S. 11, 230ff., Altvater 1995, Bischof 1999, S. 88f., Butterwege 1999, S. 101ff., Herkommer 1999, Kaufmann 1997b., von Freyberg 1996, S. 38ff.).

Auf diesem Hintergrund findet Ende der 90er Jahre die Frage nach den Folgen einer regressiven wirtschaftlichen Entwicklung, die unter den Bedingungen von zunehmenden Einschnitten in die soziale Sicherung stattfindet, zunehmend Eingang in die wissenschaftliche Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland. Hartmut Häußermann weist zwar darauf hin, dass die Wortmeldungen dazu in erster Linie aus der Armutsforschung und der Stadtsoziologie kommen (Häußermann 1997a, S. 9) und zwar unter den Stichworten „sozialräumliche

Polarisierung“ und „Ausgrenzung“ (u.a. Bremer/Gestring 1997, Dangschat 1997, 1998a, 1998b, Häußermann 1996, 1997a, 1998, Hanesch 1997, Huster 1997, Kronauer u.a. 1993, Kronauer 1997, 1998a, 1998b, 1999, Siebel 1997). Aber auch in anderen sozialwissenschaftlichen Bereichen nimmt die Debatte an Bedeutung zu: So ziehen Peter A. Berger und Michael Vester das Fazit: Bei der Bewertung der sozialen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Ende der 90er Jahre gibt es, bei allen Unterschieden der Ansätze, eine Übereinstimmung darin, dass ein zweiter Kontinuitätsbruch zu verzeichnen ist. Dieser ist gekennzeichnet durch eine Verschärfung sozialer Ungleichheit, die „nicht nur alleine die Folge der Wiedervereinigung sondern auch eine Konsequenz forcierter Globalisierungstendenzen ist“ (Berger/Vester 1998, S. 24f.). Auch im Forschungszusammenhang *neuer sozialer Bewegungen* ist die Rede von einer veränderten „Priorität der politischen Agenda“, in deren Vordergrund nun „Massenarbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und neue Armut“ gerückt werden (Klein u.a. 1999, S. 9).

Ob, bildlich gesprochen, die Schere von Arm und Reich immer weiter auseinander klafft, ist umstritten und auch der Begriff der Ausgrenzung bedarf noch weiterer Präzisierungen (Siebel 1997). Allerdings macht der zunehmende Bezug auf die Begriffe „Polarisierung“ und „Ausgrenzung“ in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskussion deutlich, dass hier von einer Verschärfung der sozialen Frage in der Bundesrepublik Deutschland ausgegangen werden kann.

Weitgehend unumstritten ist die Aussage, dass die „Einkommensarmut“ in Deutschland zugenommen hat, während gleichzeitig die Gruppe der „Reichen“ relativ konstant geblieben ist, diese aber über mehr finanzielle Mittel verfügen. (Krause/Wagner 1997, S. 88). Bei der Bewertung, ob in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik eine Tendenz zu einer stärkeren Polarisierung von Armut und Reichtum festzustellen ist, gibt es unterschiedliche Positionen. Im Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands gelangt Gunter E. Zimmermann im Resümee der von ihm vorgestellten Analysen zu der Aussage,

dass "derzeit in der Bundesrepublik einerseits die Armen stark zunehmen und andererseits gleichzeitig die Reichen immer zahlreicher und wohlhabender werden" (Zimmermann 1998, S. 48).

In der Armutsoziologie wird über diese rein ökonomische Betrachtung hinaus auch versucht, durch die Untersuchung von Lebenslagen zusätzliche Merkmale von Benachteiligung zu ermitteln. Dazu werden außer der ökonomischen Situation auch Informationen insbesondere über Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit, Wohnsituation, Gesundheitszustand sowie schulische und berufliche Bildung herangezogen (Hanesch u.a. 1994, S. 128). Eine solche Vorgehensweise ermöglicht differenziertere Aussagen über Benachteiligungen, als die ausschließliche Sicht auf das durchschnittliche Nettoeinkommen in einer Gesellschaft oder auf den Bezug von Sozialhilfe. Sie ist die Basis für die Bewertung vom Zugang eines Individuums zum gesellschaftlichen Leben oder seine Einschränkung an der Teilhabe und für die Realisierung gesellschaftlich durchschnittlicher Lebenschancen.

Da Armut immer ein relativer Begriff ist, nimmt die Frage nach dem Bezugsrahmen eine besondere Bedeutung ein. So hat Karl August Chassé auch darauf hingewiesen, dass in einer individualisierten Gesellschaft Hilfspotentiale tendenziell entfallen, die früher durch die Familie gewährleistet wurden (Chassé 1988, S. 48ff.). Die von Burkart Lutz und Ulrich Beck bereits eingangs vorgestellten Hinweise auf die umfassende Veränderung der Lebensweise in den westeuropäischen Ländern, u.a. gefasst unter die Stichworte „Massenwohlstand und Massenkonsum, Technisierung der privaten Lebenswelt und Freizeitkultur“ (Lutz 1989, S. 216) geben hierfür Anhaltspunkte. Martin Kronauer weist im Zusammenhang mit der Frage nach der neuen Qualität von Armut, Arbeitslosigkeit und dauerhafter Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt darauf hin, dass die Menschen in Westeuropa auf der Basis des in Zeiten prosperierender Wirtschaft entstandenen Niveaus von Wohlstand, Aufstiegschancen und staatlicher Absicherung eine „Vorstellung“ davon entwickelt haben, „was es bedeutet, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“

(Kronauer 1997, S. 29). Dies macht die besondere Bedeutung einer auch nur teilweisen Einschränkung der Realisierung gesellschaftlich durchschnittlicher Lebenschancen nachvollziehbar (Kronauer 1997, S. 29).

3 Stadtentwicklung

3.1 Einleitung

Die Diskussion jener Prozesse, die zur Öffnung oder zur Schließung von Gesellschaft führen und die unter dem Gesichtspunkt zweier Kontinuitätsbrüche in der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland skizziert wurden, sind auch von großer Bedeutung in den stadtsoziologischen Diskursen der 80er und 90er Jahre. Sie werden dort unter den Paradigmen „Pluralisierung der Gesellschaft“ und „Spaltung der Gesellschaft“ geführt (Harth u.a. 2000a, S. 25). Hierbei ist, wie zu erwarten, in den Veröffentlichungen der Fachliteratur ein deutlicher Trend zu jenen Themen ablesbar, die im Kontext zur Verschärfung sozialer Widersprüche und ihrer räumlichen Auswirkungen stehen (Strubelt 2000, S. 60ff., Krämer-Badoni 1999).

3.2 Reurbanisierung und Aufwertung

In den 1970er Jahren profitiert die Stadt von Bildungsschub, verlängerter Jugendphase und neuer kultureller und sozialer Bewegung. Die Akteurinnen der „Renaissance der Innenstädte“ (Häußermann/Siebel 1987, Häußermann/Siebel 1997), der Reurbanisierung oder auch Revitalisierung der Städte, sind in erster Linie junge Menschen in Ausbildung und Studium, deren große Gemeinsamkeit es ist, dass sie nicht mehr so leben wollen, wie ihre Eltern. Ihnen bietet die Stadt zunächst einmal günstigen Altbauwohnraum im innenstadtnahen Bereich, der - noch nicht saniert - allein schon durch seinen Zuschnitt neue Ideale von Wohnen und Zusammenleben realisierbar werden lässt. Alternative Vorstellungen von Leben, insbesondere das ‚Wiederzusammenführen‘ von Wohnen und Arbeiten und die kulturelle Selbstorganisation, sind in leerstehenden Ladenlokalen, Hinterhofwerkstätten, aufgegebenen Quartierskneipen und alten Fabriken durchsetzbar (Häußermann/Siebel 1987, S. 14ff., Dröge/Krämer-Badoni 1987, S. 135ff.). Es bildet sich eine kulturelle und soziale Infrastruktur in den innenstadtnahen

Quartieren heraus, die als erste Phase von Gentrification, von quartiersbezogenen Aufwertungsprozessen gesehen werden kann. Die Nachfrage nach Wohn- und Arbeitsraum, das Nachrücken der Besserverdienenden (Gentrifiern) ins ‚gemachte Quartier‘, mobilisiert die Investitionsbereitschaft der Hausbesitzer (Blasius 1996, S. 186ff.). Dies geht einher mit einer staatlichen Förder- und Steuerpolitik für Wohneigentum und mit kommunalen Sanierungs- und Verschönerungsprogrammen. Die Folgen einer solchen Aufwertung von Stadtquartieren für die Alteingesessenen und auch für die Pioniere werden unterschiedlich gewertet. Jürgen Friedrichs führt aus, dass die „Theorien der Gentrification“ einen Bevölkerungsaustausch unterstellen, sieht jedoch die Schwierigkeit darin, dass hierzu Daten aus Langzeitbeobachtungen fehlen (Friedrichs 1998, S. 63). Jörg Blasius sieht im Kontext der Aufwertung nicht immer auch eine Verdrängung der Alteingesessenen aus ihrem Quartier als gegeben an, dafür aber eine Verdrängung aus ihrem Lebensstandard (Blasius 1996, S. 196).

Bezogen auf die Gesamtstadt führt die Reurbanisierung dazu, dass der Anteil junger Stadtbewohner deutlich steigt, wobei die meisten Familien immer noch die Stadt als Lebensraum schmähen (Häußermann/Siebel 1987, S. 12, Häußermann/Siebel 1997). So kann für diese Phase der westdeutschen Stadtentwicklung in den 1970er und 1980er Jahren die Aussage getroffen werden, dass es zu einer wechselseitigen Beeinflussung kommt zwischen den im Rahmen des Modernisierungsprozesses entstehenden Ansprüchen auf ein ‚eigenes Leben‘ und den Möglichkeiten, die die reurbanisierte Stadt dazu bietet.

3.3 Die dreigeteilte Stadt

Tendenzen zu sozialer Polarisierung und Ausgrenzung sind besonders in Großstädten zu beobachten, da sich hier die bereits beschriebenen gesellschaftlichen Umwälzungsprozesse zuerst und in besonderer Deutlichkeit konkretisieren (Kronauer 1998, S. 23f., Häußermann/Root 1998, S. 85ff., Häußermann/Kapphan 2000). Es ist deshalb wenig verwunderlich, dass frühe

Hinweise auf die oben beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen aus der Stadtsoziologie kamen. Bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre haben Hartmut Häußermann und Walter Siebel im Zusammenhang mit der Internationalisierung des Wettbewerbes auf die Tendenz zu einer Spaltung der Stadt hingewiesen. Den Grund sahen sie in einer Stadtpolitik, die sich durch eine zunehmende Orientierung an der Förderung der international wettbewerbsfähigen Stadt mit ihren Glanz- und Höhepunkten auszeichnete, und dieser „ersten Struktur“ der Stadt eindeutig Vorrang einräumte vor der „normalen Arbeits-, Versorgungs- und Wohnstadt“ und der dritten Struktur der Stadt, der „Stadt der Marginalisierten“ (Häußermann/Siebel 1987, S.139).

Zur „ersten Struktur“ der Stadt zählen Hartmut Häußermann und Walter Siebel alle Einrichtungen und Funktionen, die von überregionaler und internationaler Bedeutung sind, wie Messe, Flughafen, bekannte Pracht- und Einkaufsstraßen, große Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen etc. (Häußermann/Siebel 1987, S. 139). Ihr ordnen sie ein „relativ kleines Segment“ von Stadtbewohnern und -nutzern zu, die sich durch Spitzenverdienste und einen an internationalen Märkten orientierten Karriere- und Lebensstil kennzeichnen. Die Entwicklung der „zweiten Struktur“ der Stadt, mit ihren „normalen“ Arbeits-, Wohn- und Versorgungseinrichtungen, der sie Angehörige der „überwiegend deutschen Mittelschicht mit gesichertem Einkommen“ zurechnen, sehen sie als tendenziell rückläufig an. Dafür prognostizieren sie bereits Anfang der 90er Jahre eine zunehmende Ausdehnung der „dritten Stadt“, deren Segment sie mit „am Rande der Gesellschaft lebenden, unqualifizierten Beschäftigten in der Grauzone des Arbeitsmarktes bzw. dauerhaft Arbeitslosen“ charakterisieren (Häußermann/Siebel 1991a, S. 27). Die Entwicklung zu einer dreigeteilten Stadt fördert die oben skizzierten gesellschaftlichen Differenzierungs- und Spaltungstendenzen. Hartmut Häußermann und Walter Siebel nennen in diesem Zusammenhang drei eng miteinander verbundene „Dimensionen“: „Die ökonomische Spaltung nach Eigentum, Einkommen und Position auf dem Arbeitsmarkt“ – „Die soziale Spaltung nach Bildung, sozialer Integration und Position auf dem Wohnungsmarkt“ – „Die kulturelle Spaltung nach ethnischer

Zugehörigkeit, Religion und normativen Orientierungen“ (Häußermann/Siebel 1991a, S. 28).

In Verbindung mit der Standortkonkurrenz zwischen den Städten gewinnen Globalisierungstendenzen zunehmend an Bedeutung. Konkurrenzen über die Niederlassung neuer Produktionsstätten finden europaweit statt (BMW-Werk), Bewerbungen um die Ausrichtung von Sportfesten international (Olympia). Diese „globale Durchdringung des Lokalen“ (Dangschat 1996) erfasst allerdings auch jene Städte, die von ihrer Struktur der regionalen Ökonomie hierfür noch wenig Anhaltspunkte liefern und schafft auch dort ein Klima, in dem sich an den ‚Megatrends‘ und Großprojekten orientiert wird. Jens S. Dangschat führt dies auf die „Mentalität der Entscheider und der aufstrebenden dienstleistungsorientierten Mittelschichten“ zurück, die solche Vorstellungen in die Auseinandersetzung um die Entwicklung ihrer Städte einbringen (Dangschat 1996, S. 54, Dangschat 1999). Auf diese Weise gewinnt in der Stadtpolitik die Orientierung an der „ersten Stadt“ noch mehr Bedeutung. Hier werden Ressourcen materieller Art ebenso gebunden, wie Aufmerksamkeiten und Bedeutungszuweisungen bei den entsprechenden Themen im Stadtrat und in der Verwaltung.

3.4 Stadtpolitik als Motor der Spaltung der Stadt

Die zunehmende Orientierung der Stadtpolitik an der „ersten Struktur“ der Stadt zerstört den Grundsatz der europäischen Stadt, alle in ihr lebenden Menschen als Teil der Stadtbewohnerschaft zu akzeptieren. Dies hat Folgen, die unmittelbar gegen die Interessen marginalisierter Gruppen in der Stadtbewohnerschaft gerichtet sind. Im angestrebten Erscheinungsbild der international konkurrenzfähigen und tourismusfreundlichen Stadt hat Armut keinen Platz. Mittels Straßensatzungen, die Platzverweise ermöglichen, und dem Einsatz einer Stadtpolizei, die je nach politischer Zusammensetzung des Stadtrates unterschiedlich rigide agiert, wird dies auch realisiert. Die Beispiele hierfür sind inzwischen zahlreich, so wurde in mehreren Städten u.a. sogenanntes aggressives Betteln mit Geldstrafen belegt (Blum 1996, S. 18f.).

Während im öffentlichen Raum immer noch ein gesetzlicher Rahmen für die Durchführung solcher Maßnahmen besteht, hat im privatisierten Raum der Eigentümer ein Hausrecht, dessen Wahrnehmung er in der Regel privaten Sicherheitsdiensten überlässt (Beste 1996, Beste 2000).

Die durch die Stadtpolitik geförderte Zunahme privater Großprojekte in den Innenstädten schränkt den öffentlichen Raum immer mehr ein. Eine besondere Bedeutung kommt hier auch den Aktivitäten der privatisierten Deutschen Bundesbahn zu, die sowohl ihre Bahnhöfe zu neuen Erlebnis- und Einkaufswelten umgestaltet, als auch über viele innenstadtnahe Flächen verfügt, die durch die Schließung und Umstrukturierung von Bahnhöfen und Bahnanlagen neuen Nutzungen zugeführt werden können (Häußermann/Siebel 1997, S. 299, Beste 2000, Ronneberger 2000, S. 124). Ebenfalls bedeutsam für Privatisierungstendenzen in der Stadt sind die sogenannten Urban Entertainment Centers, die zunehmend zu einem wichtigen wirtschaftlichen Wachstumsfaktor für die Großstädte werden (Häußermann/Roost 1998, S. 84, Scholz 2000, S. 137ff.). Ein besonders prägendes Beispiel für Privatisierung im städtischen Raum ist der Potsdamer Platz in Berlin, der vom Erscheinungsbild her einen öffentlichen Raum nachbildet aber durchgehend privatisiert ist (Häußermann 1999).

Großprojekte binden Ressourcen und haben Folgekosten, zugleich dreht sich die Schraube im Standortwettbewerb immer weiter: Das größte Stadion der Welt kann bereits morgen in einer anderen Stadt noch größer gebaut werden. Bereits Ende der 80er Jahre haben Hartmut Häußermann und Walter Siebel darauf hingewiesen, dass es selbst bei den prosperierenden Städten nicht mehr im gleichen Umfang wie früher zu einer Simultanpolitik kommt, die auch andere Teile der Stadt an den Wachstumsgewinnen partizipieren lässt (Häußermann/Siebel 1987, S. 139, Häußermann/Siebel 1991a, S. 28). Gegenwärtig ist die gegenteilige Entwicklung beobachtbar: Der sich durch die großen Städte ziehende „Riss“ zeigt sich „insbesondere dort, wo das

ökonomische Wachstum am stärksten ist“ (Häußermann 1998, S. 172, siehe auch Häußermann 1999, Dangschat 1995, Dangschat 1998a, 1998b).

Auf einen wichtigen Aspekt einer an der „ersten Struktur“ der Stadt orientierten Stadtpolitik weisen Hartmut Häußermann und Walter Siebel unter dem Stichwort Festivalisierung hin. Die Anfang der 90er Jahre auffällige Häufung von Festivals, von großen Kultur- und Sportereignissen in den Städten rückte die Frage in den Vordergrund, welche Funktion solche „großen Ereignisse“ in der Stadtentwicklungspolitik einnehmen (Häußermann/Siebel 1993, S. 7). In der seit der Industrialisierung erstmalig auftretenden Situation, dass die Städte sowohl in Bezug auf die Bevölkerungszahlen als auch auf die Arbeitsplatzentwicklung eine negative Tendenz verzeichnen müssen, sehen Hartmut Häußermann und Walter Siebel die Basis für eine solche Politik der Festivalisierung gegeben (Häußermann/Siebel 1993, S. 12). Die Möglichkeiten der Städte, bzw. der Stadtpolitik, sich der Festivalisierung zu entziehen, werden von ihnen als gering bewertet. Zu viele Gründe sprechen schon auf den ersten Blick für diese Orientierung an großen Ereignissen und Großprojekten: Die Möglichkeit der Identifikation von Bürgern mit *ihrer* Stadt, eine größere Medienresonanz, ökonomischer Ertrag (Häußermann/Siebel 1993, S. 15f.). Hartmut Häußermann und Walter Siebel verweisen anhand internationaler Beispiele allerdings darauf, dass eine „eindeutige Kosten-Nutzen-Rechnung nicht möglich“ ist, zumal die Frage zu stellen ist, wer von dieser Stadtpolitik profitiert und wessen Lebensbedingungen verschlechtert werden (Häußermann/Siebel 1993, S. 18f.).

Die oben skizzierten gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik zu einer Ausdifferenzierung von Lebensstilen und Lebensweisen und gleichzeitig einer wachsenden Zahl von Menschen, die in Verhältnissen sozialer Benachteiligung leben, stellen auch Stadtpolitik vor große Schwierigkeiten. Das Ziel der sozialen Gerechtigkeit ist kaum noch mehrheitsfähig, da hier Probleme von Minderheiten, auch wenn diese eine wachsende Zahl ausmachen, im Mittelpunkt stehen (Häußermann/Siebel 1993,

S. 26, Siebel 1990, S. 143, Häußermann/Siebel 1991b, S. 358ff.). Die Thematisierung sozialer Probleme scheint im Hinblick auf die Wählerstimmen ebenso wenig lukrativ, wie das Aufgreifen der vielfältigen Einzelinteressen der unterschiedlichen Gruppen von Stadtbewohnern und -nutzern. Ein Großprojekt bietet im Unterschied dazu die Chance, politische Handlungsfähigkeit öffentlichkeitswirksam unter Beweis zu stellen und unterschiedliche Interessen zusammenzubringen; so ist die Politik der Festivalisierung in Konsequenz eine Festivalisierung der Politik (Häußermann/Siebel 1991a, S. 27). Wenn sich Stadtpolitik auf große Ereignisse, mit dazu gehörigem finanziellen und organisatorischen Aufwand und Risiko, konzentriert, rücken soziale Problemlagen noch weiter in den Hintergrund, als dies durch die Politik der ersten Stadt ohnehin bereits der Fall ist (Häußermann/Siebel 1991a, S. 24, siehe auch Dangschat 1996, S. 51ff., 1999, S. 58f.).

So ist es schlüssig, wenn vielfach der gegenwärtig vorherrschenden Stadtpolitik vorgeworfen wird, das Konzept der „sozialen Stadt“ (Hanesch 1997) aufzugeben und zuzulassen, dass Benachteiligung sich räumlich konkretisiert (u.a. Alisch/Dangschat 1993, 1998, Dangschat 1997, 1998b, Häußermann 1996, 1997b, Häußermann/Kapphan 2000, Huster 1997, Keim/Neef 2000). Der im „Manifest der Oberbürgermeister“ beklagte Zunahme von sozialen Aufgaben, die als gesetzliche Verpflichtung geregelt sind, steht ein Abbau von kommunalen Leistungen gegenüber, die im Rahmen der „Sozialen Stadt“ freiwillig wahrgenommen wurden (Hanesch 1997, S. 25ff., Huster 1997, S. 63f., Zimmermann 1996, S. 109ff.). Dabei handelt es sich allerdings eben um jene sozialen Leistungen, die u.a. in Form von Jugendfreizeiteinrichtungen, Streetworking, Sozialberatungsstellen und Gemeinwesenarbeitsprojekten, präventive Investitionen in die Zukunft darstellen. Gerade solche Förderungsmaßnahmen sind für Stadtgebiete mit überdurchschnittlich hoher Benachteiligung von großer Bedeutung, da hier ein Rückgang sozialer Durchmischung registriert wird. Hat ein Stadtteil einmal ein negatives Image, ziehen diejenigen, die dazu die Möglichkeiten haben, in andere Stadtteile. Damit sind die dort wohnenden Menschen in doppelter Hinsicht benachteiligt; einmal durch ihre marginalisierte Position auf dem Arbeitsmarkt, bzw. durch die

Ausgrenzung von diesem und zum anderen durch die Wohn- und Nachbarschaftssituation (Häußermann 1997a, S. 25f., Alisch/Dangschat 1998, S. 135ff., Keim/Neef 2000, S. 263ff.).

4 Soziokultur, Neue Kulturpolitik und Stadt

4.1 Einleitung

Im Kontext der eingangs beschriebenen gesellschaftlichen Trends, insbesondere unter den Aspekten „Öffnung und Schließung“, vollzieht sich in der kommunalen Kulturpolitik der Bundesrepublik im Übergang von den 1970er Jahren auf die (späten) 1980er Jahre eine Wende. Unter der Überschrift „Kultur für alle“ (Hoffmann 1979, 1981) ist es zunächst erklärtes Ziel, den „etablierten Kulturbetrieb“ zu demokratisieren, ihn bürgernäher zu gestalten, sein Angebot auszuweiten und somit möglichst alle Bevölkerungsschichten anzusprechen. Es geht aber auch um die Inhalte: Kultur soll zur Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaft beitragen, weshalb ihre „Gesellschaftsrelevanz“ eingefordert wird (Sievers/Wagner 1992, S. 12f.). Solch programmatische Zielsetzungen rücken in den 1980er Jahren immer mehr in den Hintergrund; stattdessen wird kommunale Kulturpolitik zu einem wichtigen Faktor im Standortwettbewerb der Städte. Das ursprüngliche Ziel, den Lebensraum Stadt für alle seine Bewohner lebenswerter zu gestalten, weicht immer mehr dem Auftrag, die eigene Stadt als attraktiven Ort zu vermarkten.

4.2 Soziokultur und die Neue Kulturpolitik

Der Begriff Soziokultur hat nach Norbert Sievers und Bernd Wagner über die kulturpolitischen Debatten im Umfeld des Europarates in den frühen 70er Jahren Einzug in die bundesdeutsche Diskussion genommen. Er galt „als Synonym für reformpolitische Demokratisierungsvorstellungen und -impulse im Kulturbereich“ (Sievers/Wagner 1992, S. 12). Thomas Rübke nennt drei wesentliche inhaltliche Bezugspunkte für das „frühe ‚politische Programm‘ der Soziokultur“: Erstens den Bezug auf die Kritik der „affirmativen Kultur“ (Herbert Marcuse), zweitens die Überwindung der „Unwirtlichkeit der Städte“ (Alexander Mitscherlich) und drittens die Diskussion über die Möglichkeiten einer „auf

Demokratie und Transparenz ausgerichteten Kommunikation“ (Röbke 1992, S. 41).

Soziokultur wandte sich gegen ein gesellschaftlich vorherrschendes Verständnis von Kultur (und Kulturpolitik), das auf die sogenannte Hochkultur beschränkt ist und inhaltlich charakterisiert werden kann als von den gesellschaftlichen Realitäten abgehoben, ja losgelöst. Herbert Marcuse hat in einem Aufsatz in den 30er Jahren „affirmative Kultur“ als das „Gute, Wahre, Schöne“, vom „alltäglichen Daseinskampf“ abgehobene charakterisiert, das die Rezeption von Kultur zu „einem Akt der Feierstunde und Erhebung“ werden lässt. Aus dieser Ablösung vom wirklichen Leben mit all seinen Freuden und Nöten hat er die Schlussfolgerung gezogen, dass „affirmative Kultur“ der Festigung von Herrschaft zuträglich ist, weil sie wesentlich dazu beiträgt, die Gewordenheit und die Veränderbarkeit von sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu verschleiern (Marcuse, 1965, S. 63). Die erklärten Ziele der Soziokultur waren die Überwindung affirmativer Kultur, die Aufhebung der Trennung von Kultur und Gesellschaft und die Förderung von Zugang zu und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Röbke 1992).

In den ersten deutschsprachigen Texten zur Soziokultur findet sich immer wieder der Bezug zu dem von Alexander Mitscherlich 1965 erstmals veröffentlichten Aufsatz „Die Unwirtlichkeit der Städte“. Dieser beginnt mit der These: „Menschen schaffen sich in den Städten einen Lebensraum..., doch rückläufig schafft diese Stadtgestalt am sozialen Charakter der Bewohner mit“ (Mitscherlich 1965, S. 9). Alexander Mitscherlich prangert in seiner Streitschrift eine Stadtentwicklung an, die, den Thesen der Charta von Athen 1933 (Reinborn 1996, S. 321ff.) folgend, eine räumliche Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeit und Freizeit beinhaltet: „Die hochgradig integrierte alte Stadt hat sich funktionell entmischt. Die Unwirtlichkeit, die sich über diesen neuen Stadtregionen ausbreitet, ist niederdrückend“ (Mitscherlich 1965, S. 9).

In diesem Kontext wird die rückblickende Äußerung von Hermann Glaser, ehemaliger Kulturdezernent in Nürnberg und einer der wichtigsten Theoretiker der Neuen Kulturpolitik, nachvollziehbar, der den besonderen Bezug von Soziokultur zur Stadt herausstellt: „So wichtig auch ‚Kultur auf dem Lande‘ ist, die Wurzel der Soziokultur war das Bemühen, die mentale Verelendung der Stadt aufzuhalten und ins Bessere zu wenden“ (Glaser 2000, S. 14). Ziel dabei war, sie zu einem „Topos verwirklichter humaner Grundwerte“ umzugestalten (Glaser 1999, S. 685f.).

Als ein Schlüsselbegriff im frühen Konzept von Soziokultur wird der Begriff des Spielraumes bezeichnet (Röbke 1992, S. 42f., S. 50): Spielräume sollten als Gegengewicht gegen Zwänge des Lebens geschaffen werden. Im dem als ‚Gründungsdokument‘ der bundesdeutschen Soziokultur bezeichnetem Buch „Die Wiedergewinnung des Ästhetischen“ schreiben Hermann Glaser und Karl-Heinz Stahl dazu: Für „das Wagnis der Demokratie...bedarf es des Spielraumes... Im Spielraum wird die Gesellschaft zwar nicht verändert, doch bereitet man sich hier für Gesellschaftsveränderungen vor...“ (Glaser/Stahl 1974, S. 35). Thomas Röbke führt hierzu aus, dass der Schaffung von Spielräumen eine konzeptionelle Dimension zukommt: „Gleich ob bei der architektonischen Gestaltung des städtischen Raumes, bei der Ermöglichung kreativer Selbsterfahrung und -entfaltung und/oder in der Ausführung politischer Mitwirkung - immer geht es darum, Spielräume als Erfahrungsräume zu schaffen“ (Röbke 1992, S. 42ff.).

4.3 Neue Kulturpolitik als Element der Stadtentwicklung

Auf dem Deutschen Städtetag 1971 werden die Weichen dafür gestellt, dass die Neue Kulturpolitik vorübergehend zu großem Einfluss innerhalb der Stadtpolitik gelangt. Dort stand im Mittelpunkt der Debatten die Auseinandersetzung mit einer Tendenz zur „ökonomischen Stadt“. Gastredner John Kenneth Galbraith zeigte am Beispiel der Entwicklung amerikanischer Städte auf, dass die „ökonomische Stadt eine Fehlkonzeption war“, da sie Stadt darauf reduziert, „wirtschaftlichen Unternehmungen Raum zu bieten“ (Galbraith

1971, S. 19). Nach ausführlicher Beratung und Diskussion beschloss der Deutsche Städtetag 1971, unter der Leitung des Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, den Appell „Rettet unsere Städte jetzt“, in dem die „Vermenschlichung“ der Städte als Ziel genannt wird: „Noch kann die Stadt das bleiben oder wieder zu dem werden, was sie als kühnste Schöpfung des Menschen sein sollte: Eine Stätte, an der sich die Mannigfaltigkeit menschlichen Strebens reich entfaltet und zu einer neuen Harmonie verbindet“ (Deutscher Städtetag 1971, S. 247).

In der Resolution „Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung“ des Deutschen Städtetages 1973 kommt die gewachsene Bedeutung der Neuen Kulturpolitik in besonderer Weise zum Ausdruck. Darin ist nach einem besorgten Blick auf die „ökonomische Stadt“, die „ihre menschlichen Züge“ und attraktiven „Eigenschaften“ zu verlieren drohe, das Postulat zu lesen: „Die moderne Stadt ist nicht unvereinbar mit einer persönlichen Umwelt, die die soziale, geistige und kulturelle Entfaltung des Menschen ermöglicht“ (Deutscher Städtetag 1973 in Rübke 1993a, S. 117). Um diese als grundsätzliche Möglichkeit gesehene Entwicklung von Stadt realisieren zu können, wird eine neue kommunale Kulturpolitik gefordert. Eine Kulturpolitik, die „Kommunikation“ fördert, „Spielräume“ als „Gegengewicht gegen die Zwänge des heutigen Lebens“ schafft und die zur „Reflexion“ herausfordert und damit hilft, „bloße Anpassung und oberflächliche Ablenkung“ zu überwinden. Weiter heißt es dort: „Eine Kulturpolitik, die diese Ziele verfolgt, muss den kulturellen Bereich gegenüber der Gesellschaft öffnen und ein Kulturverständnis überwinden, das vornehmlich zur Rezeption aufforderte. Eine ihr entsprechende Stadtentwicklung muss dafür sorgen, dass die Schaffung besserer sozialer und kultureller Bedingungen für alle Bürger und die Förderung von Chancengleichheit als wesentliche Entscheidungskriterien in die Gesamtplanung eingehen“ (Deutscher Städtetag 1973 in Rübke 1993a, S. 118).

Damit war indirekt der Anspruch formuliert, Kulturpolitik als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe zu verstehen und maßgeblich bei der Koordinierung aller Bereiche der Stadtpolitik einzubeziehen. Dieser Anspruch ist noch 1988, wenn auch im Wesentlichen nur auf dem Papier (Wagner 1993), in der Resolution der Kulturdezernenten jener Städte zu finden, die an „Kultur 90“ beteiligt waren. Dort heißt es u.a.: „Kulturpolitik ist stets Gesellschafts-, Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial-, Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik. Kultur muss die bisher noch streng getrennten Ressorts Schule, Jugend, Soziales, Freizeit, Sport, Stadtplanung als Querschnittsaufgabe durchdringen und projektorientiert verbinden. Und nur so wird kulturelles Leben und Handeln durch alle Schichten der Bevölkerung in Zukunft als Selbstverständlichkeit und notwendiger Bestandteil eines menschenwürdigen Daseins verstanden werden können. Wir fordern: Kulturpolitik gehört in das Zentrum der Kommunalpolitik“ (zitiert nach Rübke 1993a, S. 196).

Im Gefolge einer auf die Stadtentwicklung und auf das Leben in der Stadt bezogenen kommunalen Kulturpolitik in den 70er und zum Teil auch 80er Jahren konnten Soziokulturelle Zentren und Stadtteilkulturläden durchgesetzt werden, fand auch die freie Kulturszene, insbesondere im Bereich Theater, öffentliche Förderung. Zugleich wurden allerdings Investitionen in den Aus- und Neubau von Einrichtungen der Hochkultur vorgenommen, gegen die sich die Aufwendungen für die Zentren mehr als bescheiden ausnehmen. So haben sich in den Kommunen, die den Hauptteil der öffentlichen Mittel für Kulturausgaben tragen, die Kulturetats von 1977 bis 1979 um 22% und von 1979 bis 1981 nochmals um weitere 20,9% erhöht (Wagner 1993, S. 11). Zwischen 1971 und 1981 sind ein Drittel aller Museen in der Bundesrepublik entstanden (Wagner 1988, S. 69). Der Erfolg der Neuen Kulturpolitik, deren Ziel die Öffnung dieser Einrichtungen der Hochkultur ist, lässt sich exemplarisch am großen Zuwachs der Besucherzahlen von Museen veranschaulichen: „1985 wurden in deutschen Museen mit 62 Millionen Menschen mehr Besucher gezählt als Zuschauer in Fußballstadien, 1958 waren es 8 Millionen Museumsbesucher“ (Wagner 1988, S. 69).

4.4 Kulturpolitik als Standortförderung

Bernd Wagner sieht eine Veränderung in der Neuen Kulturpolitik vom „programmatischen Überschwang“ der 70er Jahre zu einer „pragmatischen Orientierung“ in den 80er Jahren: „Kulturpolitik wurde nicht mehr begründet, sondern gemacht“ (Wagner 1993, S. 12). Kulturpolitik beteiligt sich an der „Ästhetisierung des Alltags“ durch „Stadtinszenierungen als Gesamtkunstwerke, die Durchdringung der Alltagsräume mit Kulturereignissen und Kunstangeboten, Renovierungen der Innenstädte mit schnecken Passagen, chicen Boulevards und verspielter Architektur...“ (Wagner 1993, S. 15). Alex Demirovic bringt den sich in den 80er Jahren immer klarer abzeichnenden Zusammenhang von Kulturpolitik und der Politik für die „erste Struktur“ der Stadt auf den Punkt: Es geht nicht mehr um „den sozialen Kompromiss zwischen denen oben und denen, die aufsteigen woll(t)en, sondern um die Gemeinsamkeit des kollektiv geteilten städtischen Raums, in dem Konsum und Kultur eine Lebensstileinheit bild(et)en“ (Demirovic 1993, S. 33). Die Folge dieser Wende ist, dass Kultur für alle nur noch an alle verteilt wird, „die sich das urbane Angebot leisten können“ (Demirovic 1993, S. 33) und die dabei nicht störend wirken.

Bereits in den 80er Jahren wächst die Bedeutung der Kulturpolitik im Standortwettbewerb der Städte. Dafür gibt es verschiedene Motive. Rein pragmatisch gesehen führt z.B. Kulturtourismus zu höheren Einnahmen bei vielen daran beteiligten Unternehmen, wie z.B. Hotels, Gaststätten oder Taxibetrieben. Dies hat auch positive Folgen für die Stadtkasse. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der des Kulturimages einer Stadt. Untersuchungen haben belegt, dass in den 1980er und 1990er Jahren große Unternehmen ihre Standortwahl auch von der Beschaffenheit des städtischen Kulturangebotes abhängig gemacht haben, da vielfach die Bereitschaft von Spitzenkräften und auch Personalkräften im mittleren Management, ihre Tätigkeit in diesen Unternehmen aufzunehmen bzw. bei Standortwechsel fortzuführen, hiervon abhängig war (Wagner 1993). Das kulturelle Image einer Stadt ist ebenfalls ein

wichtiger Faktor bei Suche nach Investoren, die zunehmend für die Übernahme städtebaulicher Aufgaben gebraucht werden (Wagner 1993).

Die bereits dargestellte Tendenz der Stadtpolitik zur Festivalisierung findet in der Kulturpolitik ihre Entsprechung im engeren Sinne des Wortes: Das große Kulturereignis. Treffend charakterisiert durch die Illustration von Hartmut Häußermann und Walter Siebel: „Das ganze Jahr über an jedem Tag ein anderer Jongleur in der Stadt wird vielleicht die Kinder begeistern, aber sonst nicht weiter auffallen. 365 Jongleure an einem Nachmittag auf dem Marktplatz ergeben dagegen ein Medienereignis - und damit überhaupt erst ein Ereignis“ (Häußermann/Siebel 1993, S. 15).

5 Soziokulturelle Zentren

Laut Veröffentlichung der Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren NRW e.V. gibt es gegenwärtig bundesweit ca. 450 Einrichtungen, die für sich selber den Begriff soziokulturelles Zentrum nutzen und dies durch ihre Mitgliedschaft in der Bundesvereinigung dokumentieren (LAG NRW 2002, S. 12). Es gibt aber deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Einrichtungen, was ihre Größe, ihren Personalstamm und ihr Haushaltsvolumen anbetrifft. Die kleinsten Einrichtungen verfügen mitunter nur über ein bis zwei Räume, werden überwiegend ehrenamtlich gemanagt und müssen mit geringen Zuschüssen auskommen. Ein Beispiel dafür ist der „Speicher“ in Husum, der auf kleinstem Raum ein anspruchsvolles Kulturprogramm bietet und nahezu ehrenamtlich geführt wird. Große Einrichtungen hingegen haben eine Nutzfläche von mehreren tausend qm und verfügen meist über eine größere Veranstaltungshalle. Sie sind vielfach Arbeitgeber von gut einem Dutzend hauptamtlicher Mitarbeiter mit Vollzeitverträgen und beschäftigen über die Gastronomie und den Veranstaltungsbereich viele Studierende als Teilzeitkräfte. Ein Beispiel dafür ist das Düsseldorfer Kulturzentrum zakk mit einer Nutzfläche von ca. 2000 qm, einer Veranstaltungshalle, die bestuhlt ca. 300 Personen fasst und bei Konzerten, je nach Aufbau, die Kapazität für 1000 Leute erreicht. Das zakk bekommt einen städtischen Zuschuss von knapp 1 Mio. DM und hat einen Gesamthaushalt von circa 4 Mio. DM.

Trotz dieser Unterschiede gibt es Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen soziokulturellen Zentren, diese werden im folgenden anhand der Bezugspunkte Programmatik, Akteure und räumliche Dimension dargestellt.

5.1 Zur Programmatik soziokultureller Zentren

Der Begriff soziokulturelle Zentren taucht erstmals in den 70er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland auf. Der Zusammenhang zur Neuen Kulturpolitik ist eng und widersprüchlich zugleich. Werner Thole charakterisiert ihn treffend: „Die Idee von Soziokultur entstand in der traditionellen, bürgerlichen

Kulturdiskussion. Hingegen sahen sich die Initiatoren der Kommunikationszentren in der Tradition oppositioneller, gegen den gesellschaftlichen Zeitgeist opponierender und Formen und Inhalte der geförderten Kultur kritisierender Bewegungen der 50er und späten 60er Jahre“ (Thole 1989, S. 148f.).

Joachim Schulze berichtet, dass in der Literatur überwiegend davon ausgegangen wird, soziokulturelle Zentren seien in der Bundesrepublik Deutschland ohne Tradition (Schulze 1993, S. 27). In der wissenschaftlichen Diskussion über soziokulturelle Zentren gibt es jedoch auch Wortmeldungen, die in diesem Kontext auf vielfache Bestrebungen, ‚Kultur von unten‘ einen Raum zu geben, hinweisen und Vorläufermodelle sehen. Die Spurensuche reicht hier vom ausgehenden Mittelalter mit der „Tradition der Badehäuser“, „den Spinnstuben und Lichtbuden“ über die Clubs und Salons des Bürgertums im 19. Jahrhundert, den „Schnapskasinos“, den Jugendheimen, Volks- und Gewerkschaftshäusern in der Zeit der Industrialisierung bis hin zu den Jazz-Kellern der 50er Jahre (Nahrstedt u.a. 1990, S. 25, Schulze 1993, S. 28, Thole 1989, S. 144). Werner Thole sieht die Gemeinsamkeit zwischen solchen kulturellen Aktionsfeldern in dem Anliegen begründet, jugendkulturellen Bedürfnissen „räumlich eine Heimat zu geben“, auch wenn diese zum Teil mit Erwachsenen geteilt werden müssen (Thole 1989, S. 144). Die Besonderheit soziokultureller Zentren sieht er in dem historisch einmaligen Zusammenkommen von kulturtheoretischen Ansprüchen und dem konkreten Aufgreifen alltagsbezogener kultureller Wünsche breiter Bevölkerungskreise, insbesondere von Jugendlichen (Thole 1989, S. 148).

Hier sind Parallelen bei Peter Alheit zu finden, der in Bezug auf Soziokultur auf die gestaltende Kraft von „Ordinary Culture“ (Raymond Williams) hinweist und dafür plädiert, bei der Entwicklung von soziokulturellen Zielen „Urvertrauen in die Kulturfähigkeit der Menschen“ zugrunde zu legen (Alheit 1992b, S. 60f., Alheit 1999). Peter Alheit sieht in der Verbindung kulturtheoretischer Bezüge und dem Aufgreifen von Alltagskultur eine Chance für die Verwirklichung

zivilgesellschaftlicher Ziele. Soziokultur ist für ihn Ausdruck des Willens und der Bereitschaft, an der Gestaltung der eigenen Lebenswelt mitzuwirken und dafür auch zu kämpfen (Alheit 1992a, S. 303). Vor diesem Hintergrund charakterisiert er die Praxis in der frühen Phase soziokultureller Zentren als „Vielfalt und Pluralität nach innen“, „Selbstbestimmung und Teilhabe der Betroffenen“ (Alheit 1992a, S. 304).

Auch Joachim Schulze betont die Bedeutung „gelebter Demokratie“ für die begriffliche Definition von soziokulturellen Zentren. Nach seinem Verständnis „ist ein soziokulturelles Zentrum eine selbstverwaltete, von Bürgerinitiativen (...) durchsetzte, aufgebaute und getragene Einrichtung, die eine im Kern politisch begründete (...) und ausgerichtete Kultur- und Sozialarbeit mit hohen Anteilen an Eigenaktivität der Nutzer(innen) entweder selbst leistet oder durch eine entsprechende Infrastruktur ermöglicht“ (Schulze 1993, S. 21, Hervorhebung im Original).

Dieser Ansatz findet sich auch in Formulierungen in der Satzung der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren wieder. Demnach zeichnen sich soziokulturelle Zentren durch „Basis- und Nutzerorientierung“ und „demokratische Entscheidungsstrukturen“ aus. Als weitere Basispunkte werden genannt:

- alters-, schichten- und nationalitätenübergreifendes Angebot
- Formen sozialer, politischer Arbeit
- Betonung des demokratischen und humanistischen Gehalts von Kultur und Widerstand gegen faschistische und menschenverachtende Bestrebungen
- nicht-kommerzielle Ausrichtung (vgl. § 2 der Satzung).

In der Untersuchung von Udo Husmann und Thomas Steinert 1990 wird der Begriff der Selbstverwaltung als einer der „Schlüsselbegriffe für die Beschreibung der Arbeit und des Selbstverständnisses soziokultureller Zentren“

herausgestellt: „Selbstverwaltung bedeutet dabei nach außen die Unabhängigkeit gegenüber öffentlichen Zuschußgebern und nach innen der Anspruch auf höchstmögliche Beteiligung und Transparenz für alle Nutzer/Besucher und Aktive“ (Husmann/Steinert 1990, S. 128). Die Autoren verweisen im Ergebnis ihrer Untersuchung darauf, dass die Selbstverwaltung als Anforderung an die Aktivität der Akteure mit der Größe der Zentren steigt: „Je größer ein Zentrum, desto ausdifferenziertere Entscheidungsstrukturen und häufigere Sitzungstermine sind offensichtlich notwendig, um den vielschichtigen Interessen und Anforderungen, die in und an multifunktionale(n) Großzentren gestellt werden, zu entsprechen“ (Husmann/Steinert 1990, S. 129).

Auch Irene Hübner, die eine erste wissenschaftliche Untersuchung über soziokulturelle Zentren 1981 veröffentlichte, weist darauf hin, dass der Anspruch der Selbstverwaltung oder auch Selbstorganisation einen hohen Stellenwert bei den Akteuren der Zentren einnimmt (Hübner 1981, S. 41).

In der frühen Phase der Entwicklung von soziokulturellen Zentren kommt der Gestaltung von Spielräumen und der Ermöglichung von Aspekten individueller und kollektiver Selbstverwirklichung eine wesentlich größere Bedeutung zu als dies in den 90er Jahren der Fall ist. So heißt es z.B. in der Rahmenkonzeption des zakk 1979: „allen bürgern wird schicht- und altersübergreifend ein aktions- und entfaltungsprogramm geboten, um nach dem prinzip der freiwilligkeit durch verschiedene betätigungsformen die selbstverwirklichung zu fördern“ (zakk e.V. 1979, Rahmenkonzeption, Hervorhebungen im Original).

Der hier zitierte Anspruch nach einer „Kultur für alle“ findet sich durchgängig in den frühen Dokumenten der soziokulturellen Zentren (Hübner 1981, S. 59ff., Nahrstedt u.a. 1990, S. 27ff., Husmann/Steinert 1990, S. 12ff.) und wird auch in späteren Dokumenten immer wieder eingefordert – so heißt es z.B. in der Standortbestimmung des Bahnhof Langendreer Bochum von 1996: „...wir wollen der immer noch im Korsett der Bildungsbürgerlichkeit gefangenen Hochkultur eine Kultur-für-alle gegenüberstellen, wohl wissend, dass wir nicht

alle erreichen...“. Um dann doch zu versuchen, „alle“ zu erreichen, werden in der Anfangsphase in vielen soziokulturellen Zentren Elemente von Sozialarbeit integriert, z.B. durch „teiloffene Türen“ im Rahmen von Jugendarbeit. In einigen Zentren wird über Gemeinwesenarbeit der Kontakt zur angrenzenden Nachbarschaft gepflegt (Schulze 1993, S. 265ff., Schulze 2000, S. 86ff.).

Wie bereits eingangs dargestellt, gehen Leitmotive der frühen Phase soziokultureller Zentren, wie ‚Selbstverwirklichung einen Raum geben‘, ‚Kultur für alle öffnen‘, ‚alle sozialen Schichten erreichen‘ etc., auf einen wichtigen Nachholbedarf individueller Qualifizierung im Kontext des Modernisierungsprozesses in der Bundesrepublik Ende der 60er und in den 70er Jahren zurück (Alheit 1992a, S. 299ff.). Bereits in den 80er Jahren verschieben sich im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung die Gewichte in der Praxis und damit auch der Selbst- und Fremddefinition soziokultureller Zentren. Das Kulturprogramm nimmt an Umfang und Bedeutung zu, technisch-organisatorische, finanzielle Konsequenzen und ein gewaltiger Professionalisierungsschub gehen damit einher. (Husmann/Steinert 1990, 1993, Knopp 1999).

Mit „Vielfalt als Konzeption“ wird Anfang der 90er Jahre der Versuch unternommen, soziokulturelle Zentren mit einem eingängigen Begriff zu definieren. Udo Husmann und Thomas Steinert stellen auf einer Tagung mit gleichem Titel ihre Untersuchung zur „Arbeit soziokultureller Zentren und den Anforderungen an ihre Mitarbeiter“ mit den einleitenden Wertungen vor: „Soziokulturelle Praxis fördert und konkretisiert ein erweitertes Verständnis von Kultur, die nicht mehr als rein ästhetische Kategorie begriffen wird und sich nicht auf die Präsentation des ‚Schönen, Wahren und Guten‘ und die Vermittlung traditioneller Wertvorstellungen beschränkt. Die Vielfalt des Angebotes und der Präsentationsformen, die bewusst auch Veranstaltungen zu politisch aktuellen und gesellschaftlich relevanten Themen und Problemen (...) umfasst, sprengt den Rahmen des bis dahin üblichen Spektrums etablierter Kulturarbeit“ (Husmann/Steinert 1990, S. 14).

Einen Versuch, ‚konstituierende Elemente‘ der Praxis soziokultureller Zentren zu definieren, die über das Kriterium „Vielfalt“ hinausgehen, unternehmen Udo Husmann und Thomas Steinert im Resümee ihrer Studie über soziokulturelle Zentren. Als besondere Potentiale der Zentren heben sie drei Aspekte hervor:

- die vernetzende Rolle Drehpunktorganisation
- die besondere Form der Entscheidungsfindung einer kollektiven Intendantur
- die Projektarbeit als Extrakt der Arbeitskonzeption (Husmann/Steinert 1993, S. 254).

Mit dem erstmals formulierten Hinweis auf die Drehpunktfunktionen vertreten die Autoren den Standpunkt, dass die Zentren auch über Belange des eigenen Hauses hinaus vermittelnd und vernetzend wirken können. Die Drehpunktfunktion kommt den Zentren u.a. dann zu, wenn sie sich als Mittler in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einschalten. Hier verfügen die Zentren durch ihre Kontakte in die Initiativenlandschaft und zu Politik und Verwaltung über vielfältige Möglichkeiten. Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang ist die Chance der Zentren, durch eigene Veranstaltungen oder durch die infrastrukturelle Unterstützung von anderen Veranstaltern im eigenen Haus, Öffentlichkeit herzustellen und Themen auf ‚die Tagesordnung‘ zu setzen (Husmann/Steinert 1993, S. 254ff., Knopp 1997, 1999, S. 86ff., Loers 2000, Wegener 1989).

In der gemeinschaftlichen Entwicklung von Projekten sehen Udo Husmann und Thomas Steinert die Möglichkeit, gesellschaftliche Entwicklungen zu thematisieren. Die relativ freien Rahmenbedingungen der Programmarbeit, abgesehen von finanziellen Spielräumen, erlauben es grundsätzlich, bereichs- und genreübergreifend Projekte durchzuführen und damit über eine reine Aktivität der Buchung von Künstlern und der Inszenierung von Aufführungen hinauszugehen (Husmann/Steiner 1993, S. 254ff.).

5.2 Die Akteure und Nutzer soziokultureller Zentren

Peter Alheit grenzt die frühen Akteure soziokultureller Zentren vom „aktiven Kern studentischen Protests und von militanten Protagonisten bürgerrechtlicher Gegenwehr“ ab. Aus seiner Sicht sind der überwiegende Teil der Akteure und Nutzer zumeist Menschen, „die gewisse Erfahrungen mit Bürgerinitiativen haben oder wenigstens Sympathie dafür hegen, aber doch nicht in ‘vorderster Front’ stehen, politisch und kulturell interessierte, in der Regel jüngere Leute“ (Alheit 1992a, S. 303f.).

In der Untersuchung von Irene Hübner finden sich Hinweise, die diese Aussagen unterstützen. Sie recherchiert, dass die meisten der Zentren von Bürgerinitiativen, künstlerisch-kulturell geprägten Initiativen und Privatleuten initiiert wurden. Weiterhin berichtet sie, dass es sich lediglich um Einzelfälle handelt, bei denen die Initiative auf andere Akteure zurückgeht, z.B. auf die Jugendzentrumsbewegung, auf die (städtische) Verwaltung und auf Initiativen aus der Arbeiterbewegung (Hübner 1981, S. 83ff.). Diese Ergebnisse werden in einer späteren Untersuchung von Udo Husmann und Thomas Steinert gestützt, dort wurden als größte Initiatorengruppen ermittelt: Einzelpersonen mit 26,1% und Bürgerinitiativen mit 18,2% (Husmann/Steinert 1990, S. 106).

In einer 1991 veröffentlichten Untersuchung zur „Ungleichzeitigkeit in der Kultur“ wird anhand von biografischen Interviews das Verhältnis zur Kultur von „vier Generationen“ ermittelt. Albrecht Göschel sieht in der „1950er Generation“ die Gruppe mit der größten „Affinität“ „zur Soziokultur, zur Stadtteilkultur und zu den Stadtteilfeiern als Teil dieser Kultur“ (Göschel 1991, S. 87). Im Unterschied zu der an „rationale(r) Erkenntnis“ und „vernunftgeleitete(m) Diskurs“ orientierten 1940er Jahrgänge entwickelt diese Generation ihre Kulturvorstellungen und Bewertungen auf der Basis von „Gemeinsamkeit, Nähe und Anteilnahme“ (Göschel 1991, S. 183). „Stadtteil- und Soziokultur“ wird demnach „inhaltlich und organisatorisch“ von „der Generation der um 1950 Geborenen“ getragen, die dort ihre „Anforderung an Kunst und Kultur, Teil der eigenen Lebenswelt zu sein, Wiedererkennbarkeit und

Selbstverwirklichung der eigenen Persönlichkeit zu leisten ...“ realisieren wollen (Göschel 1991, S. 183).

Die Etablierung der Zentren und der bereits angesprochene Prozess der Professionalisierung, gehen einher mit einer zunehmenden Differenzierung zwischen den Akteuren und den Nutzern der Häuser. Bei den Akteuren nimmt die Zahl und die Bedeutung der hauptamtlichen Mitarbeiter zu, wobei herauszustellen ist, dass „viele Mitarbeiter schon vor ihrer Anstellung im Zentrum als Ehrenamtliche tätig waren ...“ (Husmann/Steinert 1990, S. 166). Thomas Rübke führt dazu im Rahmen einer Tagung der Kulturpolitischen Gesellschaft 1993 aus: „Obwohl das Publikum weiterhin und in wachsender Zahl in die Zentren und zu den Veranstaltungen kommt, wird der Kreis der aktiven ‚Macher‘ immer kleiner“ (Rübke 1993b, S. 118). Basierend auf einer Untersuchung von 20 soziokulturellen Zentren in NRW berichten Wolfgang Nahrstedt u.a. in Blick auf die Besucher soziokultureller Zentren von hohen Wertungen für die Kategorie „Alternative“ - als eher gering bewertet werden traditionelle Bürgergruppen und Randgruppen (Nahrstedt u.a. 1990, S. 149). Wenige Jahre später trifft Albrecht Göschel die folgende Einschätzung bezogen auf die Besucher von soziokulturellen Zentren: „Die Besucher sind jüngere Erwachsene mit relativ hohen Bildungsabschlüssen, beschäftigt in Bildungs-, Kultur-, Sozial- und Dienstleistungsberufen“ (Göschel 1993, S. 122).

In einer neueren Untersuchung wird versucht, Informationen über die „Sozialstruktur der Besucherschaft“ von soziokulturellen Einrichtungen in Bremen, Dortmund, Cottbus und Leipzig zu ermitteln. Diese kommt zunächst zu dem Ergebnis, dass „die Besucher mit sehr geringen Abweichungen immer einer sozialen Gruppierung“ angehören (Göschel u.a. 1995, S. 252) - dies drückt sich zum einen durch einen sehr geringen Anteil an „Besuchern mit niedrigen Schulabschlüssen“ (Göschel u.a. 1995, S. 88) als auch durch die überwiegende Zuordnung zu der Altersgruppe 18 bis 39 Jahre (Göschel u.a. 1995, S. 92) aus. Auf der Grundlage dieser Daten wird der Anspruch nach

einem alters- und schichtenübergreifenden Angebot in soziokulturellen Zentren kritisch hinterfragt (Göschel u.a. 1995, S. 257ff., Göschel 2000).

In einer breit angelegten Befragung der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren mit Daten von 2000, bei der die Antworten von 243 Zentren ausgewertet wurden, werden diese Angaben bezogen auf die Altersstruktur nur bedingt bestätigt. Zwar ist auch hier die Altersgruppe 21 - 40 die mit 53,6% aber auch in den anderen Altersgruppen werden relevante Zahlen erreicht, z.B. in der Gruppe der noch nicht 20jährigen ca. 27,1% und bei den Besuchern im Alter von über 40 Jahren sind es 19,2% (Briese/Spieckermann 2002, S. 21). Angaben zur Sozialstruktur wurden in dieser Befragung nicht erhoben.

5.3 Die räumliche Dimension - Bezugspunkte zu Stadt

Die meisten soziokulturellen Zentren sind in einer Stadt entstanden, mehr als die Hälfte davon in Großstädten. In Untersuchungen wird dies bis 1990 verfolgt, danach sind in diesem Zeitraum ca. 60% der Zentren in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern entstanden (Husmann/Steinert 1990, S. 110, Schulze 1993, S. 40). Von der Gruppe der Zentren, die sich in Großstädten befinden, haben knapp 42% ihren Standort im Zentrum und 48% im Nebenzentrum der Stadt, wobei dieser Standort noch als innenstadtnaher Bereich gewertet wird (Husmann/Steinert 1990, S. 110).

Für die Entstehungen soziokultureller Zentren ist die Phase der Reurbanisierung in westdeutschen Städten der 70er und 80er Jahre von besonderer Bedeutung. Hier findet die „Zentrumsbewegung“ ihre Akteure, die für eine solche Initiative erforderlichen Kommunikationsstrukturen und später auch ihr Publikum für die Veranstaltungen im Kulturzentrum. In diese Umbruchphase in der Stadtentwicklung fällt in Teilen noch der Rückzug der industriellen Arbeit aus dem städtischen Raum, womit die entsprechenden Gebäude, alte Fabriken, Lagerhallen, Schlachthöfe etc., für eine Nutzung als Kulturzentrum zur Disposition stehen. Die Stadt bietet der ersten Gruppe der „Zentrumsakteure“ Raum und Kommunikationsstrukturen. Hartmut Häußermann und Walter Siebel

schreiben dazu in ihrem 1987 erschienenen Buch „Neue Urbanität“: „Die sich entleerenden Altbaugelände der Städte sind zu prädestinierten Orten für diese neuen Lebensformen geworden. Läden, die im Marktwettbewerb nicht mehr standhalten konnten, werden von Angehörigen der Szene übernommen (...). Selbst für alte Fabrikgebäude und Lagerschuppen haben die Alternativen noch Nutzungsideen – als Wohngelegenheit, Kommunikationszentrum oder Kulturraum“ (Häußermann/Siebel 1987, S. 15).

Soziokulturelle Zentren sind in ihrer Entstehungsphase auch immer Teil einer stadtpolitischen Auseinandersetzung. Diese wird einerseits zwischen den Verfechtern neuer Ansätze in der Kulturpolitik und konservativen Kräften ausgetragen, andererseits verläuft auch eine Konfliktlinie zwischen den eher wohlwollenden Kräften in der Stadtpolitik und den auf Autonomie bestehenden Akteuren der Zentren.

Anders als andere Kultureinrichtungen sind sie in der Regel nicht Ergebnis einer Stadtplanung von oben - in einer Untersuchung Ende der 80er Jahre wird die Initiative für die Errichtung der Zentren nur zu 5,5% der Stadtverwaltung und zu 7,9 % politischen Parteien zugesprochen (Husmann/Steinert 1990, S. 106). Ihre Entstehung geht in nahezu allen Fällen auf den Druck einer Bewegung von unten zurück, wobei die Schärfe der Auseinandersetzung durch die Zusammensetzung der damaligen Stadtregierung bestimmt wurde. Diese reichte von langanhaltendem Widerstand gegen die Errichtung des Zentrums und Teilabriss des Gebäudes (z.B. Schlachthof Bremen) bis zu moderatem Einlenken (z.B. Pumpe Kiel) und – in wenigen Fällen - zur Förderung des Projektes durch die Verantwortlichen in der Stadt (z.B. Lindenbrauerei Unna).

Die Entscheidung für die Errichtung eines soziokulturellen Zentrums ist zugleich ein Stück Stadtentwicklung. Sie hat eine stadtweite Dimension: Es entsteht damit eine neue Kultureinrichtung, mit Abstrichen vergleichbar mit der Errichtung traditioneller Kultureinrichtungen, wie Museen, Theater etc. In jedem Fall wird damit eine Entscheidung für die Gestaltung der Infrastruktur in einer Stadt

getroffen, der, je nach Größe und Bedeutung der soziokulturellen Zentren für Stadt/Region, auch relevanten Einnahmen aus dem Kulturtourismus zugeführt werden. Dieser Aspekt verdeutlicht sich z.B. an der Zeche Carl in Essen, die bereits Ende der 80er Jahre jährlich ca. 100.000 Besucher zu verzeichnen hatte (Nahrstedt u.a. 1990, S. 177f.) – eine Zahl, die aufgrund des gewachsenen Veranstaltungsangebotes heute noch wesentlich höher liegt.

Die großen soziokulturellen Zentren haben auch deutliche Auswirkungen auf die Verkehrsbewegungen in einer Stadt. Ihre Lage ist zwar im innenstadtnahen Raum, jedoch in Gebieten mit geringer Wohnbebauung. Die für den Umbau zu einem großen soziokulturellen Zentrum infrage kommenden Objekte befinden sich durchgehend in Industrie- und Gewerbegebieten oder im Zentrum.

Die Errichtung eines soziokulturellen Zentrums hat auch eine stadtteilbezogene bzw. quartiersbezogene Dimension: Mit der Errichtung des soziokulturellen Zentrums verändert sich die Situation im Stadtteil. Es gibt Folgen für die weitere städtebauliche Entwicklung des Quartiers, die sich je nach Größe und nach Lage des soziokulturellen Zentrums unterscheiden. Die neue Nutzung durch die soziokulturellen Zentren zieht nun verstärkt im Abendbereich Menschen in diesen Teil der Stadt. Sie fördert dort die Infrastruktur, z.B. durch den gastronomischen Betrieb, zum Teil aber auch durch Angebote im sozialen Bereich, wirkt aber aufgrund von Lärm durch den Betrieb und die Anfahrt eher blockierend für weitere Wohnbebauung. Je nach Lage der soziokulturellen Zentren stellen sich Fragen in Richtung Nachbarschaft, in Richtung Aufwertung. Und es gibt auch eine auf das Gebäude bezogene Dimension: Orte industrieller Arbeit bleiben erhalten ohne dass sie musealisiert werden.

6 Fazit und Bezug zu den Thesen

Die Entstehung soziokultureller Zentren im Kontext des ersten Kontinuitätsbruches in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist auf dem Hintergrund des damit verbundenen Wertewandel erklärbar. Im Blick auf die soziokulturellen Zentren kann hierbei von einer Kongruenz gesprochen werden. Die Realisierung der Zentren war in den Städten insbesondere deshalb möglich, weil ihnen dort durch den Bildungsschub und die Tendenz zur Reurbanisierung eine relevante Gruppe von Akteuren zugeführt wurde, der Rückzug der Industrie entsprechende Gebäude frei machte und sie im Rahmen auf „Kultur für alle“ orientierten kommunalen Kulturpolitik durchsetzbar waren. Es entstanden auf diese Weise in vielen Städten selbstverwaltete Kulturzentren, deren Akteure sich den Werten verbunden fühlten, die mit einer gesellschaftlichen Öffnung einher gingen und die ihren programmatischen Zielen nach auch über ihre Einrichtung hinaus Einfluss auf die Entwicklung der Lebensverhältnisse in der Stadt nehmen wollten.

Für die Überprüfung der ersten These, „Soziokulturelle Zentren beziehen sich in der Gründungsphase mit ihrer Kulturarbeit auf die Entwicklung der Lebensbedingungen in ihrer Stadt und thematisieren Stadtpolitik...“ lassen sich folgende Fragestellungen ableiten:

- Bilden die programmatischen Ziele, sich für kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten für ‚alle‘ einzusetzen und ‚Einfluss auf die Lebensbedingungen in der Stadt nehmen‘ auf der einen Seite und die Gestaltung von ‚Spielräumen‘ im Sinne von Selbstverwirklichung und ‚gelebter Demokratie‘ auf der anderen, gleichermaßen Schwerpunkte in der Praxis der Zentren?
- Sind die Akteure aufgrund ihrer politischen ‚Herkunft‘ und ihres Bezuges zu Stadtpolitik motiviert, die Entwicklung der Lebensbedingungen in der Stadt zu einem gewichtigen Thema der Zentren zu machen?
- Bietet der räumliche Bezug der Zentren Berührungspunkte zur Stadtpolitik?

Die im Kontext des zweiten Kontinuitätsbruchs herausgestellten gesellschaftlichen Entwicklungen zu ‚Schließung‘ und ‚sozialer Spaltung‘ stehen in direktem Widerspruch zu den Wertvorstellungen und Zielsetzungen der soziokulturellen Bewegungen. Dies trifft auch auf die mit einer an der „ersten Struktur“ der Stadt orientierten Stadtpolitik einhergehende Inanspruchnahme von Kultur(politik) für den Standortwettbewerb zu. Soziokulturelle Zentren stehen damit nicht mehr im Einklang mit gesellschaftlichen Entwicklungslogiken sondern befinden sich quasi in einer querstehenden Position dazu. Zugleich ist es ihnen aufgrund ihrer Etablierung als Kultureinrichtungen mit hohem Selbstfinanzierungsdruck nicht möglich, sich gesellschaftlichen Trends vollends entgegenzustellen. Ihre große Besucherzahl dokumentiert, dass sie mit diesen Entwicklungsnotwendigkeiten umzugehen verstehen.

Für die Untersuchung der zweiten These, „Soziokulturelle Zentren setzen sich gegenwärtig in ihrer Kulturarbeit verstärkt mit Themen der Stadtpolitik auseinander und zwar insbesondere mit solchen, die mit einer Spaltung der Stadt einhergehen...“ ergeben sich u.a. folgende Fragestellungen:

- Spielen programmatische Positionen, die auf ‚Zugang‘ zu und ‚Öffnung‘ von Gesellschaft bezogen sind, noch eine relevante Rolle in der Praxis soziokultureller Zentren und dies insbesondere im Blick auf die Entwicklung der Lebensbedingungen in der Stadt? Liegt in der rückläufigen Bedeutung von Zielen wie ‚Selbstverwirklichung‘ und Ansprüchen an ‚gelebte Demokratie‘ sogar eine Chance, sich verstärkt auf politische Entwicklungen zu beziehen, insbesondere auf der Ebene der Stadt?
- Führt die Differenzierung der Akteure in die kleine Gruppe der ‚Planenden‘ und ‚Entscheidenden‘ und die mit der Arbeit der Zentren korrespondierenden politischen Initiativen zu einer Effektivierung politischer Aktivitäten?
- Ergeben sich aufgrund räumlicher Entwicklung neue Bezüge zur Stadtpolitik?

7 Die Zentren

Auf der Grundlage der eingangs vorgestellten Kriterien wurde eine Auswahl der zu untersuchenden Zentren vorgenommen. Bei dieser Auswahl handelte es sich um folgende soziokulturelle Zentren:

- Der **Bahnhof Langendreer** in Bochum
- Die **Lagerhalle** in Osnabrück
- Der **Schlachthof** in Bremen
- Der **Pavillon** in Hannover
- Die **Pumpe** in Kiel
- Das **E-Werk** in Erlangen
- Die **Börse** in Wuppertal
- Die **Zeche Carl** in Essen
- Die **Lindenbrauerei** in Unna
- Das **zakk** in Düsseldorf

7.1 Der Bahnhof Langendreer in Bochum

Anfang der 80er Jahre gab es in Bochum die Forderung nach einem autonomen Zentrum in der Innenstadt. Leerstehende Häuser wurden besetzt, aber alsbald wieder geräumt und abgerissen. 1983 kam der alte stillgelegte Bahnhof Langendreer als Ort für ein Kulturzentrum bei „dem Rest der Szene, die zu diesem Zeitpunkt noch existierte“, in die Diskussion. Der Bahnhof lag in einem Gewerbegebiet mit hohem LKW-Aufkommen. Es kam 1984/85 zu einer Verrechtlichung der Initiative in Form einer Vereinsgründung und zu Verhandlungen mit der Stadt. Dabei gab es – so der Experte – „immer eine kritische Distanz zu oben. Es gab keine Vereinnahmung. Das beraubt einem zwar gewisse Ressourcen, doch es ist fruchtbar, wenn es darum geht, sich kritisch mit den Verhältnissen auseinander zusetzen“. 1987 wurde der alte Bahnhof Langendreer dem Verein für die Errichtung eines Kulturzentrums überlassen. „Eigentlich war das Umfeld für ein solches Zentrum nicht prädestiniert, denn die Akteure der Soziokultur lebten nicht hier“. Die

Auslagerung in einen Teil der Stadt, der als „Niemandland“ bezeichnet wurde, war nach Ansicht des Experten eine bewusste Strategie: „Sie haben uns eine Schaufel in die Hand gedrückt nach dem Motto: So, jetzt macht mal - wir lassen die Leute hier abrackern, in der Stadt merken die das gar nicht.“ Die „Inbesitznahme“ des alten Bahnhofes führte dazu, dass die damaligen Akteure sich dort sehr engagierten. Stadtpolitik war zwar weiter ein Thema, rückte aber immer mehr in den Hintergrund, so der Experte.

Zwar hat sich der angrenzende Stadtteil dank einem S-Bahn-Anschluss weiterentwickelt und vergrößert, doch aus Sicht des Experten gab es hier in der Arbeit des Kulturzentrums Versäumnisse: „Wir haben den Fehler gemacht, den Stadtteil nicht stärker einzubeziehen“. „Wären wir mehr rausgegangen, wäre viel mehr passiert - trotz der Scheu, die die normalen Menschen vor so einem Zentrum haben“.

Die Akteure betrachteten den Bahnhof Langendreer als ein Zentrum „für alle“ mit Ausstrahlung über den Stadtteil hinaus. Die Sicht hat auch heute noch Gültigkeit. Die Gründungsakteure kamen nach Einschätzung des Experten zumeist aus der studentischen, alternativen Szene. Mit dem Kulturzentrum wollten sie ihre Ansprüche an eine demokratische Kulturarbeit verwirklichen und auch Raum für Selbstverwirklichung bieten. „Die Leute hatten zum Teil schon woanders gearbeitet, wollten aber ihre Ansprüche hier in diesem Zentrum verwirklichen. Wir sagten nie, was können wir finanzieren, sondern: Wen brauchen wir? Und das war zumindest 10 Jahre erfolgreich“. Die Selbstverwaltung hat viele Kräfte gebunden aber „es war ja auch der Wunsch der Leute, ihre eigene Sache zu machen“. Deshalb wurden die vielen Versammlungen eher positiv gewertet, auch wenn die Diskussionen häufig als sehr anstrengend und kräftezehrend betrachtet wurden.

Gegenwärtig hat aus der Sicht des Experten der Anteil der alternativen und studentischen Szene im angrenzenden Stadtteil zugenommen, was zum Teil auch auf die Existenz des soziokulturellen Zentrums zurückgeführt wird. Es

wohnen jedoch immer noch viele Menschen in ärmlichen Verhältnissen, vor allem Alte, im Stadtteil. „Auf die Verelendung, die man hier auch sehen kann, hat sowohl die Stadt als auch unser Zentrum keine Antwort parat.“ Die gegenwärtige Einflussnahme auf die Entwicklung dieses Stadtteils wird vom Experten als immer noch „gering“ bewertet.

Aus Sicht des Experten gibt es heute im Kulturzentrum Bahnhof Langendreer eine deutliche Trennung der verschiedenen Arbeitsbereiche, die er auf die unterschiedlichen Interessen und Aktivitäten der Akteure zurückführt: „Die einen haben viel mit Veranstaltungen zu tun, während die anderen sich mit gesellschaftspolitischen Themen beschäftigen“. Ein Austausch zwischen den Mitarbeitergruppen findet aus Sicht des Experten kaum noch statt, auch wenn das „eine Voraussetzung von Soziokultur“ sei. „Hier ist es mehr und mehr additiv“. Als einen Grund nennt der Experte hierbei auch die unterschiedlichen Vorstellungen in den einzelnen Generationen, in den Altersgruppen der Akteure. Insbesondere in Bezug auf jüngere Teilzeitkräfte sieht er mehr die Haltung, „einen Job zu machen“: „Die jungen Leute sehen heutzutage keine Notwendigkeit mehr, sehen es nicht als moralische Angelegenheit, sich gesellschaftspolitischen Themen zu stellen“. Bezogen auf die Besucher sieht der Experte hier allerdings einen Unterschied: „Die Leute gehen in kulturelle Acts und in gesellschaftspolitische Diskussionen“.

In Bezug auf das Engagement zu stadtpolitischen Themen führt der Experte aus: Die Stadt an sich war und ist „eigentlich immer Thema“ - er sieht es als eine Aufgabe des Kulturzentrums, auf eine Änderung des „Klimas in der Stadt“ hinzuwirken und umreißt die Zielsetzung dabei: „Die Stadt muss für normale Leute verfügbarer sein, demokratische Elemente müssen gestärkt werden - nicht immer nur Wirtschaftsförderung. Urbanität heißt für mich eine Durchmischung der verschiedenen Stadtfunktionen, wo man noch leben kann. Und das bietet die Innenstadt hier nicht! Aber wir sind weg von dem Thema, höchstens in Ausschnitten, da jeder nur noch sein Gebiet hat. Doch geht es eigentlich immer darum, Kultur auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Fragestellungen zu

machen“. Das Thema Gesellschaftspolitik wird von dem Experten immer noch als das wichtigste bewertet, obwohl aus seiner Sicht im Zentrum „nicht mehr diskutiert wird“. Allerdings, so räumt er ein, könne dies bei den anderen Akteuren „möglicherweise auch unterschiedlich wahrgenommen“ werden. „Die Mitarbeiter im gesellschaftspolitischen Bereich versuchen das Auseinanderdriften der Lebensstile nicht über zu bewerten“. Es geht darum, „nicht neuen Trends nachzugeben“, sondern das Wesentliche in der Gesellschaft zu sehen: „Die Verhältnisse oben und unten haben sich nicht verändert, die politökonomischen Verhältnisse schon gar nicht“. Die jungen Mitarbeiter denken, „es wäre alles vom Himmel gefallen - die wissen gar nicht, welche Kämpfe es z.B. für Lohnfortzahlungen gab.“ Es wird von dem Veranstaltungsbereich „Gesellschaftspolitik“ versucht, „Grundtatbestände herauszukitzeln, von Oben und Unten, von Widerstand und Er kämpften“. Dieses Bewusstsein soll gefördert werden. Dieses Engagement wird ebenso als fester Bestandteil der Kulturarbeit des Zentrums eingeordnet wie auch die großen Konzerte, Kabarett- und Comedyveranstaltungen. Wobei dies „manchmal sehr parallel“ zu einander steht.

Anhand der Auswertung der Dokumente, lässt sich der Bahnhof als ein Zentrum beschreiben, das eine gesellschaftskritische Haltung einnimmt und in den Veröffentlichungen des öfteren Texte „wider der herrschenden Kultur und Politik“ publiziert. Aus dem Dokument „10 Jahre Langendreer“ (1996):

- „Kultur und gesellschaftliche Realität bedingen sich gegenseitig und so fügen wir zusammen, was zusammen gehört.“
- „Eine Vielzahl von Diskussions- und Informationsveranstaltungen durchzieht unser Programm. Einige wie ein roter Faden (Weltwirtschaft und Entwicklung), andere aus aktuellem Anlass.“
- „...wir wollen der immer noch im Korsett der Bildungsbürgerlichkeit gefangenen Hochkultur eine Kultur-für-alle entgegensetzen, wohl wissend, dass wir nicht alle erreichen und die Grenzen zunehmend verschwimmen.“

- „...Verbände und gemeinsame Initiativen sind deshalb unser Ding, in das wir viel Arbeit investieren.“

Tabelle 1

Bhf Langendreer	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99
Veranstaltungen:												
Gesamt	115	113	81	67	105	127	122	118	124	119	130	121
Davon: Politische Veranstaltungen	11	14	1		9	4	5	8	6	5	8	7

Tabelle 2

Bhf Langendreer	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99
Veranstaltungen:												
Stadtpolitik mit gesell. Dimension							1				1	
Themen lokaler Problemlagen									1			
Gesell. Themen lokaler Bezug	2	1			2					1		
Gesamt	2	1			2		1		1	1	1	

Die Auswertung der Programmhefte des Bahnhofs Langendreer zeigt auf, dass bei 1342 Veranstaltungen im Untersuchungszeitraum dort im Monat durchschnittlich 112 Veranstaltungen stattfinden. Hierbei handelt es sich zum großen Teil um Kinoveranstaltungen, die der Bahnhof im Kino „Endstation“ innerhalb seiner Räumlichkeiten aufführt. Den zweitgrößten Wert nehmen die Discoververanstaltungen ein. Die Zahl der politischen Veranstaltungen, d.h. solcher Veranstaltungen, die öffentliche Diskussion und Auseinandersetzung beinhalten, beläuft sich auf 78, davon 9 zu stadtpolitischen Themen.

Es finden eine Vielzahl von Kulturveranstaltungen aus dem „3. Welt“-Bereich statt und im Programmheft finden sich zahlreiche kleinere

gesellschaftspolitische Debatten aus dem internationalen Bereich, häufig in Kooperation mit Initiativen/Gruppen aus der Stadt.

Wie im Interview angesprochen, ist der Bahnhof Langendreer an verschiedenen Initiativen und Bündnissen im gesellschaftspolitischen Bereich beteiligt. Dies spiegelt sich in einer Vielzahl von Veranstaltungen mit sozialpolitischen Themen und auch Aktivitäten dazu wider, so z.B. mit einem „Aktionstag gegen Erwerbslosigkeit“, „Ende der Bescheidenheit - Gipfel stürmen 99, der Kölner EU-Gipfel: Wettbewerb um Senkung der Lohnkosten und der sozialen Standards“, „Forum Kritische Sozialpolitik: Ändert sich die Sozialpolitik nach der Wahl?“, „Europäisierung, Globalisierung, Deregulierung - das MAI-Abkommen“.

In der Einleitung des Programmheftes wird häufig über eine aktuelle kommunalpolitische Entwicklung berichtet, ebenso werden Demo-Termine aus Bochum sowie das Programm des unabhängigen Radios Bochum veröffentlicht.

Im Verhältnis zur Gesamtzahl ist die Zahl der Veranstaltungen zu stadtpolitischen Themen eher als gering zu bewerten. Meist handelt es sich um Veranstaltungen mit gesellschaftspolitischen Themen, die in der einen oder anderen Weise in einen Zusammenhang zur Stadtpolitik in Bochum gestellt werden. Ein Beispiel dafür: „Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten macht Station in Bochum“ - hier geht aus den Erläuterungen im Programmheft hervor, dass „Abschiebungen durch die Stadt Bochum“, die Praxis des lokalen Sozialamtes und „rassistische Kontrollen“ am Bochumer Hauptbahnhof und „in der übrigen Stadt“ thematisiert werden. Allerdings äußert sich das Kulturzentrum vielfach über das Programmheft zu unmittelbar lokalen Themen. So finden sich z.B. im Untersuchungszeitraum mehrere Statements zur Auseinandersetzung um den Verkauf der „Kemnade“ und auch Stellungnahmen und Demonstrationsaufrufe zur Verkehrspolitik in Bochum. Mit einer Veranstaltung hat sich der Bahnhof Langendreer auch mit Stadtpolitik als Teil von Gesellschaftspolitik befasst: „Erosion des Sozialstaates und das neue

Gesicht der Stadt - Image-Strategien, Ausgrenzungen und 'Ordnungspartnerschaften' im 'Unternehmen Stadt'".

Im zweiten Interview, das Ende 1999 geführt wurde, spricht der Experte bezogen auf die Bedeutung von Stadtpolitik in der Arbeit des Kulturzentrums von „einem Aufbruch“. Dies begründet er u.a. mit dem Ergebnis der jüngsten Kommunalwahlen, in dessen Folge die SPD nicht mehr die alleinige Macht im Bochumer Rathaus inne hat. Aufgrund der Einbeziehung der Grünen in die Stadtregierung sieht der Experte eine Aufbruchstimmung für den Bahnhof Langendreer in Blick auf stadtpolitische Aktivitäten. Ziel dabei sei, „die Betonpolitik der letzten Jahre aufzubrechen“. Aus seiner Sicht haben die Themen Verkehr und „Kultur als Wirtschaftsförderung“ in der gegenwärtigen Stadtpolitik die größte Bedeutung. Eine besondere Rolle in der Arbeit des Zentrums spielen zur Zeit die Themen „Kultur, soziale Stadtentwicklung und Migration“, die sich auch in Diskussionen und Kulturveranstaltungen im Programm niederschlagen. Daneben – so die Aussage im Interview – gibt es noch eine Vielzahl von Aktivitäten des Zentrums bezüglich stadtpolitischen Themen, die sich nicht in Form von Veranstaltungen im Programm niederschlagen: Dies bezieht sich auf das Engagement in politischen Bündnissen, in Arbeitskreisen aus gewerkschaftlichen Zusammenhängen. Auch treffen sich eine Vielzahl von Gruppen, die sich – im weitesten Sinne – mit der Stadt und ihrer Politik beschäftigen, im Zentrum. Sie nutzen, so der Experte, die „Substanz und die Dienstleistung“, d.h. sowohl die Mitarbeit und das Engagement des Zentrums bzw. seiner Akteure als auch Technik, Werbung und Personal für eigene Veranstaltungen.

Insgesamt bewertet der Experte die Aktivitäten des Zentrums bezogen auf Stadtpolitik positiv. Dies begründet er in erster Linie mit dem Engagement in lokalen Bündnissen zu sozialpolitischen Themen und den Veranstaltungen zu sozialpolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik.

7.2 Die Lagerhalle in Osnabrück

Die Lagerhalle wurde 1976 in den ehemaligen Räumen einer Eisenwarenlagerhalle einer Sanitärgrößhandlung eröffnet. Die liegt mitten in der relativ unbewohnten Altstadt von Osnabrück und damit sehr zentral.

Die Entstehung des soziokulturellen Zentrums steht in engem Zusammenhang zu Aktivitäten für die „Belebung der Innenstadt“, für die Mitte der 70er Jahre in Osnabrück Bürgerinitiativen aktiv waren. Zugleich gab es, so der Interviewpartner, zu dieser Zeit einen „starken Kulturamtsleiter“, der im „Kontext von Kultur für alle“ „das Projekt“ förderte. In der Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiative und Kulturamt gelang es, die politische Entscheidung für die Lagerhalle herbeizuführen und die notwendigen Finanzmittel aufzubringen.

Aus Sicht des Experten ist das Zentrum „sozusagen von oben entstanden“ und „nicht im Kampf gegen die Stadt“. Diese war „sogar so weise, dass sie sagte: Ihr bekommt einen freien Träger.“ Die damaligen Akteure waren entweder Studenten oder kamen aus der linken Mittel- und Oberschicht, es waren auch Parteimitglieder aus den damaligen Rathausfraktionen aktiv. Allerdings gab es in der Bürgerinitiative für das Zentrum und in den anderen daran beteiligten Gruppen eine „hohe Fluktuation“, so dass den „schnell“ eingerichteten hauptamtlichen Stellen eine wichtige Funktion zukam. Ehrenamtliche zogen sich - zum Teil aus beruflichen Gründen - aus der Zentrumsarbeit zurück oder besetzten „Nischen“, wie z.B. die Teestube, in der „viele Freiwillige“ aktiv waren. Es ging den meisten darum, selber Hand anzulegen, sich einzubringen und auf diese Weise auch ein Stück Selbstverwirklichung anzustreben. In dieser frühen Phase gab es aus Sicht des Experten „viel Reibung und Konflikt“ und eine starke Orientierung auf die Innenstruktur.

Befragt auf die Bedeutung der Stadtpolitik in dieser frühen Phase der Zentrumsarbeit führt der Experte aus, dass zwar „zwei Stadtplaner“ in der Bürgerinitiative aktiv gewesen sind, es „aber sonst keinen Bezug zu Stadt“ gab. Der Anspruch bzw. die „Idee der Stadtteilarbeit“ ging zwar mit, hatte aber keine

praktischen Auswirkungen, was auf die Lage des Zentrums zurückgeführt wird, denn „hier wohnt ja auch keiner.“ Ein „Osnabrückbezug“ kam erst später.

Die Lagerhalle vertrat von Anfang an eine programmatische Ausrichtung auf die „Gesamtstadt“ und hat heute - nach Aussagen des Interviews - eine zentrale Bedeutung für das Kulturangebot in Osnabrück und in der Region. Hier wird ein Einzugsgebiet von 50-60 km im Umkreis genannt. Parallel zur Geschichte der Lagerhalle hat sich auch die Innenstadt verändert, eine „Gastronomie- und Kunstszene“ entstand im Zuge von weiteren Sanierungsmaßnahmen. Aus Sicht des Experten ist es allerdings immer noch die Lagerhalle, die „in der Woche“ „das Leben hier ins Viertel bringt“.

Nach Sicht von mehreren Experten und Expertinnen, die Aussagen zur Vergangenheit des Zentrums treffen können, hat es lange Zeit „endlose Diskurse“ über die inhaltliche Ausrichtung gegeben: „Es war damals Ausdruck der Zeit, dass man in der Soziokultur den Stein des Weisen finden wollte“, was dazu führte, „unprofessionell im eigenen Sud zu diskutieren“. Weiterführend für die inhaltliche Entwicklung werden Erfahrungen durch „konkrete Auseinandersetzungen mit Themen, Projekten und Leuten“ betrachtet. Im Ergebnis dieser Entwicklung gibt es heute den Ansatz, Initiativen und Themen „von außen“ ein Podium zu geben. Es gibt allerdings auch Anstöße durch das Mitarbeiterinnenteam, z.B. ein Projekt zum Sozialabbau. Aus Sicht der Experten ist es „ein Geben und Nehmen“, manche Themen werden von außen an das Zentrum herangetragen, manchmal ist es aber auch so, dass auch Anstöße von der Lagerhalle kommen.

Die Lagerhalle wird – so in dem Rechenschaftsbericht von 1993

- „...als Initiativenhaus“ gesehen. Als soziokulturelles Zentrum versucht sie die alltägliche Lebenswelt in die Kulturarbeit einzubeziehen und steht nach eigenen Angaben für eine „engagierte, emanzipatorische, kritische, multikulturelle, alters- und spartenübergreifende Kulturarbeit“.

Ebenso dient das Zentrum als Forum und Heimat unterschiedlichster Gruppen und Initiativen.

Im Programmheft vom Oktober 1997 äußert ein Vorstandsmitglied zu einer grundsätzlichen Funktion des Zentrums:

- „... die Lagerhalle ist v.a. ein Ort der Kommunikation, gestaltet die Entwicklung der Stadtkultur und das Kulturleben mit. Heimat und Basis für eine vernetzte Kulturarbeit der Osnabrücker Initiativen, Vereine und Institutionen.“

Auf die konkrete Nachfrage, in wieweit Themen der Stadtpolitik aufgegriffen werden, gibt es die Rückmeldung, das dies eher in geringem Umfang geschieht. Erwähnt wird allerdings ein Projekt der Lagerhalle, in dem es um die Renaturisierung der Hase, eines Flusses in Osnabrück, ging. Hier wurden durch die Lagerhalle auch weiterreichende Fragen der ökologischen Stadtentwicklung thematisiert.

In der Arbeit des Zentrums spielt Stadtpolitik, so die übereinstimmenden Aussagen, lediglich projektbezogen eine Rolle, was zu deutlichen Schwankungen des Anteils solcher Themen am Veranstaltungsangebot führe. Neben dem oben genannten Projekt zur ökologischen Stadtentwicklung wird noch ein Projekt zur Obdachlosigkeit genannt, beide liegen zeitlich betrachtet „schon eine Zeit zurück“. Es bleibt festzustellen, dass „die Arbeit zu speziellen Themen der Stadtpolitik sehr projektorientiert stattfindet und die Wahl des Themas oftmals eine Frage der Vernetzung mit anderen Initiativen ist“. Daher ist die Arbeit an stadtpolitischen Themen keine Konstante, sie ist auf der Grundlage der Projektorientierung immer temporär begrenzt und ändert sich immer wieder.

Tabelle 3

Lagerhalle	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99	Mai 99
Veranstaltungen:												
Gesamt	36	25	10	36	49	45	33	32	33	41	35	26
Davon: Politische Veranstaltungen	8	2		5	1	6	2		3	4	2	2

Tabelle 4

Lagerhalle	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99	Mai 99
Veranstaltungen:												
Stadtpolitik mit gesell. Dimension												
Themen lokaler Problemlagen												1
Gesell. Themen lokaler Bezug												
Gesamt												1

Die Lagerhalle in Osnabrück hatte im Untersuchungszeitraum von 12 Monaten insgesamt 401 Veranstaltungen im Programm, also circa 33 Veranstaltungen pro Monat. Von den insgesamt 35 politischen Veranstaltungen ist nur eine stadtpolitischen Themen zuzurechnen. Den Großteil der Veranstaltungen nehmen Filmvorführungen und das allgemeine Kulturprogramm (z.B. Konzerte) ein. Das Programm der Lagerhalle selber besteht zum großen Teil aus Parties, Konzerten, Kabarett/Comedy. Allerdings finden sich darin auch zahlreiche Veranstaltungen von Initiativen aus dem „3.Welt“ und internationalem Bereich, teilweise in Kooperation mit der Lagerhalle. Diesen Gruppen, so die Aussagen im Interview, fühlt sich das Zentrum sehr verbunden. Die Lagerhalle bietet eine wichtige Infrastruktur für die Initiativen und auch für Schüler-Theater-AG's der Stadt.

Stadtpolitische Themen werden im untersuchten Veranstaltungsprogramm der Lagerhalle so gut wie gar nicht aufgegriffen. Die einzige Veranstaltung, die dem Auswertungsraster zugeordnet werden kann, ist eine Nutzung der Grünen/Bd.90 Osnabrück, die ein „Forum Kommunale Kulturpolitik“ bieten wollen. Im zweiten Interview Ende 1999 wertet der Experte die „gegenwärtige innere städtische Politik“ als sehr wenig konfliktorientiert. Osnabrück ist die Stadt des „Westfälischen Friedens“ und die Stadtpolitik stehe in dieser Tradition und versuche Probleme nach dem Konsensprinzip zu lösen. So gebe es einen „friedfertigen Umgang mit den sozialen Problemen der Stadt“, komme in der Drogenpolitik der Arbeit mit dem Forum des „runden Tisches“ große Bedeutung zu. Als wichtiges Thema der Stadtpolitik wird das Stadtmarketing genannt - auch hier sind „Frieden und Kultur“ Leit motive für die Tourismusförderung. Auch ein Arbeitskreis unter dem Titel „Neue Impulse“ versuche unter großer Beteiligung der Bürger neue Ideen für die Stadt zu entwickeln.

Den Anteil von stadtpolitischen Themen wertet der Experte in diesem Interview als unzureichend. Stadtpolitik sei zwar immer noch ein Thema für das Kulturzentrum aber zu dessen Bearbeitung fehle es an Personalkapazität, außerdem habe niemand der Mitarbeiter einen persönlichen und fachlichen Bezug zu Stadtpolitik.

7.3 Der Schlachthof in Bremen

Der 120 Jahre alte Schlachthof in Bremen war Mitte der 70er Jahre Gegenstand stadtpolitischer Auseinandersetzungen. Das in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes zentral gelegene Gebäude war zu dieser Zeit eine Bauruine. Seitens der Stadt gab es, so der Experte, kein fertiges Konzept, für die Nutzung dieses Geländes – „angedacht war bereits damals das Kongreßzentrum“. Es gab in Bremen mehrere Gruppen, die Nutzungsideen für den Schlachthof hatten. Zum Teil waren diese aus der Sicht des Experten sehr utopisch. Heftige Auseinandersetzungen gab es, als die Stadt die große Halle des Schlachthofes abreißen ließ. Hierbei kam es zu einer Spaltung der

bestehenden Bewegung für den Erhalt des Schlachthofes. Autonome Gruppen, die für „Alles oder nix“ votierten, waren ab diesem Zeitpunkt nicht mehr bereit, für eine Nutzung der restlichen Gebäude zu kämpfen und traten gegen weitere Verhandlungen mit dem Senat ein. Andere Akteure, u.a. aus der damaligen DKP kommend, setzten weiter auf Verhandlungen. Es kam zu einer „interessanten Koalition“ zwischen eher politisch orientierten Akteuren aus dem DKP-Umfeld und „jungendlichen Punks“, die ebenfalls für eine Nutzung der restlichen Gebäude eintraten, um hier einen „Freiraum“ für sich zu finden, in dem auch ihre Musikprojekte zu realisieren waren. Im weiteren wird die Gruppe der Akteure als Studenten, junge Leute ohne Jobs oder nur mit Aushilfsjobs und einigen Lehrern, Sozialarbeitern, zum Teil auch ohne Stelle, beschrieben. 1978 wurde der Kulturverein Schlachthof gegründet, der von der Stadt die Trägerschaft für das Gebäude erhielt. Für den Umbau stellte der Senat 1 Mio. DM zur Verfügung.

Der angrenzende Stadtteil wird von den beiden Expertinnen, die am Interview teilnehmen, in seiner damaligen Struktur übereinstimmend als kleinbürgerlich bezeichnet. „Es war wie ein kleines Dorf mit mehr älteren Leuten“, ein sehr in sich abgeschlossener Stadtteil mit einer eigenen Infrastruktur, Reihenhausbebauung, kleine Vorgärten. Er spielte in der damaligen Arbeit des Zentrums keine Rolle, es gab nur lockere Kontakte in diese Nachbarschaft. Bereits damals war klar, dass das soziokulturelle Zentrum Schlachthof eine Kultureinrichtung ist, die sich „bremerisch gesehen zentral“ mit ihrem Programm an die ganze Stadt richtet. Auch bezogen auf die Gesamtstadt und auf die damalige Stadtpolitik gab es keine Aktivitäten. „Man war sehr beschäftigt mit dem Hier“, es galt „das zu halten“. „Der Stadtbezug war auf das Areal bezogen. Man war auf dem Präsentierteller, dementsprechend musste man die Sachen machen.“ Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen damals das Nachdenken über die Ausgestaltung der räumlichen Strukturen und der Außengestaltung des Gebäudes. Als ein Beispiel dafür wird die vor dem Haus aufgebaute Skateboardanlage genannt. „Das war beispielhaft, öffentlichen Raum wieder zu aktivieren, wieder zurückzugewinnen“. Als ein weiterer Grund dafür, warum sich der Schlachthof in dieser frühen Phase nicht darüber hinaus

mit Stadtpolitik auseinandersetzt, wird der Aufbau einer „inneren Struktur“ genannt. Die einzelnen Aktionsgruppen im Haus mussten sich mit vielen Fragen, vor allem immer wieder mit dem Um- und Ausbau und der Festlegung der dadurch eingeschlossenen Nutzungsmöglichkeiten auseinandersetzen.

Durch den Bau des Kongresszentrums und der Messehallen veränderte sich das Gebiet um den Schlachthof, wurde es aufgewertet. Damit kam der Schlachthof noch vor kurzem erneut in eine öffentliche Auseinandersetzung, wurde er „nochmals als Störfaktor gesehen“. Seine Existenz sei jetzt aber nicht mehr gefährdet, so die Einschätzung der Experten. Der angrenzende Stadtteil wurde durch zugezogene Studenten etwas bunter, die Experten sehen darin jedoch keine besonderen Folgen für das Kulturzentrum. Durch die Bildungsreform habe sich insgesamt die Bevölkerungsstruktur in Bremen verändert, sind mehr Studenten in die innenstadtnahen Bereiche gezogen. Die Experten gehen davon aus, dass die Besucher des Schlachthofes heute eine „sozial und kulturell sehr gemischte Gruppe“ sind. Das Programm entscheidet darüber, wer kommt, denn es gibt niemand der nur deshalb kommt, „weil das der Schlachthof ist“. Auffällig sei, dass mit bestimmten Veranstaltungen auch wieder verstärkt jüngere Leute angesprochen werden. Das Mitarbeiterinnen-Team setze sich unterschiedlich zusammen. Im engeren Kreis gibt es nach ihren Aussagen viele, die schon länger im Schlachthof arbeiten und denen die inhaltliche Entwicklung sehr wichtig ist aber es gibt auch solche, die nur schauen, wie sie ihr Geld verdienen können und deren Engagement als „normal“ zu bezeichnen ist. Insgesamt sehen die Experten sowohl bei den Besuchern als auch bei den Mitarbeitern eine „gute Mischung“ gegeben.

Zu den inhaltlichen Zielen zählen die beiden Experten neben dem Anspruch „kulturell Neuem eine Bühne zu geben“ insbesondere die Aufgabe, „Gegenöffentlichkeit“ herzustellen. Die geschieht überwiegend in Form von Projekten, die zumeist auch als Broschüre dokumentiert werden.

Stadtthemen und Stadtpolitik werden heute als einer von mehreren Schwerpunkten in der Zentrumsarbeit gesehen. Stadtpolitik wird, so die Experten, „aufmerksam verfolgt“, insbesondere im Zusammenhang mit der Sparpolitik. Es gäbe in der Stadt Kommerzialisierungstendenzen, jetzt stehe „der Städtetourismus mit Musical im Vordergrund“. Dazu äußert sich der Schlachthof immer wieder in der von ihm herausgegebenen Zeitung ZETT. Überwiegend in der Form von Projekten wird Stadtpolitik in der Arbeit des soziokulturellen Zentrums Schlachthof aufgegriffen. Als ein wichtiges historisches Beispiel dafür nennen die Expertinnen das Projekt zur Fankurve im Weserstadion. Hier sollten Stehplätze in Sitzplätze umgebaut werden, was auf heftigen Widerspruch der Fans stieß. Der Schlachthof hat das Problem mit Veranstaltungen thematisiert und durch die Erstellung eines Modells einer Planungsalternative für die „Kurve“ einen wichtigen Beitrag geleistet, diesem Vorhaben entgegenzuwirken (Otterstedt 1999, S. 135ff.). Auch mit Bezug zur Stadtpolitik wird das Thema „Arm und Reich“ mit einem Kongress mit dem Titel „Bescheidene Verhältnisse“ im September 1996 angepackt (Schlachthof e.V. 1996). Unmittelbar in die Auseinandersetzung um die Perspektiven Bremer Stadtpolitik und auch in allgemeine stadtpolitische Debatten greift der Schlachthof mit dem Projekt „parks in space“ - „Künstlerische und theoretische Beiträge zum freizeit- und konsumgerechten Umbau der Städte“ 1998 ein (Schlachthof e.V. 1999).

Tabelle 5

Schlachthof	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99
Veranstaltungen:												
Gesamt	23	11	7	2	18	28	26	29	14	23	16	22
Davon: Politische Veranstaltungen			1		1	2	3	4			1	

Tabelle 6

Schlachthof	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99
Veranstaltungen:												
Stadtpolitik mit gesell. Dimension			1				2	4				
Themen lokaler Problemlagen												
Gesell. Themen lokaler Bezug												
Gesamt			1				2	4				

Insgesamt führte der Schlachthof 219 Veranstaltungen im Zeitraum der Untersuchung durch. Das macht ca. 18 Veranstaltungen im Monat, wobei Schwankungen in der Veranstaltungsmenge pro Monat auf renovierungsbedingte Einschränkungen im Programm zurückzuführen sind. Zu den politischen Veranstaltungen wurden 12 gezählt, 7 davon zu stadtpolitischen Themen.

Die Auswertung von ZETT wurde über den Zeitraum von Mai 1998 bis April 1999 vorgenommen. Die ZETT, die monatlich erscheinende Zeitung des Schlachthofs in Kooperation mit dem Lagerhaus, bietet neben dem Veranstaltungsprogramm einen redaktionellen Teil, der sich mit Themen aus den Bereichen Kultur und Politik befasst. Neben ausgewiesenen Kulturthemen, wie Bremer Poetry-Slam, HipHop-Szene oder lokales Musikfestival, widmen sich ein großer Teil der ZETT-Artikel auch politikrelevanten, gesellschaftlichen Themen. Besondere Schwerpunkte sind dabei die Themen Stadt und Migration. Das Thema Stadt und deren Entwicklung wird im Artikel zur „Aktion lebendige Stadt“ (April'98), zum sogenannten Oceanpark (Mai'98), zur Urbanität (Interview mit M. Müller und F. Dröge, Juni'98), Graffitis und öffentlicher Raum (April'99) bearbeitet. Ein weiteres Stadthema findet sich in der ZETT zum Betrieb nicht-kommerzieller Sportanlagen (Sept.'98). Auch wurde die Schlachthof-Reihe „parks in space“ mit Artikel und Interviews (Nov.-Dez.'98) begleitet. Das Thema Migration wird anhand der Diskussion um die doppelte

Staatsbürgerschaft (März'99) als Heftschwerpunkt oder in loser Folge diskutiert
- auch hier finden sich vielfach Bezüge zur Stadtpolitik.

Die Bedeutung die Stadtpolitik in der Kulturarbeit des Bremer Zentrums Schlachthof einnimmt spiegelt sich nicht im Veranstaltungskalender wider. Dies geht u.a. darauf zurück, dass Bezüge zur Stadtpolitik über Projekte hergestellt werden und diese sehr aufwendige Veranstaltungsform nur in größeren zeitlichen Abständen realisierbar ist. Zum anderen werden diese thematischen Bezüge weniger über konkrete einzelne lokale Problemlagen hergestellt als über „große Komplexe“. Dies war z.B. bei dem Kongress „Bescheidene Verhältnisse“ 1996 besonders deutlich, wo die Entwicklung von Arm und Reich als allgemeines Thema mit Fragen der Wohnungsnot und der Reglementierung des öffentlichen Raumes in Bremen verknüpft wurde.

Im zweiten Interview mit einem der beiden befragten Experten Ende 1999 nennt dieser die Sparpolitik als Konsequenz der „Sanierungssituation“ und der Beteiligung Bremens am „Länderfinanzausgleich“ wichtige Themen in der Stadtpolitik. Begleitet wird dies durch eine Politik der „Aufwertung“, des Ausbaus „touristischer Angebote und Attraktivitäten“.

Ingesamt betrachtet wertet er den Stellenwert von Stadtpolitik in der Arbeit des Kulturzentrums immer noch relativ hoch. Er nimmt jedoch weiterhin dazu Stellung mit der Äußerung, dass der Schlachthof „momentan zu wenig“ an Aktivitäten in diesem Bereich entfaltet. Auf Nachfrage gibt er außer der Erklärung einer allgemeinen Arbeitsbelastung im Haus auch noch an, dass „der Schlachthof zur Zeit eine Stelle weniger hat, die genau dafür zuständig war“. Da Stadtpolitik für den Schlachthof ein grundsätzlich wichtiges Thema darstelle, hofft er darauf, dass es sich hierbei um „einen vorübergehenden Zustand“ handelt.

7.4 Der Pavillon in Hannover

Das soziokulturelle Zentrum Pavillon ist auf dem Raschplatz in der Innenstadt, in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof, zu finden. Der Raschplatz nahm Anfang bis Mitte der 70er Jahre eine besondere Bedeutung in der Stadtplanung ein. Hier sollten ein kommerzielles Zentrum und ein neues Schauspielhaus entstehen. Das alte Kaufhaus auf dem Raschplatz, in dem der Pavillon beheimatet ist, sollte als Provisorium eine Zwischennutzung für Kulturveranstaltungen, Bücherei, Kino etc. bieten. Mehrere Faktoren kamen zusammen, die zur Errichtung des soziokulturellen Zentrums führten: Es ging Druck von der Bürgerinitiative aus, die Stadt verfügte nicht über die notwendigen Mittel, um ihre Baupläne zu verwirklichen und es gab „ein Umdenken bei den Sozialdemokraten“, die sich „unter dem Motto Kultur für alle“, auch Plänen gegenüber öffneten, die stärkere „kulturelle Teilhabe beinhalteten“. Aus Sicht der Expertin kamen in der Bürgerinitiative mehrere Aktionsbündnisse zusammen, die sich besonders für die Verbesserung der Treff- und Aktionsmöglichkeiten von Jugendlichen einsetzten. „Wir brauchen Treffpunkte war das Motto, als Reflex auf die Jugendzentrumsbewegung, die in Hannover sehr stark war.“ Hinzu kamen die freien Theatergruppen. Im Verein sollten viele Interessen zusammengebracht werden: „Kinder, Alte, Kino, Bücherei etc. Es sollte ein gegenseitiges aneinander Bereichern sein“.

Aus Sicht der beiden Experten gab es in der frühen Phase des Pavillons eine hochgradige Übereinstimmung zwischen den im Rahmen der Selbstverwaltung Aktiven und den Besuchern. Im Pavillon traf sich „die Szene“. „Sie hat viel gemacht. Immer wurden Programme diskutiert“. „Das Haus war für die, die es gemacht haben“. Hier traf man sich, um für eine „andere Kultur, eine andere Politik“ zu ringen. Der Pavillon wird in dieser Zeit als ein „Zentrum der Identität“, ein Ort für „Identitätsfindung“ charakterisiert. Damals „entstanden die Wurzeln“, da entstand „ein Wir“ - „wir wollen was bewegen“. Die Selbstverwaltung nahm großen Raum in den frühen Aktivitäten ein: „Die Leute würden sich heute die Haare raufen“, darüber, was alles diskutiert wurde. Es gab wöchentliche Vollversammlungen, in denen „bis zum Quietsche-Entchen

abgestimmt wurde“. Trotz aller Anekdoten, die dabei zustande kommen, war es in der Wertung der Expertin „ein höchst identitätsbildendes System“. In Blick auf die Besucher-Gruppen heute stellen die Expertinnen zunächst klar, dass es keine Besucheranalyse gibt, aber dafür einen Austausch zwischen den Mitarbeitern über die Beobachtungen hierzu. Gemeinschaftlich wird geschätzt, dass inzwischen mindestens ein Drittel der Gäste zwischen 30-40 Jahren alt ist. „Mit dem Älterwerden des Hauses“ entwickelt sich eine „Breite“, so das Statement eines der beiden Experten. Deshalb ist „die Jugend eine wichtige Zielgruppe“, deren „Einbindung“ über das Programmangebot versucht wird. Soziale und/oder kulturelle Unterschiede in Hinblick auf die Besucher werden gesehen, „das hängt stark von den Veranstaltungen ab“.

„Es hat politische und kulturelle Debatten gegeben. Es wurde viel diskutiert - über Baader-Meinhof, Atomenergie und Erziehung“. Stadtpolitik und Stadtentwicklung waren kein Thema in diesen Debatten und wurden auch nicht in der Kulturarbeit aufgegriffen. Das Angebot richtete sich an die ganze Stadt. Es gab in dieser frühen Phase nach Aussage des Experten aber auch einen Bezug zum angrenzenden Stadtteil, der als damals sehr lebendig bezeichnet wurde und in dem auch viele WGs wohnten. Dieser angrenzende Stadtteil habe sich aber deutlich verändert, sei heute „de facto kein Stadtteil mehr“. Die heutige räumliche Struktur um den Raschplatz wird wie folgt beschrieben: „Wir sind hinterm Bahnhof, in einer relativ tristen Ecke.“ Der Pavillon ist „eines der wenigen lebendigen Gebäude. Zugenommen haben die Discos. Vor der Zeit der Discos war hier abends absolut nichts los, daher ist der Pavillon ein lebendiger Punkt“.

Das über Kulturveranstaltungen hinausreichende Programm geht wesentlich auf die Aktivitäten von raumnutzenden Gruppen zurück, da, so die Aussage der Experten, dem Zentrum dazu die Kapazitäten fehlen. Von den Akteuren selber werden einige Schwerpunkte im Jahr gesetzt, wobei sehr darauf geachtet wird, dass auch andere Gruppen in der Stadt hierzu aktiv sind: „Wenn wir Projekte machen, versuchen wir eine Bündelung auf die Stadt und schauen, wer in der

Stadt noch dazu arbeitet“. „Die Themenauswahl ist immer ein Reflex auf die Stadt“. Das Thema Stadtpolitik wird in Form von übergeordneten und nicht immer direkt auf Hannover bezogenen Themen von der AG Stadtleben in das Programm des Pavillons eingebracht. Aus Sicht des Experten stellt sich dies so dar: „Die Stadtleute treten an uns heran, von außen - machen ihre Arbeit aber gut“. Im Heft zum 10jährigen Bestehen des Pavillons wird zur AG Stadtleben formuliert: „In unabhängiger Form werden hier die Voraussetzungen und Folgen der allgemeinen kulturellen Entwicklung in der Stadt verfolgt und öffentlich gemacht“ (Bürgerinitiative Raschplatz e.V. 1999, S. 24f.).

Die Bedeutung und auch der Inhalt eines Stadtbezuges wird im Pavillon laut Aussage des Experten nicht einheitlich bewertet. Aus seiner Sicht könnte hier mehr geschehen, wobei er betont, dass der Pavillon als Ort von Veranstaltungen hierbei schon eine Rolle spielt. Nachgefragt auf eigene Aktivitäten des Zentrums nennt er die Mitwirkung in einer Arbeitsgruppe, bei der es um „Kulturwände in U-Bahn-Stationen“ geht.

Befragt zur programmatischen Basis der Kulturarbeit im Pavillon betont der Experte die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Initiativen und den Gedanken der Vernetzung. Dies entspricht auch der Bilanz, die im Rechenschaftsbericht von 1996 gezogen wird. Dort heißt es u.a. „Co-VeranstalterInnen und KooperationspartnerInnen (...) sind ein wichtiger Bestandteil des Pavillion-Konzeptes“. Und: „Weitاًus mehr“ als kommerzielle Veranstaltungen „liegen uns jedoch die Inhalte, die Möglichkeiten Kooperationen zu schaffen, gesellschaftlich relevante Themen öffentlich zu bearbeiten und ein anregendes, attraktives Kulturangebot ... bereitzustellen“ (Bürgerinitiative Raschplatz e.V. 1997, S. 3).

In einer Veröffentlichung des Trägervereins, der Bürgerinitiative Raschplatz e.V. von 1998 sind folgende darüber hinausgehende Positionsbestimmungen zu finden: „Beim Rückblick durch 20 Jahre Pavillon fallen Themen und Titel auf, die sich wie ein roter Faden durch die Jahre ziehen: Rassismus und

Ausländerfeindlichkeit, Welthandel, Revolution in Nicaragua, Lieder aus Algerien, Südafrika-Apartheid, Dritte Welt Tage, Mach meinen Kumpel nicht an.... Die Arbeitsbereiche im Pavillon hatten verschiedene Namen wie: Dritte Welt AG, Ausländerkomitee, Internationalismus, Eine Welt Arbeit, Ausländerbereich, Interkulturelle Arbeit.... Migranten und Flüchtlinge waren von Beginn des Pavillons dabei, haben das Profil mit geprägt oder selbst im Pavillon Programm gemacht. Der Pavillon ist heute ohne seine multinationalen Partner und Partnerinnen ebenso wenig denkbar, wie ohne das internationale Publikum“ (Bürgerinitiative Raschplatz e.V. 1998, S. 6).

Tabelle 7

Pavillon	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 98	Apr 99
Veranstaltungen:												
Gesamt	37	27	18	Zu	19	31	48	27	29	15	37	25
Davon: Politische Veranstaltungen	11	7	1		2	6	11	12	7	6	7	5

Tabelle 8

Pavillon	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 98	Apr 99
Veranstaltungen:												
Stadtpolitik mit gesell. Dimension		1					5	3		2		
Themen lokaler Problemlagen		2							1			
Gesell. Themen lokaler Bezug	1					1						
Gesamt	1	3		Zu		1	5	3	1	2		

313 Veranstaltungen führte der Pavillon im Untersuchungszeitraum durch. Von den 75 politischen Veranstaltungen wurden 16 stadtpolitischen Themen zugeordnet. Feststellen lässt sich hier eine starke Schwankung in der Veranstaltungsmenge pro Monat. Das Programm des Pavillon zeichnet sich

durch Veranstaltungen zu einer Vielzahl von gesellschaftspolitischen Themen aus, zu denen auch ein Schwerpunkt auf die Entwicklung und den Status quo der Stadt gehört. Die Palette der Themen reicht von Ökologie, Frauen, Gewalt, Migranten bis zu Zukunft der Arbeit. Vielfach finden diese Veranstaltungen in Form von Kooperationen statt, was die Akteure des Pavillon auch bewusst herausstellen: Dies zeigt sich in der umfangreichen Liste der Kooperationspartner, die im Jahr 1998 auf 262 (1997: 195) angestiegen ist.

In dem Zeitraum der vorliegenden Programmhefte von April 1998 bis Mai 1999 gab es Veranstaltungen mit dezidiertem Bezug auf die Situation in Hannover, sowie zur Stadt im allgemeinen: So waren die Themen z.B. die lokale Bandszene, die Gestaltung eines Spielplatzes, der ÖPNV oder auch eine Stadtteilkonferenz. Im ausgewerteten Programmangebot findet sich im Vergleich zu den anderen soziokulturellen Zentren eine relativ große Zahl von Veranstaltungen, in denen Stadtpolitik im Kontext gesellschaftspolitischer Entwicklungen erörtert wird. Insbesondere zwei Veranstaltergruppen bringen diese Themen ein, die AG Stadtleben und die Bauhütte Hannover. Eine Reihe der AG Stadtleben stellt die Frage nach dem Zusammenhang von Stadt und Gewalt. Hierunter finden sich Veranstaltungstitel wie „Policing The Poor“, „Gewalt in der Stadt“, „Die Straße als Sozialraum“, „Frauen wehren sich - Strategien gegen Angst und Gewaltkriminalität“, „Eckenkrieger, Nationalhalbstarke, Wochenendberserker“. Unter der Klammer „Öffentlicher Raum“ bietet die Bauhütte Hannover ihre Veranstaltungen an.

In der Wertung einer der beiden Experten beim zweiten Interview könnten die Aktivitäten des Pavillons zu Stadtpolitik „mehr“ sein aber er weist darauf hin, dass der Pavillon häufig von Dritten als Ort für Veranstaltungen zu diesem Komplex genutzt wird. Seiner Meinung nach ist die Expo und die damit im Zusammenhang stehende Baupolitik immer noch ein wichtiges Thema in Hannover. Hierzu ist im Rechenschaftsbericht 1997 ausgeführt: „Die Vorbereitung und Durchführung dieser Riesenveranstaltung geht auch an uns nicht spurlos vorbei“. Zugleich wird auf die positive Einstellung zur

Zusammenarbeit mit den „Gruppen, Initiativen und Verbänden“ hingewiesen, die der Weltausstellung kritisch gegenüber stehen (Bürgerinitiative Raschplatz e.V. 1998, S. 25). Im Rechenschaftsbericht 1998 finden sich hierzu keine weiteren Ausführungen und in Hinsicht auf stadtpolitische Konsequenzen ist auch nur eine Veranstaltung in der ausgewerteten Veranstaltungszeit zu erwähnen. Hier schließt sich die Erklärung des Experten an, dass die Aktivitäten zu Stadtpolitik gegenwärtig in erster Linie davon abhängen, inwieweit „aus der Stadt heraus“ Themen an das Zentrum angetragen werden.

7.5 Die Pumpe in Kiel

Die Pumpe liegt in der Kieler Innenstadt, die nach Aussage der Expertin „immer schon tot“, d.h. unbewohnt ist. Damals gab es um das Gebäude herum eine Grünfläche, heute befinden sich angrenzend nur Geschäfte, Büros und Läden. Nachdem die Stadt 1972 ein Klärwerk errichtet hatte, stand das Gebäude leer. Der Trägerverein Pumpe e.V. betreibt das soziokulturelle Zentrum seit Anfang 1979. Die Entscheidung, dass leerstehende Gebäude für „Kultur zu nutzen“ wurde bereits vor 1979 von „der Stadt“ getroffen, die damit u.a. auf die „Jugendzentrumsbewegung mit Kämpfen und Häuserbesetzungen“ reagierte. Aus Sicht der Expertin, wurde damit auch „ein Stück Integration“ dieser Bewegung realisiert.

Der Trägerverein für das soziokulturelle Zentrum entstand aus der Zusammenführung von zwei Initiativen. „Dazu muss man erzählen, dass es zwei Initiativen gab: Zum einen eine Theaterinitiative, deren Hauptfrau von der SPD kam und sich ansonsten aus Studenten zusammensetzte. Diese waren erst in einem ganz anderen Gebäude. Die Zweite war der Filmclub, (...), für den es räumlich irgendwann immer schwieriger wurde. So kam - Anfang der 70er - die Idee nach neuen Räumen - zumal auch die Theaterinitiative ihre Räume verlassen musste“. Aufgrund der guten Verbindungen zur Politik ging die Suche nach Räumlichkeiten zügig voran und sehr bald konnte die Pumpstation bezogen werden. Die Einflussnahme auf das neue Projekt durch „die Stadt“

wird als sehr hoch bewertet, auf deren Intervention fand sehr schnell eine Professionalisierung statt, d.h. es wurden bezahlte Stellen eingerichtet.

Für die Expertin war die Pumpe in dieser frühen Phase für die Jugend- und Politikszene in Kiel, „das Haus, wo man hinget“. Im Zentrum agierten in diesem frühem Stadium mehrere Gruppen parallel zueinander und es gab einen „Veranstaltungsbereich, der immer was für die Leute in der Stadt machen wollte“. Konkrete Projekte zur Stadtpolitik wurden jedoch kaum durchgeführt, erwähnt werden lediglich einige „alternative Stadtrundfahrten“. Als ein Grund dafür wird die intensive Arbeit „für die Organisation des Hauses und seiner Strukturen“ genannt.

In einer undatierten Selbstdarstellung der Pumpe, deren Veröffentlichung dem Inhalt und den Angaben von Terminen nach Anfang/Mitte der 90er Jahre erfolgt sein wird, finden sich unter der Überschrift „Ziele“ Aussagen zur Programmatik: „(...) zum Ziel, die Begegnung von Menschen jeden Alters und aller sozialen Schichten zu ermöglichen, Kritikfähigkeit, Initiative und kreative Betätigung anzuregen und soziales Verhalten zu fördern. Die PUMPE bietet Information und Auseinandersetzung über kulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen durch ihre Veranstaltungsarbeit an. Sie versteht sich als Gegenpol zu rückschrittlichen Kulturströmungen und als Ergänzung zum etablierten Kulturbetrieb.“ An anderer Stelle wird unter „Projekte“ ausgeführt: Der Arbeitsbereich „Projekte“ ist eingerichtet worden, „um durch themenbezogene Veranstaltungen direkt auf gesellschaftliche Entwicklungen Bezug nehmen zu können“. Er soll dazu beitragen, „Öffentlichkeit herzustellen...“, „Stellung zu nehmen“, „Besucher zu aktivieren“, „Kommunikation und Austausch zwischen Fachleuten, politisch Verantwortlichen und interessierten BürgerInnen“ herzustellen, „Zusammenarbeit mit und Unterstützung von Institutionen und Initiativen im Kieler Raum“ zu fördern, „Themen“ durch entsprechende Veranstaltungsorganisation ganzheitlich aufzuarbeiten und die verschiedenen Besuchergruppen anzusprechen (Pumpe o.D.).

Heute sieht sich die Pumpe - so ein weiterer Experte im Interview - „zwischen Hoch- und Kommerzkultur als Nischenkulturanbieter - das ist der Stellenwert der Pumpe.“ Nach einer sehr einschneidenden Veränderung der Personalstruktur verzichtet die Pumpe Mitte/Ende der 90er Jahre weitestgehend auf die Organisierung eines eigenen Kulturprogramms. Das Haus wird den Gruppen für die Raumnutzung und verschiedenen Veranstaltern als Bühne zur Verfügung gestellt. Mit Stadtpolitik befassen sich nach Aussage des Experten vereinzelt Mitarbeiter, tun dies allerdings als Privatperson in ihrer Freizeit. „Die Pumpe stellt sich selber keinen kommunalen Themen, wenn überhaupt geht es um Landespolitik, hier: Umwelt, Soziales, Natur. In der Kommunalpolitik sind die Stadtteilzentren sehr aktiv, was die Pumpe ja nicht ist – hier wird dann gleich der Sprung auf die Landesebene gemacht“. Wenn überhaupt schlagen sich kommunale Themen nur durch Nutzungen im Programm nieder. Im Programm gibt es eine stärkere Orientierung auf das Gewerbliche, zudem sind die jüngeren Mitarbeiter nicht an Politik interessiert, sondern eher am Musikprogramm. Durch die Festschreibung des städtischen Zuschusses sieht sich das Zentrum auch selber nicht mehr als Gegenstand von Auseinandersetzungen in der Stadtpolitik.

Befragt nach der Entwicklung der Akteure führt eine Expertin aus, dass es nach dem Personalabbau und dem damit verbundenen Weggang der Kollegen eine Tendenz zu einem „platteren Programm“ gegeben habe. Beides, sowohl der Weggang der Kollegen als auch die Veränderung im Programm hat ihrer Meinung nach auch eine Änderung der Besuchergruppen bewirkt, die sie als Ablösung der „alten sogenannten 68'er“ durch jüngere Leute beschreibt.

Tabelle 9

Pumpe	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99
Veranstaltungen:												
Gesamt	44	44	20	20	37	37	40	35	40	48	35	41
Davon: Politische Veranstaltungen	2	4			3	1	2	2	2	4		6

Tabelle 10

Pumpe	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99
Veranstaltungen:												
Stadtpolitik mit gesell. Dimension												
Themen lokaler Problemlagen												
Gesell. Themen lokaler Bezug												1
Gesamt												1

Für den Zeitraum der Untersuchung lassen sich 441 Veranstaltungen insgesamt, d.h. ca. 36 Veranstaltungen pro Monat feststellen. Es gibt viele Discoabende und Konzerte, vereinzelt Veranstaltungen mit politischen Themen, deren Zahl beträgt 26, wobei eine davon den stadtpolitischen Themen zugerechnet werden kann. Die Auswertung der Programmhefte unterstreicht die Äußerungen in den Interviews, nach denen Stadtpolitik in der Arbeit des Kulturzentrums kaum eine Bedeutung zukommt.

Obwohl nach der Kommentierung des Experten im zweiten Interview die „sehr harten Sparmaßnahmen“ in der Stadt die stadtpolitische Situation in Kiel prägen, sei dies für die Pumpe „auch jetzt kein Thema“, da sie durch einen vertraglich fortgeschriebenen Zuschuss nicht von Kürzungen betroffen ist. In der Stadt gibt es, so der Experte, nur wenig Auseinandersetzung um die Politik der „Entschuldung“, in deren Folge auch das „kommunale Tafelsilber verscheuert“

werde. Er führt diese „relative Ruhe“ darauf zurück, dass „alle wissen, dass es kein Geld mehr gibt und niemand etwas bekommt“. Befragt zum Stellenwert von Stadtpolitik in der Arbeit der Pumpe spricht er davon, dass diesem „ganz wenig“ Bedeutung zukomme. Neben dem Aspekt, dass solche Themen auf dem Hintergrund der „Zurückhaltung“ von Initiativen und oppositionellen Gruppen nicht an die Pumpe herangetragen werden, sieht er auch keine Chance, dass die Pumpe hierzu selber aktiv wird, da dafür keine personellen Ressourcen vorhanden seien und eine „allgemeine Arbeitsüberlastung“ den Zentrumsalltag präge.

7.6 Das E-Werk in Erlangen

Das E-Werk liegt am Rande der Altstadt, angrenzend an ein großes Einkaufszentrum mit Parkplatz. Der Umbau des E-Werks begann 1982, die Eröffnung des ersten Bauabschnitts erfolgte nach 2½ Jahren Bauzeit. Es folgten der zweite Bauabschnitt im Februar 1985 und der 3. Bauabschnitt im November 1987. Für die Vorgeschichte des soziokulturellen Zentrums ist von Bedeutung, dass die Stadt Erlangen auf Anwohnerbeschwerden zum Freizeitclub Frankenhof reagieren musste, weil hier die Arbeit des Erlanger Jugendclub e.V. Sesam und des Jazzclub Pupille e.V. Lärmbelästigungen in dem unmittelbar angrenzenden Wohngebiet zur Folge hatte. Der massive Druck der Anwohner veranlasste die Stadt schließlich zu einer Lösung in Form einer Umsiedelung beider Vereine. Das ausgediente Elektrizitätswerk der Erlanger Stadtwerke AG (erbaut 1901, in Betrieb bis 1964) wurde von der Stadt als Ausweichquartier angeboten und akzeptiert. In der Öffentlichkeit setzte sich jedoch der Gedanke durch, dass das E-Werk mehr sein sollte als nur die Verlagerung der bisherigen Clubs. Im 1979 gegründeten 'Arbeitskreis E-Werk' arbeiteten auch andere Gruppierungen mit, so dass schließlich die Idee eines soziokulturellen Zentrums entstand, in dem die beiden Clubs, aber auch alle anderen interessierten Gruppierungen unter dem Dach eines Trägervereins arbeiten sollten.

Nach Angaben des Experten sorgte diese Trägerkonstruktion in der frühen Phase des Kulturzentrums für einen großen Bedarf an Austausch und Absprachen. Die tragenden Akteure waren damals Intellektuelle und Studenten - wobei der Experte betont, dass diese nicht aus einem alternativen Milieu kamen. Stadtpolitik war in der Gründungszeit zwar „teilweise ein Thema“, „aber kein zentrales.“ „Man wollte sich aktiv an der Stadtgestaltung beteiligen, doch es liegt immer an den Leuten im Haus“, ob dieser Anspruch auch umgesetzt wird - „und die machten es nicht“. Dafür sieht der Experte zwei Gründe: Zum einen „musste man ja auch nicht um das Zentrum mit der Stadtverwaltung kämpfen“ und gab es ein grundsätzlich positives Verhältnis zur Stadt. Zum anderen waren die Akteure sehr mit der Ausgestaltung der Selbstorganisation befasst. „Daher gab es so eine Hausfixierung. Und es gab keine Orientierung nach außen“.

Im E-Werk spielen die aktiven Nutzergruppen auch heute noch eine große Rolle in der Selbstverwaltung des Hauses. Das soziokulturelle Zentrum hat den Anspruch, möglichst vielen Gruppen Raum zu bieten und diese einzubeziehen. In der Konzeption von 1994 heißt es dazu u.a. : „Das Kommunikationszentrum will bei der Lösung von Gesellschaftsproblemen mitwirken...“. Zur Kooperation und der Zusammenarbeit mit Initiativen steht dort: „Im Rahmen dieser Ziele und Aufgaben sucht der Verein die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Initiativen und unterstützt diese im Rahmen des Möglichen. Dies kann insbesondere durch Bereitstellung von Veranstaltungs- und Gruppenräumen geschehen“. Und weiter: „Um eine Vielfältigkeit von Benutzergruppen im E-Werk zu erreichen, ist es notwendig, die unterschiedlichsten Initiativen, Gruppen und Vereine ins E-Werk einzuladen, Arbeitsmöglichkeiten und Kooperationsangebote zu unterbreiten“ (Kultur- und Kommunikationszentrum E-Werk 1994). Aus dem Jahresbericht 1996: „Zum Output Kultur“ wird die „Förderung der lokalen Szene“ herausgestellt. Und weiter wird die Offenheit thematisiert: „Keine Gruppe arbeitet hinter verschlossenen Türen“ (Kultur- und Kommunikationszentrum E-Werk 1997).

Darüber hinaus werden in der Konzeption u.a. folgende programmatischen Aussagen getroffen: Ermöglichung der „Begegnung von Menschen aller Altersgruppen und sozialen Schichten“, Förderung einer „kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen“, Mitwirkung „bei der Lösung von Gesellschaftsproblemen“, Entgegenreten bei dem „Aufleben rassistischer, sexistischer, militaristischer, nationalistischer und totalitärer Tendenzen“ (Kultur- und Kommunikationszentrum E-Werk 1994).

Der Experte stellt heraus, dass das E-Werk mit seinem Kulturprogramm nicht nur die ganze Stadt anspricht, sondern auch Ausstrahlung auf die Region und die Nachbarstädte hat. Erlangen war und ist eine kleine Stadt mit einem großen und sehr prägenden Arbeitgeber (Siemens) und einer großen Universität. Durch die Existenz des E-Werkes ist Kulturangebot in Erlangen breiter geworden, die Fixierung von jungen Leuten auf die Großstadt Nürnberg hat nachgelassen. Das E-Werk ist heute der Ort, wo man sich trifft. Dies gilt auch für die Initiativen in der Stadt. In den „Hausgruppen“ arbeiten auch viele Jugendliche mit. Die interessieren sich weniger für Politik oder Soziokultur im Allgemeinen, hier geht es um die „Raumnutzungen für Musik, Proben und Treffs“.

Die Stadt als Lebensraum und Stadtpolitik sind heute nach Aussage des Experten kein Thema, das vom Haus ausgeht - nur die Initiativen, die sich im Haus treffen diskutieren zum Teil diese Thematik. Das Haus bietet hier die Infrastruktur, macht aber von sich aus nichts. Eine theoretische Reflexion findet nach eigenem Bekunden zu wenig statt. Die Inhalte werden durch die Neigungen der Mitarbeiter bestimmt.

Tabelle 11

E-Werk	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99	Mai 99
Veranstaltungen:												
Gesamt	70	77	46	92	98	98	94	98	83	92	103	71
Davon: Politische Veranstaltungen	1	2			2	1						

Tabelle 12

E-Werk	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99	Mai 99
Veranstaltungen:												
Stadtpolitik mit gesell. Dimension		1										
Themen lokaler Problemlagen		1										
Gesell. Themen lokaler Bezug												
Gesamt		2										

Mit 1022 Veranstaltungen im Untersuchungszeitraum hat das E-Werk mit die größte Zahl an Veranstaltungen bei den untersuchten Zentren, pro Monat sind dies durchschnittlich 85. Nach der Durchsicht der Programme für einen begrenzten Zeitraum kommt man zur folgenden Analyse: Im E-Werk finden hauptsächlich Parties, Kabarett und Kino statt, hierbei eine relativ große Anzahl von Schülerparties. Dazu kommen einige Angebote für lokale Bands sowie zahlreiche kleinere Veranstaltungen von Initiativen und Gruppen aus der Stadt, zum geringen Teil in Kooperation mit dem E-Werk. Veranstaltungen mit politischen Themen sind im Untersuchungszeitraum 6 zu registrieren, davon 2 zu stadtpolitischen Themen.

Im zweiten Interview kommentiert der Experte die aktuelle Stadtpolitik als „relativ konfliktfrei“ und das, obwohl er die Situation als „extrem geprägt von Finanznöten“ charakterisiert. Dies wird nicht als Widerspruch gesehen: „Weil es

eh nichts gibt, gibt es auch keine Empörung mehr über Kürzungen“. Es gibt „ansonsten“ zur Zeit „in Erlangen keine akuten Themen, keinen Sprengstoff in der politischen Diskussion, es passiert auch nichts, wo man für oder gegen sein müsste“. Auseinandersetzungen gebe es um eher „marginale Themen“, wie zum Beispiel über die Aufstellung einer „Friedenslinde in der Innenstadt“. Das E-Werk wirke mit in einem Arbeitskreis, der sich mit der Problematik der Einschränkung von Plakatierungsmöglichkeiten auseinandersetze. Außerdem sei die „Bezuschussung des eigenen Hauses“ immer wieder ein Thema, an das man ran müsse. Die beiden Veranstaltungen zu Stadtpolitik im Juli 1998 hatten beide die Privatisierung der Stadtwerke zum Thema - einmal als allgemeine Diskussion mit Bezug zu den Erlanger Stadtwerken, einmal als Podiumsdiskussion mit Vertretern der Ratsfraktionen zur Zukunft der Erlanger Stadtwerke. Das Thema Stadtpolitik könnte grundsätzlich mehr Raum in der Arbeit des Zentrums einnehmen, so der Experte, aber da zur Zeit ja wenig los sei, wird die Aktivität als „angemessen“ bewertet. Hinzu kommt, dass es im E-Werk zur Zeit keine Mitarbeiter gibt, die sich für stadtpolitische Themen interessieren.

7.7 Die Börse in Wuppertal

Die Geschichte der Börse in Wuppertal beginnt in den 60er Jahren: „1967 wurde das Aktionszentrum Impuls gegründet, welches ein politisch-kulturelles Zentrum war - ein Treffpunkt der APO. Das gab es fünf Jahre, dann entstanden Überlegungen zu was Größerem. Es gründete sich eine Bürgerinitiative auf breiter Basis mit vielen Künstlern und Pädagogen. Es ging um ein Gebäude. Einzelne Leute aus der Verwaltung standen der Bürgerinitiative wohlwollend gegenüber und haben dann die Börse angeboten. Die wurde im November 1974 eröffnet“ (Vorstand des Vereins Kommunikationszentrum Wuppertal e.V. 1993).

Das von der Stadt zur Verfügung gestellte Gebäude war ein ehemaliger Schlachthof, der sowohl von den Räumen als auch vom Außengelände her durch die Akteure als geeignet befunden wurde. Die Börse lag relativ abseits,

angrenzend an ein ehemals traditionelles Arbeiterviertel, das von dem Experten zu dieser Zeit als „echter sozialer Brennpunkt“ mit vielen Arbeitslosen und Ausländern charakterisiert wird. Das damalige Interesse der Bewohner dieses Stadtteils an der Börse wird als sehr gering bewertet, was u.a. auch auf die Lage zurückgeführt wird: „Die Börse lag nicht mittendrin, daher kamen die Leute dort niemals ein Bier trinken“. Auch die Akteure der frühen Phase wenden sich nicht dem Stadtteil zu, im Gegenteil: „Die Börse hat sich aus dem Stadtteil zurückgezogen“. Die Akteure dieser frühen Phase konnten nach übereinstimmender Aussage der Experten die „Stadtteilarbeit personell nicht kontinuierlich leisten“. Dies entsprach aber auch dem Konzept, denn „die Absicht war nie, ein Stadtteilzentrum zu machen“. Das Angebot sollte sich an die ganze Stadt richten.

Die Aktiven dieser frühen Phase werden als „Lehrer, politisch Interessierte, Kulturschaffende“ beschrieben, die sich sehr stark für das Zentrum engagierten: „Es wurde viel Eigenleistung erwartet, die zu einer starken Identifikation mit dem Haus führte.“ Stadtpolitik kam nach Einschätzung der Experten in dieser Zeit keine besondere Bedeutung zu, obwohl es „Anfang der 70er Jahre“ Auseinandersetzungen um die „Nordstadtsanierung“ gab und „einzelne Personen“ aus dem Verein hierbei aktiv waren. Auf die Nachfrage, inwieweit diese stadtpolitischen Konflikte die Arbeit der Börse berührt haben, lautet die Antwort: „Die Börse hat sich nicht geäußert.“ „Die Stadtentwicklung spielte (...) keine große Rolle, da die Börse mit sich selbst beschäftigt war. Man kann sagen, dass die professionelle Kompetenz nicht vorhanden war - es war ja auch ganz stark so eine Selbstverwirklichungskiste“.

Aus Sicht der Experten hätte ein Aufgreifen stadtpolitischer Themen und Auseinandersetzung durchaus den Zielsetzungen dieser frühen Phase des Kulturzentrums entsprochen. Damals hätte sich das Kommunikationszentrum „von den Dokumenten her“ als ein Forum für Bürgerinitiativen und Ausgangspunkt von gesellschaftspolitischen Innovationen verstanden.

Neben den als enorm kräftebindend gewerteten Aktivitäten im Rahmen der Selbstorganisation führen auch Konflikte innerhalb der Mitarbeiterschaft dazu, dass Themen der Stadtpolitik keinen Eingang in die Arbeit des Kulturzentrums finden.

Auch Anfang der 80er Jahre war die Börse - zwischenzeitlich aufgrund eines Brandes über einen längeren Zeitraum auf räumliche Provisorien verwiesen - sehr „mit sich selber“ beschäftigt. Konflikte über die inhaltlichen Zielsetzungen und Finanzprobleme führten zu einer schwierigen Situation für das Zentrum, die in einem Aufsatz von Karsten Lindloff wie folgt beschrieben werden: „Zu diesem Zeitpunkt ist die Börse sowohl nach innen als auch nach außen am Boden: Es ist kein Miteinander mehr möglich, und es läuft nur noch ein sporadisches Programm, so dass bei weiterlaufenden Personalkosten ein immer größer werdendes Defizit entsteht“ (Lindloff 1989, S. 24).

Nach einer Phase der Konsolidierung in den 80er Jahren ist die Börse bemüht, ihr Profil neu zu entwickeln. In einem „Bericht zu Reorganisation und Neukonzeption des Kommunikationszentrums Wuppertal e.V. ‘die börse’ unter veränderten kulturpolitischen und finanziellen Rahmenbedingungen“ finden sich unter der Überschrift „Profilierung als Soziokulturelles Zentrum der 90er Jahre“ folgende Zielsetzungen - „Im einzelnen wird angestrebt“:

- Bewusste Förderung kreativer Projekte in Wuppertal
- Entwicklung eines politischen Diskussionsforums für Wuppertaler Bürger
- Öffnung der Organisationsstruktur der ‘börse’ und des Hauses für Kooperationen mit anderen Veranstaltern
- Raumbereitstellung für Veranstaltungen anderer Organisationen
- Erhöhung der Besucherzahlen
- Höherer Auslastungsgrad der Nutzflächen der ‘börse’“ (Vorstand des Vereins Kommunikationszentrum Wuppertal e.V. 1993)

Im Experteninterview werden die Aktivitäten der Börse zu Stadtpolitik trotz Hinweis auf die „Entwicklung eines politischen Diskussionsforums für die Wuppertaler Bürger“ aber auch im Blick auf die 90er Jahre eher als sehr gering gewertet: „Das war in der Praxis kein relevantes Thema“.

Nach einem Umzug Ende der 90er Jahre befindet sich die Börse an einem neuen Standort auf der Grenze zwischen zwei Stadtvierteln: „Das gemeinsame Charakteristikum der Stadtteile ist der etwas gehobene Sozialstandard und eine besser funktionierende Bürgerstruktur.“ Dies hat nach Ansicht der Interviewten zur Folge, dass man dort „besser das Angebot eines Bürgerzentrums“ machen kann. In der schriftlichen „Konzeption“ für das Zentrum am neuen Standort findet sich die Aussage: „Ziel ist die Beteiligung und Aktivierung von Bewohnern und Bewohnerinnen – die Förderung von Bürgerengagement“ (Vorstand und Mitarbeiter - die börse 1997).

Tabelle 13

Börse	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99	Mai 99	Jun 99
Veranstaltungen:												
Gesamt	zu	zu	zu	zu	12	18	14	17	26	23	14	19
Davon: Politische Veranstaltungen												

Tabelle 14

Börse	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99	Mai 99	Jun 99
Veranstaltungen:												
Stadtpolitik mit gesell. Dimension												
Themen lokaler Problemlagen												
Gesell. Themen lokaler Bezug												
Gesamt	zu	zu	zu	zu								

In den acht Monaten, die ausgewertet werden konnten, fanden in der Börse 143 Veranstaltungen statt, was einem Durchschnitt von knapp 18 pro Monat entspricht. Die meisten Veranstaltungen kamen aus den Bereichen Kabarett, Musik und Disco. Veranstaltungen zu gesellschaftspolitischen Themen kamen im Untersuchungszeitraum nicht vor.

Auch im zweiten Interview wird Stadtpolitik, trotz der Aussage zur Konzeption am neuen Standort, eher als unbedeutend bewertet. Auf Nachfrage wird ausgeführt, dass zur Zeit die künstlerische Profilierung im Vordergrund stehe und dafür auch eine qualifizierte Mitarbeiterin für die Bühne gefunden worden sei. Hinzu kommt, dass die Schwerpunkte in der Stadtpolitik als „sehr kleinteilig“ bewertet werden: „Es geht um Verkehrspolitik und Parkplätze oder Hunde in der Innenstadt“. Für Aktivitäten zum Aufgreifen solcher Themen gibt es „kein Publikum mehr“ und „das Interesse der Mitarbeiter ist auch nicht mehr da“. „Die jüngeren Kollegen sind mit dem Kulturprogramm beschäftigt und spiegeln das allgemeine politische Klima wider“.

7.8 Die Zeche Carl in Essen

1973 wurden alle Bergbauanlagen im Stadtteil stillgelegt, unter anderem auch die Zeche Carl, die an den Stadtteil Altenessen angrenzt. 1977 gründete sich aus einer Stadtteilbewegung, die ‚Initiative Zentrum Zeche Carl e.V.‘, deren Ziele der Erhalt der „ehrwürdigen Zechenanlage“ und „die Gestaltung eines der wohl interessantesten Kulturzentren der Region und darüber hinaus“ war. 1981 konnte die Initiative in die Zeche Carl einziehen und Teile der Gebäude für ihre Zwecke nutzen. Zugleich begann eine längere Phase des parallelen „Bauen und Nutzen“, mit all den damit verbundenen Schwierigkeiten (Brademann u.a. 1989, S. 64). Die Gebäudegruppe der Zeche Carl steht inzwischen unter Denkmalschutz.

Die Initiative für das Kulturzentrum ging nach Aussage des Experten nicht von einer speziellen Szene aus, sondern entstand im Kontext von „Aktivitäten aus einem niedergehenden Stadtteil“. Sozialarbeiter und Jugendliche aus

Altenessen hatten sich gemeinsam, mit Unterstützung der Kirche, für neue Räumlichkeiten eingesetzt, um soziale Jugendarbeit praktizieren zu können. Es sollten aber auch andere Gruppierungen einbezogen werden, denn auch für Alte und Ausländer fehlten Räume und Treffmöglichkeiten. Die Initiative wurde „als eine Plattform verstanden - mit der ganzen Bandbreite, die es in der Bevölkerung gibt“. Es gab aber auch Skepsis und große Vorbehalte bei Bewohnern im Stadtteil, nicht zuletzt deshalb, „da die Sozialdemokraten Stimmung gegen das Zentrum machten“, aus deren Sicht „hier nur linke Kommunisten und Haschbrüder“ aktiv waren.

Stadtpolitik nahm aus der Sicht des Experten in der frühen Phase des Zentrums eine große Rolle ein, denn die Auseinandersetzung um den Erhalt der Zeche war zugleich eine Auseinandersetzung um die damalige Stadtplanung, die für dieses Gebiet eine andere Nutzung vorgesehen hatte: „Durch unser Entstehen hier, haben wir die eigentliche Stadtplanung durchkreuzt, haben sie beeinflusst. Aber dadurch haben wir uns monatelang nur mit Stadtentwicklungsplänen beschäftigt. Nach einer kontroversen Phase über die Bedeutung dieses Themas in solch einem Zentrum, gab es aber wieder eine Rückbesinnung auf das Zentrum.“

Auch wenn Stadtpolitik und Stadtentwicklung nach solchen Umorientierungen nicht mehr zentrale Themen in der Arbeit des soziokulturellen Zentrums sind, bleibt ein deutlicher Bezug zum Stadtteil (Brademann u.a. 1989, S. 66f.). Es wird ein Stadtteilbüro eingerichtet, mit der Aufgabe, „kulturelle Angebote, wie Musik, Theater, Lesungen und Ausstellungen, in den Stadtteil zu bringen“ (Brademann u.a. 1989, S. 70f.). In einer „Selbstdarstellung“ der Zeche Carl von 1987 heißt es dazu:

- „Eine wichtige Adresse für erwachsene Anwohner/-innen aus Altenessen ist das Stadtteilbüro. Es organisiert ‚Mütter-Kind-Gruppen‘, einen Tanztee für ältere Teilnehmer, 1.Maifeste, ... es kümmert sich um die Belange ausländischer Stadtteilbewohner/-innen und hat den

„Altenessener Geschichtskreis‘ ins Leben gerufen...“ (Zeche Carl e.V. 1987).

Weitere Hinweise zur Positionierung der Zeche Carl aus dieser „Selbstdarstellung“:

- „Das allgemeine Veranstaltungsprogramm der Zeche Carl umfaßt Konzerte aller Geschmacksrichtungen (...), Kabarett, Autorenlesungen, Filmvorführungen, Ausstellungen“ und „Disco“. „Darüber hinaus gibt es Veranstaltungsreihen zu Themenschwerpunkten wie Lateinamerika, Friedensfrage, Energiepolitik oder Projekte... Kongresse mit bundesweiter Beteiligung (...) ergänzen das Programm ebenso wie Diskussionsabende zu aktuellen politischen Fragen (Volkszählung, Giftmüll, Tschernobyl, AIDS)“.
- „Zudem treffen sich in den Räumen der Zeche Carl regelmäßig zahlreiche Arbeitsgruppen, Initiativen oder Aktionskreise...“ (Zeche Carl e.V. 1987).

Ebenso, wie der Bezug zum Stadtteil über eine lange Zeit erhalten bleibt, sind es auch über eine sehr lange Phase die Jugendlichen, die die größte Gruppe der Akteure stellen: „Es gab einige 17 bis 23jährige, die für ihre Musik Proberäume suchten. Außerdem war es auch geprägt von Leuten, die speziell auf so was gewartet haben, um ihre politischen Veranstaltungen hier durchzuführen. Interessant war noch, dass sich beim Bauen die verschiedenen Jugendkulturen - auf der einen Seite Arbeiter, Azubis und auf der anderen Seite die Gymnasiasten - zusammengefunden haben“. Besonders positiv ist aus Sicht des Experten, dass einige der damals aktiven Jugendlichen heute auch zum Kreis der Mitarbeiter gehören. In einem undatierten Infoblatt zur Zeche Carl, das nach Hinweisen und Jahreszahlen im Text Mitte der 90er Jahre veröffentlicht worden ist, heißt es u.a.: „Initiativen und Gruppen finden bei uns nicht nur ein offenes Ohr sondern (meistens) auch Räume zur Unterstützung ihrer Vorhaben...“. „Die Beteiligung an Interessenvertretungen für die Verbesserung der Lebensbedingungen in unserer Stadt und insbesondere in

unserem Stadtteil ist eine Selbstverständlichkeit. In Kooperation mit Anderen ermöglichen wir die öffentliche Diskussion von gesellschaftlich relevanten Themen sowie Veranstaltungen zum sog. aktuellen Zeitgeschehen“ (Zeche Carl e.V. ohne Datum).

Nach Aussage des Experten, wendet sich das Angebot des Zentrums heute verstärkt an die ganze Stadt und hat auch überregionale Bedeutung. Auch gegenwärtig gehören viele Jugendliche zu den Besuchern der Zeche Carl, insbesondere bei den Discos und den Konzerten. Aus der Sicht des Experten haben sich die Aktivitäten stark in Richtung Kulturprogramm verschoben. Zwar stehe die Zeche Carl immer noch als „das Schlachtschiff für den sozialen Kampf“ aber das Engagement dafür, so z.B. durch die Mitarbeit im stadtweiten ‚Forum Soziale Stadt‘, wird aus seiner Sicht nur noch von Einzelpersonen getragen. Er stellt kritisch heraus, dass die Selbstorganisation und das Management des Hauses viel Kraft bindet: Bei allem Verständnis dafür, dass „man mit dem Management von so einem Haus mit sich genug zu tun hat“, sieht er „das Soziale von Soziokultur“ zu kurz kommen. „Zum Beispiel wird eine Kultur der Migranten vernachlässigt und auch die soziale Frage der Stadt“. Den Widerstand gegen eine Stadtpolitik der „Skyline-Kultur“ sieht er nicht „vom Haus“ her ausgehen - „das ist ein blinder Fleck hier“. Auch habe sich die Arbeit des Stadtteilbüros sehr verändert. Dieses sei in erster Linie in der Antifa-Arbeit aktiv und organisiere allgemeinpolitische Veranstaltungen.

Tabelle 15

Zeche Carl	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99
Veranstaltungen:												
Gesamt	46	27	18	12	36	31	53	35	27	30	42	33
Davon: Politische Veranstaltungen	5	1		1	5	4	6	3	2		7	4

Tabelle 16

Zeche Carl	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99
Veranstaltungen:												
Stadtpolitik mit gesell. Dimension					1							
Themen lokaler Problemlagen											1	
Gesell. Themen lokaler Bezug							1	1	1		1	
Gesamt					1		1	1	1		2	

Insgesamt fanden im Untersuchungszeitraum 390 Veranstaltungen statt, was einem monatlichen Schnitt von 32,5 entspricht. Zu den politischen Veranstaltungen gehören 38, davon 6 zu stadtpolitischen Themen. Das Programm wird hauptsächlich von Konzerten, Kabarettveranstaltungen und Discos bestimmt.

Die Durchsicht der Programmhefte unterstreicht die Aussage des Experten, dass von der Zeche Carl viele Veranstaltungen zu Themen des Faschismus und des heutigen antifaschistischen Widerstandes angeboten werden. Auch zwei Veranstaltungen, die der Rubrik gesellschaftliche Themen mit lokalem Bezug zugeordnet wurden, stehen in diesem Kontext.

Im zweiten Interview wertet eine weitere Expertin die heutigen Aktivitäten der Zeche Carl zu Stadtpolitik als sehr gering. Und dies, obwohl es aus ihrer Sicht in Essen gegenwärtig eine „Art Imagepolitik“ gibt und von daher Themen wie Sauberkeit und Ordnung einen hohen Stellenwert in der Stadtpolitik einnehmen. Aus ihrer Sicht ist das „politische Engagement in den letzten Jahren“ insgesamt zurückgegangen, so dass sie die Aktivitäten der Zeche Carl vor diesem Hintergrund als angemessen betrachtet. Die Bereitschaft, sich für aktuelle „gesamtpolitische Themen“ zu engagieren, wie z.B. „der Euro-Gipfel in Essen“, wertet sie als größer und in diesen Feldern sei die Zeche Carl auch stärker aktiv.

7.9 Die Lindenbrauerei in Unna

Die Lindenbrauerei Unna wurde 1979 geschlossen und die Stadt Unna übernahm den Gebäudekomplex. Das Zentrum befindet sich in zentraler Lage in Unna, in der Fußgängerzone, in der es Kneipen und ein Kino gibt. Die Lindenbrauerei liegt innerhalb eines historischen Rings, ohne unmittelbar angrenzende Quartiere, woraus resultiert, dass so gut wie niemand in der Nähe wohnt.

Der Trägerverein Lindenbrauerei e.V., ein Zusammenschluss vieler Künstler, Initiativen und engagierter Einzelpersonen, gründete sich Anfang der 80er Jahre mit dem Ziel, in der alten Brauerei ein soziokulturelles Zentrum einzurichten. Die Verhandlungen des Vereins mit der Stadt Unna dauerten lange, obwohl es eine positive Haltung in der Kulturverwaltung gab. Die Akteure in diesen Jahren der Initiative werden von der Expertin als „Teil des Selbstverwirklichungsmilieus“ charakterisiert, es gab viele Künstler, Theaterleute und Lehrer. Einige Akteure rechnet sich dem GAL-Umfeld (Grün-Alternative Liste) zu. 1990 konnte das soziokulturelle Zentrum in Teilen öffnen und im Mai 1992 vollständig an den Start gehen.

Man habe sich „von Anfang an direkt“ als „Haus für die ganze Stadt“ verstanden. Aus Sicht der Expertin ist bei der Lindenbrauerei damit auch beinhaltet, dass sich das Angebot an alle Bürger der Stadt richtet, da die Stadt für ein alternatives Kulturzentrum oder Szenenzentrum zu klein sei. „Irgendwann war klar, dass es in der Stadt kein alternatives Kulturzentrum geben wird. Die Stadt ist eben klein. Hier stehen die Politiker abends am Tresen. Das hat dann eine bürgerschaftliche Ausrichtung, aber das ist ja auch Soziokultur, denn wenn man sagt Kultur von allen, für alle, dann kann man kein Szenezentrum machen. Das ist doch Augenwischerei. Deshalb haben wir hier die Krötenschützer, die Aktmalgruppe, den Schachverein und die Bürgerschützen. Anders geht's hier nicht“.

Im „Konzept“ von 1990 wird formuliert, dass die Lindenbrauerei „Innovationen hervorbringt und in die Stadt und Region ausstrahlt.“ Außerdem ist von der „Entwicklung von stadtteil- und zielgruppenbezogenen Projekten“ die Rede und desweiteren setzt „die Weiterverfolgung dieses Ansatzes (...) neue Impulse und lässt ein Netzwerk aus all jenen Orten einer Stadt entstehen, wo es ‚Kultur zum Anfassen‘ gibt: eine ‚Kulturlandschaft Stadt‘, die von der Kreativität, Intelligenz, dem Improvisations- und Organisationstalent seiner BürgerInnen lebt“. Die Kooperationsmöglichkeiten „bieten zweifelsohne eine einzigartige Chance für die soziokulturelle Arbeit und einen Entwicklungsschwerpunkt für die Stadt mit Ausstrahlung für die gesamte Region“ (Lindenbrauerei e.V. 1990).

Stadtpolitik war nach der Aussage der Expertin damals kein Thema und ist es auch heute nicht. Die Selbstsicht ist auf Kulturarbeit beschränkt, man sieht sich als „Speerspitze der Kulturbewegung“, als „ganz starkes Ding in dieser Stadt gegen den provinziellen Mief“. „Stadtentwicklung war aber weniger ein Thema. Primär war das Kulturelle. In andere Stadtthemen mischen wir uns nicht ein“.

Heute kommt der Lindenbrauerei aus Sicht der Experten eine zentrale Bedeutung im Kulturangebot der Stadt zu und auch die Region profitierte davon. Die Besucher kommen aus allen gesellschaftlichen Schichten, sie entsprechen nicht den üblichen „Spartengeschichten“, sondern sind ganz „normale Menschen“. Die klassischen Programmpunkte wie Kabarett, Theater, Konzerte von Pop bis Klassik, Ausstellungen und Lesungen sind ebenso vertreten, wie die Kinder- und Jugendkulturarbeit. Es gibt Veranstaltungen zu aktuellen lokalen und überregionalen Themen, Feste von und mit ausländischen Mitbürgern, den Seniorentanz, die Disco für alle, die Schwulen-Party und den Frauenschwoof.

Zugleich betrachtet sich die Lindenbrauerei aber auch als Ort für Diskussionen in der Stadt und geht hierzu vielfach Kooperationen mit anderen Initiativen, Vereinen und Institutionen ein. Die Themen sind jedoch sehr begrenzt, da - so die Expertin - Unna eine „kleine transparente Stadt“ ist, in der „die Politiker

direkt ansprechbar sind und in der vieles für die Bürger durchschaubar bleibt“. Großgeschrieben wird allerdings das Thema Kulturpolitik, wobei hier auch „besonders die Interessen des eigenen Hauses“ eine Bedeutung haben. „Kultur als Wirtschaftsförderung“ wird als eines der wichtigsten Themen der gegenwärtigen Stadtpolitik gewertet und „die Lindenbrauerei ist selber Kern dieser Diskussion“.

Tabelle 17

Lindenbrauerei	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99
Veranstaltungen:												
Gesamt	10	12	6	16	14	6	10	13	7	11	10	11
Davon: Politische Veranstaltungen				8							1	1

Tabelle 18

Lindenbrauerei	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99
Veranstaltungen:												
Stadtpolitik mit gesell. Dimension												
Themen lokaler Problemlagen												
Gesell. Themen lokaler Bezug												
Gesamt												

Mit 126 Veranstaltungen im Gesamtzeitraum kommt die Lindenbrauerei auf ca. 10 Veranstaltungen pro Monat, überwiegend aus den Bereichen Musik, Kabarett und Disco. Von den ermittelten 10 politischen Veranstaltungen befasste sich keine mit stadtpolitischen Themen. Die Programmhefte weisen eine sehr ausgeprägte Belegung des Zentrums mit Gruppen und Initiativen aus.

Obwohl in den gesichteten Programmheften keine Veranstaltung zu Stadtpolitik auffindbar ist und beim ersten Gespräch auch die Position bezogen wird, dass sich die Lindenbrauerei nur auf die Kulturarbeit konzentriert, wertet die Expertin im zweiten Interview der Stellenwert von Stadtpolitik in der Arbeit des Zentrums als „sehr hoch“. Auf Nachfrage, wie diese Wertung in Hinblick auf die Präsenz stadtpolitischer Themen im Programm zu verstehen ist, stellt die Expertin heraus, dass alleine die Existenz eines großen soziokulturellen Zentrums in einer Kleinstadt „ein Politikum darstellt“ und dadurch eine bedeutsame Rolle innerhalb des Stadtgeschehens gegeben sei. Als ein Beleg dafür wird von ihr die Besucherzahl ins Feld geführt, so hat die Lindenbrauerei in Unna nach eigenen Angaben 1999 mit 100.000 Besuchern fast die doppelte Zahl der Einwohner ihrer Stadt erreicht. Zudem wertet die Expertin, wie bereits ausgeführt, „Kultur als Wirtschaftsförderung“ als eines der wichtigsten Themen der Stadtpolitik und eben hier käme dem Zentrum eine „bedeutsame Rolle“ zu. Diese sei künftig noch größer, weil in den weiträumigen Kellergewölben der Lindenbrauerei eine „touristische Attraktion“ realisiert werden soll.

Auffallend in diesem Zusammenhang ist auch, dass im Konzept der Lindenbrauerei der bei den anderen Einrichtungen übliche Hinweis auf die Förderung von kritischer Auseinandersetzung zu gesellschaftspolitischen Themen fehlt. Stattdessen finden sich in einer aktuellen Informationsbroschüre folgende Ausführung zum Selbstverständnis: „Das Kulturzentrum Lindenbrauerei ist Veranstaltungsort und Experimentierfeld, Ideenschmiede und Treffpunkt für die sogenannte Szene wie auch für die ganz ‚normalen‘ Bürger und Bürgerinnen aus Unna. ‚Kultur für alle, Kultur mit allen, Kultur von allen‘ war und ist das Motto, das die Wünsche an ein sozial- & generationsübergreifendes, selbstverwaltetes Zentrum zusammenfasst“ (Ranft 1999, S. 133ff.).

7.10 Das zakk in Düsseldorf

Das zakk liegt in einem ehemaligen Gewerbe- und Industriegebiet in relativer Nähe zur Innenstadt und zum Hauptbahnhof. Im unmittelbaren Umfeld

befinden sich einige wenige Wohnhäuser und nur eine Wohnstraße, die ‚berühmt-berüchtigte‘ Kiefernstraße, die als Gegenstück zur Hamburger Hafestraße bekannt ist. Das gesamte Terrain ist von den angrenzenden Stadtteilen durch Straßen und leerstehenden Flächen getrennt.

Das soziokulturelle Zentrum zakk in Düsseldorf wurde 1984 als Provisorium in einer alten Fabrikhalle des Stahlunternehmens Klöckner eröffnet. Ähnlich wie in der Zeche Carl folgte eine längere Phase des parallelen Umbauens. 1988 konnte das zakk die letzte Bauphase beenden und feierte zum zweiten Mal seine Eröffnung. Der Errichtung des Zentrums gingen langjährige kommunalpolitische Auseinandersetzungen voraus. Bereits Mitte der 70er Jahre hatte sich eine Gruppe von Kulturschaffenden zusammengeschlossen, um unter dem Namen „Dach-Initiative“ ein Haus für Musik, Ausstellungen und künstlerische Experimente zu finden. Die Akteure dieser Initiative begeisterten sich für die leerstehenden Räume der alten Klöcknerfabrik und führten erste Verhandlungen mit dem Liegenschaftsamt der Stadt Düsseldorf. 1977 gründete sich der Verein zakk e.V., dem neben zahlreichen Kulturschaffenden auch Lehrer, Architekten und viele Studenten angehörten und 1979 nutzte die Initiative andere Räume in der Stadt, um erste Kulturveranstaltungen durchzuführen. Der Rat der Stadt Düsseldorf bewilligte 1979 erstmals in geringem Umfang finanzielle Mittel für den zakk e.V., die nach einem Machtwechsel im Rathaus von der nun regierenden CDU gestrichen wurden.

Der Experte führt aus, dass es in den ersten Jahren im Verein viele Auseinandersetzungen darüber gegeben hat, mit welchen Inhalten ein Kulturzentrum betrieben werden sollte. „In endlosen Diskussionen wurde darüber gefochten, was Soziokultur ist. Einige wollten ein reines Musikhaus, andere wollten ein Kulturhaus mit starker politischer Ausstrahlung“. Im Ergebnis dieser Diskussionen positionierte sich der Verein 1979 mit der Broschüre „1 - zakk - ein kommunikationszentrum für düsseldorf“, in der auch eine Rahmenkonzeption für die Arbeit veröffentlicht wird. Anfang 1980 konnte die Initiative, mit ideeller und finanzieller Unterstützung des Jugendamtes, im

Nachbarhaus des künftigen Kulturzentrums Räume für offene Jugendarbeit und Kleinkunst nutzen. Mit „klein zakk“ wurden erste Erfahrungen gewonnen und konnten Projektgruppen gebildet werden, u.a. die Frühstücks- und die Thekengruppe, die zum großen Teil auch noch später im Kulturzentrum zakk aktiv waren.

Die frühe Phase des Kulturzentrums zakk, beginnend 1984, ist aus Sicht des Experten durch vier Elemente gekennzeichnet, durch

- die Um- und Ausbauarbeiten, zum großen Teil auch mit ehrenamtlichem Engagement;
- die Aktivitäten der Projektgruppen;
- die Selbstorganisation mit den vielfachen Versammlungsformen
- und durch ein relativ kleines Angebot an Kulturprogramm.

Von besonderer Bedeutung war „der Aspekt des Selbermachens“. Diese Aussage des Experten findet sich auch in einer Veröffentlichung zu „10 Jahre zentrum für aktion, kultur und kommunikation“ wieder: „Die zakk-Gruppen und -Initiativen bildeten das Rückgrat für den weiteren Aufbau des Zentrums. ... ‚Selber machen‘ war für viele (...) ein persönliches Bedürfnis und politisches Programm; einfach irgendwo hinzugehen und Musik zu hören galt ein wenig als anrühlich, als reiner Konsum“ (zakk e.V. 1991).

In dem Rahmenkonzept von 1979 heißt es dazu: „das zentrum fichtenstrasse ist die räumliche basis für die kommunikation, aktivierung und selbstverwirklichung seiner besucher und benutzer. die nachfolgend genannten zielgruppen werden motiviert, das zentrum als ihre eigene sache zu verstehen, sich mit den angebotenen und kontaktmöglichkeiten vertraut zu machen, sich damit auseinanderzusetzen und an der planung und gestaltung aller aktivitäten mitzuwirken. aus ihren bedürfnissen und wünschen ergibt sich letztlich, was im zentrum erfolgt“ (zakk e.V. 1979, S. 36).

Die Auseinandersetzung mit Stadtpolitik ist in dieser frühen Phase aus Sicht des Experten ausschließlich auf den Erhalt und die Förderung des Kulturzentrums bezogen. „Andere Themen gingen mit, es waren ja auch Architekten und Leute dabei, die mit Stadtplanung zu tun haben, aber der Alltag im Haus, die vielen Entscheidungen, die zu treffen und zu verantworten waren, zakk war ja selber in der Funktion des Bauherrn und es musste hauptamtliches Personal ausgesucht und eingestellt werden, all das schränkte den Handlungsrahmen enorm ein“ . „Wir waren stadtpolitisch aktiv, weil wir in dieser Stadt ein alternatives Zentrum mit einem völlig anderen Kulturprogramm verwirklichten“ . Auch in der Rahmenkonzeption findet sich bezogen auf Stadtpolitik lediglich der Hinweis: zakk „stellt einen Beitrag zum städtischen Kulturleben dar, der in dieser Art bisher von keiner anderen Stelle geleistet wird“ (zakk e.V. 1979, S. 35).

Einen Anlauf, Stadtpolitik auch zu einem Gegenstand der Arbeit des Kulturzentrums zu machen, gab es nach Auskunft des Experten Ende der 80er Jahre. Mit Einzug der Initiative in die Fabrikhalle an der Fichtenstraße ging auch ein kontinuierlicher Professionalisierungsschub einher. Als Kulturzentrum musste zakk Auflagen aus der Verordnung für Veranstaltungsstätten einhalten, eine professionelle Finanzverwaltung und -Buchhaltung war erforderlich und der Umbau musste fachlich begleitet werden. Am deutlichsten sind aus Sicht des Experten die mit der Professionalisierung einhergehenden Veränderungen in der Programmplanung. Die hauptamtlichen Programmplanerinnen sollten zunächst in erster Linie die Arbeit der ehrenamtlichen Programmgruppe begleiten und umsetzen. Hier entstand allerdings relativ rasch ein Konkurrenzverhältnis, „in dem sich die professionelle Planung durchsetzte“ . Große Hallenkonzerte und Kabarettveranstaltungen nehmen in Folge größere Bedeutung in der Programmarbeit und bei der Profilierung des Kulturzentrums ein, als selbstorganisierte Kleinkunstveranstaltungen.

Mit den „Zielen der zakk-Arbeit“ will der Vorstand des Trägervereins Einfluss auf diese Entwicklung nehmen und einen politischen Grundansatz von zakk festschreiben. Dort heißt es u.a.: „ zakk hat sich zum Ziel gesetzt, ein Angebot

zu entwickeln, das alters- und schichtenübergreifende Kommunikation möglich macht. Aufgrund des erweiterten Kulturbegriffs gehören z.B. Veranstaltungen zur Stadtplanung, Wahlen, Volkszählung und Homosexualität genauso dazu, wie engagiertes Kabarett, freies professionelles Theater, Musik, Bewegung und Handwerk“. ... „Damit will sie (die Soziokultur R.K.) für kreatives professionelles Arbeiten und für die Besucher und Nutzer die notwendigen Freiräume sichern, die politisches, soziales, künstlerisches und emotionales Lernen erst möglich machen“. (zakk e.V. 1987).

Das Positionspapier des Vorstandes von zakk e.V. findet nicht bei allen Mitarbeitern Akzeptanz. Nach Ansicht des Experten ist der Sog des Erfolges als Kulturveranstalter „in der oberen Liga mitzuspielen“, und mit der Präsentation bekannter Künstler Aufmerksamkeit zu erzielen, zu groß. Politische Veranstaltungen finden Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre insbesondere zu Themen der sogenannten „Dritten Welt“ statt, was aus Sicht des Experten durch die starke Nachfrage des „Koordinierungskreises Düsseldorf-Dritte Welt Gruppen“ und eine über ABM-Mittel finanzierte Arbeitsstelle im zakk zustande kommt. Mit der Einrichtung der Arbeitsstelle „Aktuelles Zeitgeschehen“ im Programm wirkt der Vorstand von zakk e.V. darauf ein, dass weitere Themen aus dem politischen Bereich aufgenommen werden. Im Jahresbericht 1995 heißt es nun:

- „Ort des Dialoges, Ort politischer Kultur und Diskussion - das wird zakk auch 1996 bleiben“
- „Einiges werden wir stärker akzentuieren: Mit der Veranstaltung zur Geschichte der Aktion Wohnungsnot e.V. haben wir ... einen Schritt in die Richtung getan, 'Stadtthemen' stärker in das Programm aufzunehmen. Gesellschaftliche Entwicklung konkretisiert sich im Leben der Stadt. Wie sind die Wandbilder in Düsseldorf entstanden? Welche Geschichte hat die Frauenbewegung in Düsseldorf? ... Das Leben in den Stadtteilen ist Stadtkultur konkret. Geplant sind Veranstaltungen zu Oberbilk und Flingern. Aber auch Stadt als Thema. Es gibt eine Reihe von sehr interessanten Arbeiten zur Zukunft der Stadt - einen Ausschnitt

davon werden wir in unserem Programm vorstellen“ (zakk e.V. 1996, S. 31).

Ein weitere Expertin bewertet den Einfluss, den die Existenz des Kulturzentrums auf die Entwicklung der entfernt gelegenen Stadtteile Flingern und Oberbilk hat, als eher gering. „Dazu liegt das zakk zu weit weg, d.h. es ist für die Leute nicht eben mal um die Ecke“.

Tabelle 19

zakk	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99
Veranstaltungen:												
Gesamt	43	35	27	27	29	36	39	31	25	30	35	24
Davon: Politische Veranstaltungen	6	9	3		3	2	14	4	2	4	9	3

Tabelle 20

zakk	Mai 98	Jun 98	Jul 98	Aug 98	Sep 98	Okt 98	Nov 98	Dez 98	Jan 99	Feb 99	Mrz 99	Apr 99
Veranstaltungen:												
Stadtpolitik mit gesell. Dimension							6	1		1	1	2
Themen lokaler Problemlagen	1	1			1		1					
Gesell. Themen lokaler Bezug										1	2	
Gesamt	1	1			1		7	1		2	3	2

Die insgesamt 381 Veranstaltungen im untersuchten Zeitraum sind durch die Schwerpunkte Musik, Discos, Literaturveranstaltungen bestimmt und entsprechen einer monatlichen Veranstaltungsdichte von knapp 32. Die Zahl der politischen Veranstaltungen beträgt 59, davon sind 18 mit stadtpolitischen Themen befasst.

Im zweiten Interview wird der Stellenwert von Stadtpolitik in der Arbeit des Kulturzentrums relativ hoch gewertet. Es werden aber auch Einschränkungen vorgenommen, da „die Planung des Kulturprogramms und das Ausbalancieren der Finanzen Vorrang haben“ und „auch nicht immer zu gewährleisten ist, dass solche Veranstaltungen die entsprechende Aufmerksamkeit finden“. Nach dem Machtwechsel im Rathaus und der Wahl eines CDU-Oberbürgermeisters hat sich aus Sicht der Expertin die „Priorität einer Politik des Standortwettbewerbes“, die es auch schon vorher gab, „deutlich verstärkt“. Als Beleg führt sie dafür die „permanente Themensetzung“ mit Prestige- und Großprojekten wie der Bewerbung Düsseldorfs für Olympia und Fußball-WM und dem Bau einer Sport- und Veranstaltungsarena an. Hinzu käme eine Sauberkeits- und Sicherheitskampagne und eine an Sanktionen orientierte lokale Drogenpolitik. Das zakk habe auf solche Entwicklungen reagiert, u.a. mit der Reihe „Zukunft der Stadt“ und durch die Ko-Produktion eines Theaterstückes mit Titel „Ausnahmezustand“, in dem es um die Situation von Obdachlosen in der Stadt geht. In der Reihe „Zukunft der Stadt“ gab es 1999 Veranstaltungen u.a. zu Themen, wie „Arme Viertel - reiche Viertel“, „Sicherheit und Policing in der neuen Metropole“, „Stadt der Frauen“, „Festivals, Events und kein Ende“, „Postfordistische Stadt“.

In der Einleitung einer Dokumentation der zakk-Reihe „Zukunft der Stadt“ heißt es:

- „zakk arbeitet mit zahlreichen Düsseldorfer Initiativen und Engagierten zusammen, stellt Raum, Zeit, Know-how und Logistik zur Verfügung, initiiert Arbeitsgruppen und Initiativkreise, stellt Kontakte her, unterstützt, berät und vermittelt zwischen Institutionen, Initiativen, Politik, Verwaltung und freier kultur- und sozialpolitischer Szene. So beteiligt sich zakk an der Diskussion um die Lebensbedingungen in der Stadt...“ (Loers 2000, S. 13).

Dieser grundsätzliche Anspruch wird, so die Expertin, gegenwärtig nicht in dem Maße umgesetzt, wie in den Jahren davor. Als Gründe werden sowohl

innerbetriebliche Probleme, wie personelle Umstrukturierungen und finanzielle Engpässe, genannt und die Schwierigkeit, „gegenwärtig in Düsseldorf mit solchen Themen die nötige Aufmerksamkeit zu erzeugen, um nicht vor leeren Stühlen diskutieren zu müssen“.

8 Auswertung

8.1 Stellungnahme zu These 1

Stellungnahme zur These „soziokulturelle Zentren beziehen sich in der Gründungsphase mit ihrer Kulturpolitik auf die Entwicklung der Lebensbedingungen in der Stadt und thematisieren Stadtpolitik. Dabei geht es ihnen insbesondere darum, auf eine Entwicklung hin zu wirken, die Zugang und Teilhabe für alle Stadtbewohner beinhaltet“.

Ergebnis: Die oben genannte These kann im Ergebnis der Untersuchung nicht positiv bestätigt werden. Der grundsätzlich formulierte Anspruch, sich auf Stadtpolitik zu beziehen, wurde von den Zentren in der Gründungsphase nicht eingelöst, bzw. nur dann realisiert, wenn sie selber Gegenstand von stadtpolitischen Auseinandersetzungen waren. Das Zustandekommen dieses Ergebnis und die Begründung dafür wird in folgenden Schritten dargestellt: Auswertung der überprüften Bezugspunkte Programmatik, Akteure und räumliche Lage der Zentren, sowie den ermittelten Aussagen zur Stadtpolitik.

8.1.1 Aussagen zur Programmatik

In den Experteninterviews wird durchgehend die Bedeutung hervorgehoben, einen Raum zu bieten. Raum für „Selbstverwirklichung“, „Identitätsfindung“ aber auch konkret als Aufenthaltsmöglichkeit für Jugendliche, als Probe- und Aufführungsort der lokalen Szene, als „Alternative zur schrecklichen Kneipenszene“, als Ort der Eigenaktivität, des Mitmachens, des Ausprobierens. In der Äußerung des Experten aus Bochum wird dies auf den Punkt gebracht: Der Anspruch war, ein „Zentrum für alle“ zu schaffen. Allerdings setzen sich die Nutzer dieser Einrichtungen eher aus sehr spezifischen Einzelgruppen zusammen, wie dies beispielhaft im Interview in Hannover hervorgehoben wird: „Hier traf sich die Szene“ und das Haus „war für die, die es gemacht haben“. Diese Zielsetzung, einen besonderen Raum zu bieten, geht einher mit dem

durchgehend direkt oder indirekt in den Interviews geäußerten Anspruch der Selbstorganisation. Die Mitwirkung an der Selbstverwaltung des Zentrums wird von den Akteuren erwartet und wird zugleich als Voraussetzung für „Selbstverwirklichung“ und „Identitätsfindung“ gesehen.

Ein weiteres programmatisches Ziel, das in allen Interviews angesprochen wird, kann unter der Formulierung „eine andere Kultur“ bieten zusammengefasst werden. „Demokratische Kulturarbeit“, „Kultur für alle“, „Kultur zum Anfassen“, „Soziokultur verwirklichen“, so und ähnlich lauten die Äußerungen dazu in den Interviews. Dies bezieht sich jedoch nicht ausschließlich darauf, ein anderes, ein alternatives Kulturprogramm zu bieten, denn aus den Interviews geht übereinstimmend hervor, dass die Eigenaktivität, das Selbermachen, die Entfaltung der eigenen Kreativität als wichtiges Element des Verständnisses von Kulturarbeit gesehen wird.

In den Interviews wird zwar der generelle Anspruch bestätigt, sich in der Gründungsphase auch mit Stadtpolitik zu befassen. Bei Nachfragen zur damaligen Praxis wird dies allerdings deutlich eingeschränkt und zumeist auf den unmittelbaren Bezug zur Existenz des eigenen Hauses reduziert: Mit der Errichtung des Zentrums sollte die Kulturlandschaft der jeweiligen Stadt verändert werden. Dies kommt auch in der Rahmenkonzeption von zakk in Düsseldorf, einer der wenigen zugänglichen Dokumente, zum Ausdruck. Dort ist die Zielsetzung formuliert, mit dem Kulturzentrum „einen beitrag zum städtischen kulturleben“ zu leisten, „der in dieser art bisher von keiner anderen stelle“ geboten wird.

Bei den programmatischen Aussagen kommt der Gestaltung des Zentrums, das Nutzen der damit gegebenen ‚Spielräume‘ die größte Gewichtung zu. Der Anspruch, sich auf Stadtpolitik zu beziehen, ist ins Verhältnis dazu gestellt nur eine marginale Größe.

8.1.2 Die Akteure

Die Initiative für Errichtung der in die Untersuchung einbezogenen Zentren kann in dem Zeitraum Mitte der 70er bis Anfang der 80er Jahre datiert werden. Die Aussagen in den Expertinnen-Interviews zu den Akteuren dieser frühen Phase sind vielschichtig: Genannt werden vielfach „alternative und studentische Szene“, „Lehrer, Künstler, Intellektuelle, kulturell Interessierte“, „Theaterleute, Musiker“. Hieraus lässt sich ein allgemeiner Trend ablesen: Es sind überwiegend Akteure, die im zeitlichen Kontext der damaligen Bildungsreform über hohes kulturelles Kapital verfügen und aufgrund ihrer Lebenssituation auch die Zeit aufbringen können, in einer solchen Initiative und später auch in der konkreten Praxis im Kulturzentrum mitwirken zu können. Abweichend davon ist auch in diesem Fall lediglich die Aussage des zur Zeche Carl in Essen befragten Experten, der auch auf den großen Anteil und die kontinuierliche Mitarbeit von Arbeiterjugendlichen hinweist. Damit haben sich im wesentlichen die bereits in Bezug auf frühere Untersuchungen und Publikationen referierten Aussagen zu den Akteuren bestätigt, dass diese in den meisten Fällen nicht politisch organisiert sind bzw. nicht zu den „Kadern“ der damals aktiven Bürgerinitiativen gehören (Alheit 1992, S. 303f.).

Nur in drei Interviews wird auch von der Mitwirkung von Parteimitgliedern gesprochen, in Bremen von DKP-Mitgliedern, in Unna von GAL-Mitgliedern und im Interview über die Pumpe in Kiel ist die Rede von einer SPD-Politikerin. Der dadurch zumindest in diesen Einrichtungen zu vermutende Bezug zu Stadtpolitik über die Akteure wird zusätzlich durch Aussagen relativiert, die auf den Rückgang ehrenamtlicher Mitarbeit verweisen, wie dies beispielhaft im Interview mit einem der Experten aus Osnabrück zu Ausdruck kommt.

Auch über die damaligen Akteure sind Verbindungen zur Stadtpolitik nur in geringem Umfang abzuleiten.

8.1.3 Die räumliche Lage

Gemeinsam ist allen zehn in die Untersuchung einbezogenen Zentren, dass sie nicht in einem Wohngebiet liegen. Hierfür gibt es mehrere Erklärungen: Die Zentren wurden in ehemaligen Fabriken, Bahn- und Schlachthöfen und anderen Objekten der Industriegeschichte realisiert, die in aller Regel ohne unmittelbar angrenzende Wohnbebauung waren, bzw. im Zuge der Stadtentwicklung einen Rückzug angrenzender Wohnbebauung erfahren haben. Ein wesentlicher Grund für diese damalige Entwicklung sind Emissionen, insbesondere Lärm. Dieser war zugleich ein wichtiger Aspekt bei den Überlegungen, in diesem Gebiet eine Nutzung zu ermöglichen, die ebenfalls mit veranstaltungsbezogenem Lärm, einschließlich dem durch An- und Abfahrt, verbunden ist. Bei der Objektwahl spielten allerdings auch die Vorstellungen der neuen Nutzer eine große Bedeutung, die der „Transformation der Gebäude, die einst fremdbestimmtes Arbeiten aufnahmen, zu Stätten kultureller Autonomie“ eine „große symbolische Kraft“ beimessen (Stüdemann 1999, S. 30). Diese Vorstellungen der ‚Inbesitznahme‘ und ‚Umnutzung‘ solcher Objekte der Industriegeschichte trafen auf eine positive Haltung bei jenen kommunal- und landespolitischen Entscheidern, die den Erhalt dieser Zeugnisse der Industriegeschichte als bedeutsam und förderungswürdig betrachteten.

Die Lage der Zentren lässt sich grob in drei Bereiche einordnen: a.) im Stadtzentrum; b.) innenstadtnah beim Hauptbahnhof; c.) in Industrie- und Gewerbegebieten, die nicht unmittelbar im Zentrum aber auch nicht am äußeren Stadtrand liegen. Vier der zehn Zentren liegen unmittelbar im Zentrum. Ihnen ist gemeinsam, dass es keine angrenzenden Stadtteile und nur in sehr geringem Umfang Wohnen in der unmittelbaren Nachbarschaft gibt. Zwei Zentren befinden sich ebenfalls in Innenstadtnähe und zwar in unmittelbarer Nähe zu den Hauptbahnhöfen, beide Zentren grenzen an einen Stadtteil. Vier Zentren befinden sich in einem ehemaligen Industrie- und Gewerbegebiet und nicht in direkter Nähe zur Innenstadt, zwei davon grenzen mehr oder weniger unmittelbar und zwei eher weitläufig an einen bzw. mehrere Stadtteile.

Alle Zentren haben sich von Anfang an als Einrichtung mit stadtweiter Ausstrahlung verstanden. Dies hat sicherlich auch mit der Größe der Objekte zu tun aber auch die Lage spielt hier eine gewichtige Rolle, denn in den angrenzenden Stadtteilen lebten zu dieser Zeit nicht die potentiellen Besucher der soziokulturellen Zentren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die räumliche Lage in den meisten Fällen nicht über den Stadtteil zu einem direkten Bezug zur Stadtpolitik führt.

8.1.4 Aussagen zur Stadtpolitik

Aus den Interviews ist zu entnehmen, dass in allen Zentren Stadtpolitik thematisiert wurde. Der Bezug zur Stadtpolitik wird im folgenden in drei Aktivitätsbereiche unterschieden:

- Aktivitäten zur Stadtpolitik im allgemeinen, in dieser frühen Phase insbesondere bezogen auf das Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre wichtige Element Stadterneuerung/Sanierung;
- Aktivitäten in Richtung der Stadtteile, die an die Zentren angrenzen;
- die Zentren als Gegenstand von stadtpolitischen Auseinandersetzungen.

Aktivitäten zur Stadtpolitik

Hier fällt die Bilanz überwiegend negativ aus. Selbst dort, wo die Experten Hinweise darauf gaben, dass parallel zur Gründungsphase Auseinandersetzungen in der Stadt geführt wurden, z.B. um die Nordstadt in Wuppertal und um den Stadtentwicklungsplan Unterbilk in Düsseldorf, wurden die Zentren, bzw. die sie tragenden Initiativen nicht aktiv, nahmen sie nur vereinzelt Stellung. Ausnahmen gibt es dort, wo die Zentren durch ihren Standort Stadtentwicklungsplanung berühren oder durchkreuzen, dies ist nach den Aussagen in den Interviews in Essen und in Bremen der Fall und verweist auf den Punkt Zentren als Gegenstand stadtpolitischer Auseinandersetzungen.

Aktivitäten in Richtung der angrenzenden Stadtteile

Auch hier ist das Ergebnis eher negativ. Wie bereits bei der Schilderung des Bezugspunktes räumliche Lage dargestellt, fallen vier Zentren bei dieser Betrachtung völlig raus, da sie keinen angrenzenden Stadtteil haben und nur bei vier Zentren liegt der bzw. die angrenzende/n Stadtteil/e in direkter Nähe zum Haus. Dies ist bei den in Nähe des Hauptbahnhofs gelegenen Zentren in Bremen und Hannover und bei den sich in Gewerbegebieten befindenden Einrichtungen in Bochum und Essen der Fall. Sowohl das Zakk in Düsseldorf als auch die Börse in Wuppertal befinden sich eher weitläufig von den angrenzenden Stadtteilen entfernt. Aussagen dazu, dass die Entwicklung der Lebensbedingungen im Stadtteil von den Akteuren aufgenommen und in die Arbeit integriert wurden, gibt es lediglich im Interview zur Zeche Carl. In allen anderen Fällen wird die stadtweite Ausrichtung betont und eher davon berichtet, dass die angrenzenden Stadtteile kaum von Bedeutung für die Arbeit waren.

Zentren als Gegenstand von stadtpolitischen Auseinandersetzungen

Es können dabei zwei Linien in der Stadtpolitik unterschieden werden: Widerstand und starker Vorbehalt innerhalb der Stadtpolitik auf der einen Seite und Problemlösungsorientierung und Förderung auf der anderen. Heftige Auseinandersetzungen hat es um den Schlachthof in Bremen gegeben, dessen Hallen zum Teil auch abgerissen wurden. Die befragten Experten sehen im Bemühen, dass Kulturzentrum als sinnvolle und wichtige Einrichtung zu präsentieren, ihre Einbindung in stadtpolitische Auseinandersetzungen: „... Man war auf dem Präsentierteller...“ und es galt, das Haus „zu halten“. Auch die Zeche Carl in Essen war heftig umstritten. Es gab laut Interview große Skepsis bei der kommunal regierenden SPD gegen die Bürgerinitiative und außerdem sah die Stadtplanung für das Areal eine andere Nutzung vor. Aus Sicht des Experten hat das Zentrum durch seine Existenz die „eigentliche Stadtplanung“ für das Gebiet „durchkreuzt“ und es gab auch eine Phase, wo sich die Akteure der Zeche „intensiv mit Stadtplanung“ befasst haben, bevor die „Rückbesinnung auf das Zentrum“ die weiteren Aktivitäten bestimmte. Das Zakk in Düsseldorf sah sich nach einem Machtwechsel im Rathaus damit

konfrontiert, dass die Stadtregierung nun eine ablehnende Haltung zur Errichtung des Zentrums einnahm und bereits bewilligte Gelder sperrte. Ähnlich wie beim Schlachthof in Bremen versucht hier die Initiative, durch konkrete Praxis von Kultur- und Jugendarbeit, zunächst an verschiedenen Veranstaltungsorten, in der Stadt und später in dem Provisorium „klein zakk“ Sympathien und Unterstützung für das Projekt zu gewinnen. Der zum Bahnhof Langendreer interviewte Experte mutmaßt, dass die Stadtregierung mit der Übergabe des „im Niemandsland“ gelegenen Objektes an die Bürgerinitiative auch eine Taktik der ‚Befriedung‘ und des Ruhigstellens verfolgt. Eine ähnliche Vermutung stellt eine Expertin in Kiel auf, die die Einrichtung der Pumpe auch als Reaktion „auf die Jugendzentrumsbewegung mit Kämpfen und Häuserbesetzungen“ wertet.

Dennoch kann die Pumpe als Einrichtung der anderen Linie der Stadtpolitik aufgeführt werden. Es gab in Kiel einen Problemdruck, weil zwei im Kulturbereich aktive Gruppen Schwierigkeiten mit den Räumen hatten. Im Interview wird auf die „guten Kontakte“ der Initiative zur kommunalen Politik hingewiesen, was sowohl zu einer zügigen Entscheidung bezüglich der Räume als auch der finanziellen Mittel für die Schaffung von Stellen führte. Ähnlich gelagert ist der Problem in Erlangen. Hier lagen der Stadtregierung Beschwerden über Lärmbelästigungen durch einen Jugendclub und eine andere Räume nutzende Jazzinitiative vor. Seitens der Stadt wird eine Entwicklung zu „mehr“ als nur der räumlichen Zusammenlegung beider „Clubs“ gefördert und der Experte weist ausdrücklich darauf hin, dass es in dieser Phase ein positives Verhältnis zur Stadt gab, was aus seiner Sicht auch ein Grund für die Initiative war, sich nicht weiter mit Stadtpolitik zu beschäftigen. In dem Interview zur Entstehungsgeschichte der Börse findet sich der Hinweis, dass einzelne Leute aus der Stadtverwaltung den Ideen der Bürgerinitiative, ein Kulturzentrum zu errichten, wohlwollend gegenüber stehen und ein Gebäude zur Nutzung dafür angeboten wird. Auch in Unna gibt es eine positive Haltung zur Gründung eines soziokulturellen Zentrums in der Stadtverwaltung und zwar besonders im Kulturamt. Trotzdem kommt es nach Aussage der Expertin zu langen Verhandlungen, in denen jedoch positive

Lösungen gefunden werden. Besonders groß ist die Unterstützung durch die Stadtverwaltung und -politik in Osnabrück. Hier sprechen die Expertinnen übereinstimmend davon, dass das Zentrum „sozusagen von oben entstanden“ ist.

Das Zentrum als Gegenstand von stadtpolitischen Auseinandersetzungen und Verhandlungen hat in der Gründungsphase vielfach Bezüge zur Stadtpolitik ergeben, die, im Kontext aller weiteren Ausführungen betrachtet, jedoch nicht dazu geführt haben, dass die Entwicklung der Lebensbedingungen in der Stadt und Stadtpolitik einen bedeutsamen Stellenwert in der Arbeit der Zentren eingenommen haben.

8.1.5 Fazit und Erklärung

Die Stadt „war eigentlich immer ein Thema“, das „ging so mit“ aber „die Leute im Haus machten es nicht“ und es gab „ein Rückbesinnen auf das Zentrum“. Aus diesen Versatzstücken von Zitaten lässt sich das Resümee bezogen auf die erste These bilden: Stadtpolitik ist in der Gründungsphase der in die Untersuchung einbezogenen großen soziokulturellen Zentren ein Thema aber kein zentrales. Bis auf den Kampf um die Existenzbedingungen des eigenen Hauses kommt Stadtpolitik so gut wie keine praktische Bedeutung zu. Zugang und Teilhabe der Stadtbewohner wird unter dem Anspruch „Kultur für alle“, „ein Haus für alle“ subsumiert und hat keinen eigenen Stellenwert. Das Engagement der Akteure der Zeche Carl in Essen für die Verbesserung der Lebensqualität im angrenzenden Stadtteil ist hier die Ausnahme.

Die Gründe für diese negative Bewertung der These ergeben sich zum Teil bereits aus der Schilderung der Bezugspunkte. Aus der räumlichen Lage der Zentren ergibt sich in den meisten Fällen kein direkter Bezug zu stadtpolitischen Auseinandersetzungen, ihre frühen Akteure sind vordringlich an den Nutzungsmöglichkeiten der konkreten Räumlichkeiten interessiert und wollen dort Vorstellungen einer bestimmten Kulturarbeit verwirklichen, was auch mit den geäußerten programmatischen Positionen übereinstimmt.

Ein Aspekt ist bei der Begründung jedoch als besonders bedeutsam hervorzuheben: Die Selbstverwaltung oder auch Selbstorganisation. Diese ist Teil der Programmatik und sie stimmt mit den basisdemokratischen Vorstellungen der frühen Akteure überein. Die bereits aus den Zielen der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren zitierten Punkte „Basis und Nutzerorientierung“ und Verwirklichung „demokratischer Entscheidungsstrukturen“ finden sich als Anspruch in allen Interviews wieder. Die elementare Bedeutung der Selbstverwaltung wird auch durch die bereits vorgestellten Untersuchungen und weiteren Veröffentlichungen (insbesondere Hübner 1981, Nahrstedt u.a. 1990) bestätigt und lässt sich mit folgendem Zitat auf dem 1987 durchgeführten Symposium „Soziokultur - Innovation für Kultur, Bildung und Gesellschaft, veranschaulichen: „... die Selbstverwaltung hat für uns auch eine politische Qualität, denn das bedeutet, dass die, die in so einem Zentrum aktiv sind - sowohl die ehren-, neben-, als auch hauptamtlichen Mitarbeiter - die für dieses Zentrum relevanten Entscheidungen selber treffen. Dazu gehört so etwas wie das Hausrecht über die Einrichtung, die Personal- und Finanzhoheit und das bedeutet, dass in diesen Zentren Gremien eingerichtet worden sind, die unterschiedliche Namen tragen. In einigen heißen sie Hausversammlungen, in anderen Vollversammlungen, Nutzerversammlungen... Diese Selbstverwaltungsorgane treffen alle wichtigen Entscheidungen. Dazu ist zu sagen, dass die Zentren ja auch aus dem Bedürfnis heraus entstanden sind, die Lebenszusammenhänge von Arbeit, politischer Bildung und Kultur möglichst unabhängig von äußeren Instanzen zu organisieren, und das bedeutet in unserer Welt des Steuer- und Finanzrechts eben auch zu verwalten“ (Dallmann 1988, S. 41).

Entscheidend ist im Zusammenhang mit der hier untersuchten Fragestellung, dass die Selbstverwaltung oder auch Selbstorganisation zu einer enormen Bindung der Kräfte führt und eine weitgehende Fixierung auf das „eigene Haus“ beinhaltet. Besonders deutlich kommt dies in dem Interview zum Pavillon in Hannover zum Ausdruck, wo für die damalige Zeit von „wöchentlichen Vollversammlungen“ die Rede ist, in denen alles „bis zum Quitscheentchen

abgestimmt wurde“. Bestätigt wird diese Aussage aber auch in allen anderen Interviews, mal direkter, wie z.B. im Interview zum E-Werk in Erlangen, wo von einer „Hausfixierung“ die Rede ist und mal indirekter, z.B. wenn in dem Interview zum Bahnhof Langendreer in Bochum davon gesprochen wird, dass „die Leute... ihre Ansprüche hier in diesem Zentrum verwirklichen“ und dabei darauf achten, dass es „keine Vereinnahmung“ durch die politischen Entscheider in der Stadt gibt.

Die Aussage wird aber auch plausibel durch die Vergegenwärtigung der vielfältigen Aufgaben, die mit der Übernahme der Verantwortung für das Haus einher gingen. Fast alles musste selber erarbeitet werden: Die Gestaltung der Räume und das Konzept ihrer Nutzung, ein Finanzplan und Methoden zur Überprüfung seiner Umsetzung, Kulturprogramm und zu seiner Umsetzung Improvisationen bei der zumeist unzureichend ausgestatteten Veranstaltungstechnik, die betrieblichen Regelungen, wie zum Beispiel die Beantragung von Konzessionen für die Gastronomie und die Bewältigung der umfangreichen Sicherheitsauflagen (Knopp 1999, S. 81). In einigen Zentren kommt noch zeitgleich die Verantwortung oder zumindest die Beteiligung für die Umbaumaßnahmen hinzu, was die Anforderung an die Selbstorganisation der Zentren entscheidend mit prägt (Brademann u.a. 1989, S. 64).

8.2 Stellungnahme zu These 2

Stellungnahme zur These „Soziokulturelle Zentren setzen sich gegenwärtig mit ihrer Kulturarbeit verstärkt mit Themen der Stadtpolitik auseinander und zwar insbesondere mit solchen, die mit einer Spaltung der Stadt einhergehen. Mit ihrem Programm und ihren Raumnutzungsmöglichkeiten geben sie einer Auseinandersetzung über Stadtpolitik ein gewichtiges Forum“.

Ergebnis: Auch die zweite These kann nicht positiv bestätigt werden. Weder die Zahl der Veranstaltungen zur Stadtpolitik noch die Wertungen der Experten zu

ihrer Bedeutung im Gesamtkonzept unterstützen diese These. Aus einer differenzierteren Betrachtung ergibt sich, dass Stadtpolitik in den Zentren mehr Aufmerksamkeit findet, die in großen Städten gelegen sind.

Die Darstellung der Auswertung erfolgt auch bei dieser These mittels der Aussagen zu den Bezugspunkten Programmatik, Akteure und räumlicher Bezug, sowie den direkten Aussagen zu Stadtpolitik.

8.2.1 Aussagen zur Programmatik heute

Bei allen Zentren konnten Dokumente wie Selbstdarstellungen, Konzept- und Positionspapiere aus den 90er Jahren sichergestellt werden, in denen Aussagen zur Programmatik getroffen werden. Auch in den neueren Dokumenten findet sich durchgehend der grundsätzliche Anspruch, einer Trennung von Kultur und Gesellschaft entgegenzuwirken. Bei den konkreteren Aussagen, wie dies zu bewerkstelligen ist, haben sich in Bezug zu den frühen Papieren die Akzente deutlich verschoben. Es geht nicht mehr in erster Linie darum, Raum und Möglichkeiten für die Selbstverwirklichung der ‚Einzelnen‘ zur Verfügung zu stellen. Beispielhaft dazu ein Zitat aus dem Jahresbericht 1999 des soziokulturellen Zentrums zakk in Düsseldorf: „Es sind nicht mehr in erster Linie eine Gruppe bestimmter Einzelpersonen, die zakk als Ort kultureller Aktivität nutzen... Es geht nicht mehr darum, Einzelne zum Handeln zu bewegen. Aktion bedeutet heute für zakk, z.B. Künstler/innen Alternativen zu Konkurrenz und Resignation zu zeigenAktion bedeutet auch, gemeinsam mit vielen Düsseldorfer Frauengruppen und -organisationen die Entwicklung der Rolle der Frau in unserer Gesellschaft zu thematisieren und ‘zurück an den Herd’-Tendenzen entgegenzutreten...“ (zakk e.V. 2000, S. 9f.).

Eine wichtige Veränderung gibt es auch in Hinblick auf den Status der Gruppen und Initiativen, die mit dem Zentrum durch Raumnutzung und/oder Kooperation verbunden sind. Gegenwärtig haben jene Gruppen an Bedeutung gewonnen, die als Kooperationspartner für Veranstaltungen in Frage kommen. Dies trifft sowohl auf politische Gruppen zu, als auch auf Theater- und

Literaturinitiativen, sofern deren Arbeiten ins Programm integriert werden können. Kooperationen mit stadtweit agierenden Gruppen, Vereinen und Institutionen werden insgesamt bei den Zentren als bedeutungsvoll herausgestellt und zwar heute auch unabhängig davon, ob sich diese auch in den Zentren treffen oder nicht. Die Bedeutung, die den Kooperationen beigemessen wird, ist allen verfügbaren Jahresberichten zu entnehmen, so werden z.B. vom Pavillon in Hannover an prominenter Stelle „DIE 195 KOOOPERATIONSPARTNERINNEN DES JAHRES 1997“ aufgeführt (Bürgerinitiative Raschplatz e.V. 1998, S. 24f. – Hervorhebung im Original). Und: „Wir setzen auf Kooperation“ lautet die zentrale Aussage des Vorstandsmitgliedes Willy Overbeck in einem Interview, das anlässlich von „zwei Jahrzehnte(n) Entwicklungsgeschichte“ der Zeche Carl geführt wird (Overbeck 1998).

In der Selbstdarstellung der Lindenbrauerei in Unna wird der Anspruch, gesellschaftspolitisch zu agieren durch die Formel „Kultur für alle, Kultur mit allen, Kultur von allen“ ausgedrückt. In allen anderen Zentren gibt es Veröffentlichungen, in denen darüber hinaus noch konkretere Aussagen zum Anspruch auf gesellschaftspolitisches Engagement getroffen werden: Mit Veranstaltungen „auf die Situation der ‘Kultur’ und der ‘Politik’ in der Stadt und in der Region Bezug“ nehmen (börse/Wuppertal), „Die Beteiligung an Interessenvertretungen für die Verbesserung der Lebensbedingungen in unserer Stadt und insbesondere in unserem Stadtteil ist eine Selbstverständlichkeit“ (Zeche Carl, Essen), Förderung einer „kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen“, Mitwirkung „bei der Lösung von Gesellschaftsproblemen“ (E-Werk, Erlangen), „Information und Auseinandersetzung über kulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen“ bieten und „durch themenbezogene Veranstaltungen direkt auf gesellschaftliche Entwicklungen Bezug“ zu nehmen (Pumpe, Kiel), besonders wichtig sind „die Möglichkeiten Kooperationen zu schaffen, gesellschaftlich relevante Themen öffentlich zu bearbeiten“ (Pavillon, Hannover), „sich mit Stadtplanung und ihren Auswirkungen auf das soziale und kulturelle Leben in der Stadt auseinander zusetzen“ (Schlachthof, Bremen), „Kultur und gesellschaftliche Realität

bedingen sich gegenseitig und so fügen wir zusammen, was zusammen gehört“ (Bahnhof Langendreer, Bochum), „Ort des Dialoges, Ort politischer Kultur und Diskussion“ (zakk, Düsseldorf).

Auf der Basis dieser programmatischen Aussagen in den Veröffentlichungen jüngerer Datums lässt sich die Aussage treffen, dass Stadtpolitik, direkt oder zumindest indirekt vermittelt über den Kontext ‚Kultur und Gesellschaft‘ in der Arbeit der Zentren eine gewichtige Bedeutung zukommt bzw. zukommen müsste.

8.2.2 Akteure heute

Es lässt sich die generelle Aussage aus den Interviews ableiten, dass die damals weitgehende Übereinstimmung zwischen den Aktiven, den ‚Machern‘ und den Besuchern heute nicht mehr gegeben ist (Weber 1999). Der bereits dargestellte Professionalisierungsprozess ging mit einer enormen Ausweitung des Kulturprogramms einher, was wiederum eine Vervielfachung der Besucherzahlen zur Folge hat. Zentren in Großstädten, wie z.B. das zakk in Düsseldorf, haben gegenwärtig bei ca. 400 Veranstaltungen um die 180.000 Besucher pro Jahr (zakk e.V. 2000, S. 3f.) und das E-Werk in Erlangen dokumentiert bereits in seinem Jahresbericht 1996 gar eine Zahl der „Gesamt-Besucher“ von 312.000 (Kultur- und Kommunikationszentrum E-Werk 1997). Die Experten weisen vielfach darauf hin, dass die Besuchergruppen keineswegs eine homogene Gruppe bilden. Dies wird sowohl auf gesellschaftliche Differenzierungsprozesse im allgemeinen als auch auf die breite Palette des Programmangebotes im besonderen zurückgeführt. Hier weichen die Aussagen deutlich von den im Kapitel 5 genannten Untersuchungsergebnissen der Studie „Die befragte Reform“ ab, gegen die in diesem Zusammenhang auch an anderer Stelle Einwände gegen deren Erhebungsverfahren geäußert werden (Knopp/Loers 2000, S. 35). Die Plausibilität dieser Experten-Aussagen leitet sich aus der Unterschiedlichkeit des Programms und der damit erreichten Zielgruppen ab. So kommen zu der monatlich sehr erfolgreich durchgeführten „Gothik Industrial Party“ in der Essener Zeche Carl und zu „Heavy Metal

Konzerten“ sicherlich andere Gäste als zu einem Abend mit dem Liedermacher Franz Josef Degenhardt. Es kommen auch bei gleicher ‚Überschrift‘ Disco andere Besucherströme zu einer Oldie Night ins zack als zu moderneren Angeboten wie House und Dancehall - dies lässt sich dort auch für den Bereich der Literatur feststellen, so z.B. bei Angeboten mit „Popliteraten“ wie Benjamin Stuckrad-Barre und den etablierteren Autoren des ‚literarischen Quartetts‘.

Alle zehn soziokulturellen Zentren bieten neben der Programmarbeit auch Räume zur Nutzung an gesellschaftspolitische und eigeninitiativ kreative Gruppen, was u.a. durch die Programmhefte dokumentiert wird. In mehreren Interviews wird diesen Nutzern eine besondere Gewichtung bei der Beschreibung der gegenwärtigen Akteursgruppe zugewiesen. So wird im Interview zur Lagerhalle in Osnabrück den Raumnutzern eine gewichtige Rolle bei der inhaltlichen Weiterentwicklung des Zentrums eingeräumt und zum Pavillon in Hannover gibt es die Äußerung, dass die „raumnutzenden Gruppen“ Einfluss auf die Teile des Programms haben, die über das Veranstaltungsbooking hinausgehen. In beiden Fällen handelte sich allerdings um Nutzergruppen, die sich mit gesellschaftlichen Themen befassen, z.B. Umweltschutz und Asylpolitik und nicht um rein kreative Gruppen. Raumnutzende Gruppen, die unmittelbar zu Fragen der Stadtpolitik aktiv sind, gibt es im Zeitraum der Befragung nur in einzelnen Fällen (AG Stadtleben in Hannover, Arbeitskreis Armut Düsseldorf).

Auch bei den professionellen Akteuren existieren große Unterschiede in Hinblick auf deren Interessenslage und Verhältnis zum Zentrum, darauf wird in fast allen Interviews hingewiesen. Dabei wird unterschieden zwischen der Gruppe von Mitarbeitern, die sich den politischen und/oder kulturellen Zielen des Zentrums verbunden fühlen und einer Gruppe, meist jüngerer Mitarbeiter, die nur an Teilen des Veranstaltungsprogramms, insbesondere im Bereich Musik interessiert sind. Darüber hinaus wird noch eine zunehmend an Größe gewinnende Gruppe genannt, die die Arbeit im Zentrum als ‚reinen Job‘ betrachten. Besonders deutlich wird dies im Interview zum Bahnhof

Langendreer zum Ausdruck gebracht: „Hier ist es mehr und mehr additiv“ und insbesondere die jungen Teilzeitkräfte, sehen aus Sicht des Experten es nicht mehr „als moralische Angelegenheit, sich gesellschaftlichen Themen zu stellen“. Ähnliche Äußerungen werden in Kiel, Erlangen, Wuppertal, Essen und Düsseldorf getroffen.

Auch bei den Akteuren gibt es große Veränderungen. Die Zahl der Menschen, die in der einen oder anderen Weise die Angebote der Zentren nutzen, ist wesentlich größer geworden, die Gruppe der Entscheider hingegen kleiner. Für die meisten Menschen stellt sich der Bezug zum Zentrum nicht mehr her über die Zielsetzung der Selbstverwirklichung sondern ist über Einzelnutzungsinteressen vermittelt, z.B. Teile des Kulturprogramms besuchen, einen Raum nutzen oder auch einen Job haben. Im Unterschied zu den Gründerjahren, wo über Haus- und/oder Nutzerversammlungen alle Akteure einbezogen waren, muss jetzt unter dem Kriterium Beteiligung an Entscheidungen zwischen einer zahlenmäßig kleinen Gruppe von Entscheidern und einer sehr großen Gruppe von Besuchern und Nutzern gesprochen werden.

Für den Bezug zur Stadtpolitik ist bedeutsam, dass nun nicht mehr alle Akteure in gleichem Maße wie in den Gründerjahren auf das eigene Zentrum fixiert sind. Damit ist zwar grundsätzlich die Chance größer, auch nach ‚außen‘ zu schauen und Themen der Stadtpolitik aufzunehmen. Allerdings ist die Gruppe der in die Entscheidungen einbezogenen Akteure kleiner geworden und seitens der Experten wird häufig als Begründung für das mangelnde Aufgreifen stadtpolitischer Themen Arbeitsüberlastung angeführt, bzw. davon gesprochen, dass es dafür keine personelle Zuständigkeit im Team gibt. Hinzu kommt, dass die ermittelte Zahl der Nutzergruppen, die mit Stadtpolitik befasst sind, eher gering ist.

8.2.3 Entwicklung des räumlichen Umfeldes

Wie dargestellt, lag keines der zehn soziokulturellen Zentren in ihrer Gründungszeit in einem Wohngebiet und nur bei einem Teil grenzten damals ein oder mehrere Wohngebiete in relativer Nähe an. Umfeldveränderungen werden in den innenstadtnahe gelegen Zentren in Kiel, Unna, Erlangen und Osnabrück auf „normale“ Entwicklungstendenzen in den Cities, d.h. mehr Einkaufspassagen, mehr „Geschäfte, Läden und Büros“, eine „Ausdehnung der Gastro- und Kunstszene“, die „abends unbelebt“ ist, zurückgeführt.

In anderen Städten werden die Veränderungen in Verbindung mit konkreten Maßnahmen der Stadtplanung, wie die Errichtung der Kongresshallen in Bremen und die weitere Ausdehnung des ökonomischen Zentrums und damit Verdrängens von Wohnen in Hannover, eingeordnet. Der angrenzende Stadtteil in Hannover wird damit als „de facto keiner mehr“ bewertet und der Pavillon dort als eines der letzten „wenigen lebendigen Gebäude“ in „einer relativ tristen Ecke“ gesehen. Aus Bremen kommt die Einschätzung, dass die Zahl der Studierenden in dem ehemals als „kleinbürgerlich“ beschriebenen Nachbargebiet zugenommen habe. Dies wird jedoch nicht als bedeutungsvoll für den Bezug des Zentrums zu diesem Stadtteil gewertet.

Bei den in Gewerbe- und Industriegebieten gelegenen Zentren hat sich das Gebiet nur unwesentlich verändert. In Düsseldorf verschwinden die letzten Reste industrieller Produktion zugunsten von Bau- und Autozubehörgroßhandel, der Einfluss auf die eher entfernt liegenden Stadtteile wird als gering bewertet. Während bei der Zeche Carl von keiner großen Veränderung gesprochen wird, kommt im dem Interview zum Bahnhof Langendreer die Einschätzung, dass der Anteil der Wohnbevölkerung in der Nachbarschaft zugenommen habe und zwar in Folge des neuen S-Bahn-Anschlusses. Qualitativ sei dabei der Anteil der Studierenden und der „alternativen Szene“ gestiegen, was „zum Teil mit dem Bahnhof zu tun“ habe, allerdings würden im Gebiet immer noch überwiegend viele „Menschen in ärmlichen Verhältnissen, vor allem Alte“ leben und es gibt dort Prozesse der „Verelendung“, auf die sowohl die Stadt als auch

das Zentrum „keine Antwort“ habe. Eine größere Aktivität in Richtung Stadtteil sei daraus aber nicht erwachsen.

Gravierende Veränderungen der Lage hat es bei der Börse in Wuppertal gegeben. Dies ist allerdings auf einen Umzug des Zentrums in ein anderes Gebäude in einen anderen Stadtteil Ende der 90er Jahre zurückzuführen. Dieser Umzug war notwendig, da eine einzelne Anwohnerklage im alten Umfeld zu so harten gesetzlichen Auflagen bezüglich des Lärmes geführt hat, dass ein ‚normaler‘ Veranstaltungsbetrieb kaum noch möglich war. Interessant ist die Aussage im Interview zur gegenwärtigen Situation der Börse, dass der neue Standort auch Folgen für die Konzeption des Zentrums haben werde. Die Börse liegt nun nach Aussagen im Interview zwischen zwei Stadtteilen mit „etwas gehobenen Sozialstandard“, was mit der Vorstellung verbunden wird, dass man dort „besser das Angebot eines Bürgerzentrums“ umsetzen kann.

Insgesamt gesehen haben die räumlichen Veränderungen für die in die Untersuchung einbezogenen Zentren keine wesentliche Erhöhung des Stadtteilbezuges ergeben. In einigen Zentren ist dieser eher noch geringer geworden und nur bei den Interviews zu den Einrichtungen in Bochum und Wuppertal wird eine bedeutsame Veränderung registriert, diese allerdings in erster Linie in Bezug auf die Möglichkeit, mehr „Publikum“ aus direkterer Nachbarschaft „zu erreichen“.

8.2.4 Aussagen zur Stadtpolitik

Im Unterschied zur Bearbeitung der ersten These bildet hier die Auswertung von Dokumenten, insbesondere den Programmheften und Veröffentlichungen jüngerer Datums, eine gute Basis für die Bewertung der Aktivitäten der Zentren, die durch die Aussagen in den Experteninterviews gestützt und erweitert werden. Auch in Bezug auf die zweite These wird die Auswertung nach dem gleichen Raster durchgeführt.

Aktivitäten zur Stadtpolitik

Um die Aktivitäten zur Stadtpolitik differenzierter erfassen zu können, werden drei Aspekte berücksichtigt: a.) die quantitative Auswertung des Anteils von Veranstaltungen zu Stadtpolitik am Gesamtprogramm; b.) die schriftlichen Stellungnahmen der Zentren in den Programmheften und Publikationen zur Stadtpolitik und c.) die Aussagen der Experten.

a.) Die Gesamtzahl der politischen Veranstaltungen beläuft sich auf 339 (Tabelle 21). Die Auswahl erfolgte unter der Prämisse, dass es sich hierbei um Veranstaltungen handelt, die eine öffentliche Diskussion und Auseinandersetzung beinhalten. Davon konnten insgesamt im Zeitraum der Untersuchung 60 Veranstaltungen ermittelt werden, die Stadtpolitik zum Gegenstand haben (Tabelle 22). Diese Veranstaltungen gliedern sich entsprechend den in Kapitel 2 entwickelten Kriterien wie folgt: 33 Themen der Stadtpolitik mit gesellschaftlicher Dimension, 16 gesellschaftspolitische Themen mit lokalem Bezug und 11 Themen lokaler Problemlagen. Die Zahl der 60 ermittelten Veranstaltungen zur Stadtpolitik steht im Verhältnis zu 4.784 als Gesamtzahl aller Veranstaltungen (Tabelle 21) und zu 339 als Gesamtzahl der politischen Veranstaltungen.

Tabelle 21

Gesamte Zentren	Untersuchungszeitraum 12 Monate
Veranstaltungen:	
Gesamt	4784
Davon: Politische Veranstaltungen	339

Tabelle 22

Gesamte Zentren	Untersuchungszeitraum 12 Monate
Veranstaltungen:	
Stadtpolitik mit gesell. Dimension	33
Themen lokaler Problemlagen	11
Gesell. Themen lokaler Bezug	16
Gesamt	60

b.) Stadtpolitik ist im Untersuchungszeitraum auch Gegenstand von Publikationen einiger Zentren. Hier ist besonders auf die monatlich erscheinende Zeitung ZETT zu verweisen, die vom Schlachthof Bremen erstellt wird. Nach den gleichen Kriterien wie bei den Veranstaltungen können hier im Untersuchungszeitraum zwölf große Artikel und Statements ermittelt werden, u.a. zu Stadt als öffentlicher Lebensraum, zu Graffities, zur Bremer Kulturpolitik. Im Programmheft des Bahnhof Langendreer finden sich sieben Artikel und Stellungnahmen, die sich auf die Bochumer Stadtpolitik beziehen, insbesondere zu Sozialpolitik und zum Verkauf der Kemnade. Das Kulturzentrum zakk bezieht in zwei Veröffentlichungen Stellung zu einer auf Sauberkeit und Sicherheit bezogenen Stadtpolitik in Düsseldorf.

c.) Stadtpolitik wird von den befragten Experten nicht als einer der Schwerpunkte in der Arbeit der Kulturzentren gewertet. Die Frage, ob von außen Anforderungen und Erwartungen an das Zentrum herangetragen werden, zur Stadtpolitik aktiv zu werden und Themen anzubieten, wird mehrheitlich mit „nur gelegentlich“, „gering“ oder gar „überhaupt nicht“ beantwortet. Bei den wenigen positiven Äußerungen zu Anforderungen von außen geht es weniger um Veranstaltungen als um Stellungnahmen z.B. für Solidarität mit von Sparpolitik betroffenen Einrichtungen in der Stadt.

Auf die Frage, welche Themen der Stadtpolitik von den jeweiligen Zentren aufgegriffen werden, gibt es im zweiten Interview folgende Nennungen:

- Sozialpolitik, Obdachlosigkeit, Verhältnis Armut und Reichtum (5 N)
- Stadtplanung, Stadtentwicklung (3 N)
- Kulturpolitik (3 N)
- Finanzlage der Stadt (3 N)
- Eigener Zuschuss, Situation des Zentrums selber (3 N)
- die Stadt als Ort von Euro-Gipfel-Treffen (2 N)
- Jugendpolitik (2 N)
- Migration (1 N)
- Ökologische Aspekte der Stadtentwicklung (1 N)
- die Stadt als Ort von NPD-Demonstration (1 N).

Auf die Frage, welche stadtpolitischen Themen in der eigenen Stadt als besonders wichtig betrachtet werden, geben die Experten folgende Antworten:

- Baumaßnahmen, Großprojekte (4 N)
- Sozialpolitik, Verhältnis Armut und Reichtum (4 N)
- Kulturpolitik als Wirtschaftsfaktor und Stadttourismus (4 N.)
- Sparmaßnahmen (3 N)
- Sauberkeit, Ordnung als Teil von Image (2)
- Migration (2 N)
- Drogenproblematik (1 N)
- Einschränkung des öffentlichen Raumes (1 N)
- „Kleinteiliges“: Parkplätze und Hunde in der Innenstadt (1 N)
- Kriminalität (1)
- Verkehr (1 N)
- keine brisanten Themen (1 N).

Hier ergibt sich in Teilen eine Übereinstimmung zwischen den als wichtig betrachteten Themen der Stadtpolitik und den Themen, die durch die Zentren selber angegangen werden.

Insgesamt ist der zahlenmäßige Anteil von Veranstaltungen zur Stadtpolitik als gering zu bewerten, was auch dem Stellenwert entspricht, den die Experten diesem Thema zusprechen und der geringen Zahl von Anfragen, die von außen hierzu an die Zentren herangetragen werden. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass es sowohl bei den realen Aktivitäten als auch den Statements der Experten deutliche Unterschiede bezogen auf die einzelnen Zentren gibt. Diesem Aspekt wird an späterer Stelle noch ausführlich nachgegangen.

Aktivitäten in Richtung der angrenzenden Stadtteile

Die Aussagen zur Entwicklung der räumlichen Umgebung legen nahe, dass für die Mehrzahl der Zentren kaum Bezüge zu angrenzenden Stadtteilen bestehen. Dies wird in den Experteninterviews und in der Sichtung der Dokumente bestätigt. Obwohl sich z.B. in Bremen und in Bochum die angrenzenden Stadtteile von der Bewohnerstruktur her verändert haben, wird dort keine Stadtteilarbeit organisiert und auch bezogen auf die Besuchergruppen dominiert die Einschätzung, dass sich diese aus dem gesamten Stadtgebiet und auch darüber hinaus zusammensetzt. Bezogen auf die Gesamtheit der untersuchten Zentren kann die Aussage getroffen werden, dass es so gut wie keine Aktivitäten zu den angrenzenden Stadtteilen gibt, die sich in den Programmheften widerspiegeln. Eine Ausnahme bildet die Zeche Carl in Essen, die im Rahmen ihres Sommerprogramms Kinder aus der Nachbarschaft mit Aktionen, wie „Spielenachmittag mit Lagerfeuer und Grillen“ und Ausflügen zu unterschiedlichen Freizeitangeboten in Essen und Umgebung anspricht. Aus den Interviews ist zu entnehmen, dass es immer dann zu Aktivitäten bezogen auf die angrenzenden Stadtteilen und Gebieten kommt, wenn dort bauliche Veränderungen größeren Umfangs vorgenommen werden. Dies trifft auf den Schlachthof im Bremen zu, wo eine Ausweitung von Kongress- und Veranstaltungshalle auf dem Nachbargelände forciert wurde und auch auf das

zakk in Düsseldorf, wo mehrfach ein umstrittenes Investoren-Projekt in relativer Nähe zur Einrichtung entstehen sollte.

Insgesamt betrachtet kann nicht davon gesprochen werden, dass den Aktivitäten zu den angrenzenden Stadtteilen und Gebieten eine größere Bedeutung in der Arbeit der soziokulturellen Zentren zukommt.

Zentren als Gegenstand von stadtpolitischen Auseinandersetzungen

Im Blick auf die Gesamtheit der in die Untersuchung einbezogenen Zentren kann auch hier nicht davon gesprochen werden, dass Stadtpolitik, quasi durch eigene Betroffenheit, wichtiger wird. In Bezug auf die städtischen Zuschüsse befinden sich die Zentren in unterschiedlichen Situationen. Einige erhalten Zuschüsse, deren Höhe in vertraglichen Vereinbarungen für einen Zeitraum festgeschrieben ist, der über ein Haushaltsjahr hinaus reicht. Dies ist z.B. bei der Zeche Carl in Essen der Fall, wo es, gekoppelt an den Pachtvertrag, eine mehrjährige vertragliche Vereinbarung gibt. Ähnliche Festlegungen gibt es für die Pumpe in Kiel. Die anderen Zentren sind in ständigen Verhandlungen über die Höhe des städtischen Zuschusses, so wird in den Interviews zum E-Werk in Erlangen, zur Lindenbrauerei in Unna und zum zakk in Düsseldorf „das eigene Haus“ und „der städtische Zuschuss“ als Bezugspunkt zur Stadtpolitik genannt. Im Untersuchungszeitraum standen hier allerdings keine größeren Einschnitte oder Erhöhungen bei den städtischen Zuschüssen zur Debatte.

Durch politische Stellungnahmen und Veranstaltungen können die Zentren auch jenseits der Konflikte um die eigene städtische Förderung Gegenstand von Stadtpolitik werden. Ein Beispiel hierfür findet sich in der jüngeren Geschichte des Kulturzentrums zakk in Düsseldorf. Dieses war Ende der 90er Jahre in die Kritik der lokalen CDU geraten, weil es sich weigerte, der Gruppe „Antifa“ Räume und Platz auf der zakk-Internethomepage zu verweigern. Auch die sozialpolitischen Stellungnahmen des Bahnhofs Langendreer führen in Bochum immer wieder zu Gegenreaktionen aus Teilen der Ratsparteien.

Insgesamt gesehen hat die Untersuchung jedoch ergeben, dass die zehn Zentren als feste Größe im Kulturangebot ihrer jeweiligen Städte betrachtet werden und auch mit ihrer politischen Positionierung nicht in größerem Umfang selber Gegenstand stadtpolitischer Konflikte sind.

8.2.5 Fazit und Erklärung

Auch die zweite These lässt sich in Hinblick auf die Gesamtheit der in die Untersuchung einbezogenen Zentren nicht bestätigen. Rein quantitativ sind die Aktivitäten zu Stadtpolitik bezogen auf das gesamte Angebot der Zentren als gering zu bewerten und es ist auch nicht zu bestätigen, dass die Einrichtungen ein wichtiger Ort für die Auseinandersetzung über damit im Kontext stehenden Themen sind. Dies deckt sich mit den eher negativen Äußerungen in den meisten Experteninterviews zum Stellenwert von Stadtpolitik in der Arbeit der Zentren.

Die Gründe, für die in Bezug auf die Gesamtheit der untersuchten Zentren schlüssige Verwerfung der zwei Thesen, sind vielschichtig. Sie können, wie bereits dargelegt, zum Teil bereits aus den aktuellen Bezugspunkten räumliches Umfeld, Akteure und Programmatik abgeleitet werden.

Ein erster Erklärungsansatz ist, dass sich die soziokulturellen Zentren im Zuge der Professionalisierung immer deutlicher als Kulturveranstalter profiliert haben, was sich in der hohen Veranstaltungsdichte widerspiegelt. Hinzu kommt die im Zusammenhang mit den Zwängen der anteiligen Selbstfinanzierung erklärbare Entwicklung zu mehr Großveranstaltungen aus den Bereichen Konzert und Kabarett, sowie der Ausweitung von Discoververanstaltungen, womit auch die meisten personellen und finanziellen Ressourcen gebunden sind (Husmann/Steinert 1993, Knopp 1999).

In diesem Kontext ist es auch zu verstehen, wenn in den Experteninterviews vielfach darauf hingewiesen wird, das für die Planung und Begleitung

stadtpolitischer Veranstaltungen kein Personal vorhanden ist. Dieser Einwand ist jedoch nur bedingt als Erklärung heranzuziehen, da die Zentren ihre Personalpolitik im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten autonom gestalten. Somit spiegelt dieses Argument in erster Linie die geringe Relevanz wider, die dem Thema Stadtpolitik gegeben wird, denn Stellen für das allgemeine Kulturprogramm, insbesondere für den Bereich Musik, gibt es in allen in die Untersuchung einbezogenen Zentren.

Ernstzunehmender ist der Hinweis, dass stadtpolitische Themen nur wenig von außen, z.B. durch Initiativen und Parteien, an die Zentren herangetragen werden, bzw. nur wenig von den Besuchern nachgefragt werden. Dies ist in anderen Politikbereichen deutlich anders. So gibt es in einigen Zentren den Schwerpunkt, der die Themen Migration, „Eine Welt“-Arbeit und internationale Beziehungen umfasst. Hierfür sind in Hannover und Bochum auch Personalstellen eingerichtet. Im Spektrum solcher Themen sind auch immer noch zahlreiche Initiativen und Vereine tätig, so dass hier auch eher die Basis für Nachfrage von außen und Kooperationen gegeben ist. Hinzu kommt, dass es in diesen Themenbereichen auch häufig Bezüge, bzw. Überschneidungen zum allgemeinen Kulturprogramm gibt, so z.B. bei Konzerten mit kurdischer Musik, Theater aus Südafrika, Migrantenliteratur.

Erklärungsansätze, wie Aktivitäten zur Stadtpolitik könnten in Konkurrenz zum anderen Kulturprogramm stehen, wurden mehrheitlich von den Experten als inakzeptabel gewertet. Auf die Frage, ob Gründe der politischen Opportunität eine Rolle spielen, gab es von den Experten der Zentren, in denen die meisten politischen Veranstaltungen stattfinden und auch die meisten öffentlichen Stellungnahmen bezogen wurden, eine eindeutige Verneinung. Lediglich in einem Fall wurde eingeräumt, dass ein politischer Machtwechsel im Rathaus vorübergehend für einen Rückgang stadtpolitischer Diskussionen geführt habe, dies aber „in der gesamten Stadt“.

In den zeitnahen Publikationen zur Programmatik werden die Zentren als Einrichtungen mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen und/oder als Orte politischer Diskussion gekennzeichnet. Dies kommt auch in der Mehrzahl der Experteninterviews zum Ausdruck. Rein quantitativ macht die Zahl von 339 politischen Veranstaltungen (hierin sind die 60 Veranstaltungen zu Stadtpolitik enthalten) ins Verhältnis zur Gesamtheit von 4.784 gesetzt aber noch nicht einmal ein Zehntel aus. Hierbei sind allerdings die zahlreichen Äußerungen der Experten zu berücksichtigen, die auf den vergleichsweise hohen Aufwand für die Planung von politischen Veranstaltungen verweisen. Auch wird darauf hingewiesen, dass viele gesellschaftspolitische Themen in Form von Projekten umgesetzt werden, bei denen zahlreiche Aktivitäten anfallen, die nicht Eingang in das Veranstaltungsprogramm finden, z.B. in Form von Arbeitskreisen und Aktionen. Der Hinweis auf den Aufwand scheint plausibel. Das Kinoprogramm mit insgesamt mehr als 1.500 Veranstaltungen erfordert sicherlich auch planerischen Aufwand, dieser ist jedoch aufgrund der Möglichkeiten des Buchens im Einzelfall geringer, als das Zusammenstellen eines Podiums für eine politische Diskussion. Ähnlich verhält es sich mit den regelmäßig im Programm stattfindenden Discoververanstaltungen, zumindest sobald diese als wiederkehrende Themendisco etabliert sind, was nach Aussage der Experten auf die Mehrzahl der mehr als 800 ermittelten Discos zutrifft.

Aber auch bezogen auf die Gesamtheit der 339 politischen Veranstaltungen ist der Anteil von stadtpolitischen Themen und Aktivitäten mit 60 nicht als führend oder herausragend zu werten. Bezogen auf Statements und Veröffentlichungen steht Stadtpolitik ebenfalls nicht an erster Stelle. Stadtpolitik ist ein Thema unter mehreren, wobei die Schwerpunkte der politischen Veranstaltungen bei den Themen Migration, weltweiter Ungleichheitsentwicklung und Sozialpolitik liegen. Es passt ins Bild, dass die Mehrzahl der Veranstaltungen mit stadtpolitischen Inhalten der Kategorie Stadtpolitik mit gesellschaftlicher Dimension zuzurechnen ist, hier also Stadt eher im Zusammenhang mit allgemeinpolitischen Fragen steht, wie z.B. die Einschränkung von Bürgerrechten durch die Reglementierung des öffentlichen Raumes.

Es bleibt ein Widerspruch zwischen der praktischen Relevanz stadtpolitischer Themen auf der einen Seite und einzelnen Statements im Rahmen der Interviews. Auch in Beiträgen im Rahmen der Tagung „Perspektive Soziokultur“ wird die Bedeutung von stadtpolitischen Aktivitäten höher angesetzt (Flohé/Knopp 1999, S. 133ff.).

Eine Möglichkeit, diesen Widerspruch zu hinterfragen, liegt in einer differenzierten Auswertung. Es können in Bezug auf das stadtpolitische Engagement zwei Gruppen gebildet werden, wobei als Kriterien hierfür die Zahl der Veranstaltungen und die der öffentlichen Stellungnahmen und Publikationen zu diesem Thema genommen werden:

Die (1.) Gruppe der aktiveren Zentren:

- zakk Düsseldorf mit 18 Veranstaltungen, einigen Statements/Dokumentationen
- Pavillon Hannover mit 16 Veranstaltungen, einigen Statements/Dokumentationen
- Bahnhof Langendreer mit 9 Veranstaltungen, zahlreichen Statements
- Schlachthof Bremen mit 7 Veranstaltungen, zahlreichen Statements/Dokumentationen
- Zeche Carl Essen mit 6 Veranstaltungen und Stadtteilarbeit

Die (2.) Gruppe der passiveren Zentren:

- E-Werk Erlangen mit 2 Veranstaltungen
- Lagerhalle Osnabrück mit 1 Veranstaltung
- Börse Wuppertal
- Lindenbrauerei Unna
- Pumpe Kiel mit 1 Veranstaltung

Augenfällig ist, dass die Städte der 1. Gruppe alle Großstädte sind, die zwischen ca. 400.000 und 600.000 Einwohner haben. Dies drückt sich auch in den Nennungen zu den wichtigen Themen der Stadtpolitik aus:

Großprojekte, Imagekampagnen (Bremen, Essen, Düsseldorf, Hannover), Sozialpolitik, Entwicklung Arm-Reich (Bochum, Bremen, Düsseldorf), Sauberheitskampagnen und Ordnungspolitik (Düsseldorf, Essen), Kulturpolitik als Wirtschaftspolitik (Bremen, Bochum), Drogenpolitik (Düsseldorf), Beschränkung des öffentlichen Raumes (Düsseldorf), Migration (Bochum, Hannover), Verkehrspolitik (Bochum), Sparpolitik mit Widerstand (Bremen).

Bei den Städten der 2. Gruppe fallen die Themen deutlich anders aus:

Sparpolitik ohne Widerstand, „da es nichts zu verteilen gibt“ (Kiel, Erlangen), Stadttourismus, Kulturpolitik als Standortförderung (Unna, Osnabrück), Kleinteiliges: Parkplätze und Hunde in der Innenstadt (Wuppertal), keine brisanten Themen (Erlangen). Insgesamt wird das stadtpolitische Klima in der Gruppe 2 als eher konfliktfrei gewertet, eine solche Äußerung kommt allerdings auch von dem Experten zur Situation in Hannover.

Diese zweite Gruppe ist unter dem Aspekt der Einwohnerzahlen weniger homogen. Unna und Erlangen liegen mit Zahlen zwischen 70.000 und 100.000 nahe beieinander. Auch Osnabrück und Kiel, beide unter 250.000 Einwohner, können dieser Gruppe auch unter zahlenmäßigen Aspekten hinzugerechnet werden. Für den „Ausbrecher“ Wuppertal mit knapp 370.000 Einwohner ist darauf hinzuweisen, dass Wuppertal mehr als eine Zusammenwürfelung verschiedener kleinerer Städte (Barmen, Elberfeld etc.) betrachtet wird, denn als eine Großstadt. Hinzu kommen andere Gründe für die stadtpolitische Abstinenz des Zentrums, die mit dem Aufwand für den Umbau und Neustart an einem anderen Ort zusammen hängen.

Bei den der Gruppe 1 zugeordneten Zentren beläuft sich die Zahl aller Veranstaltungen auf 2.624. Dem stehen insgesamt 260 Veranstaltungen mit gesellschaftspolitischen Themen gegenüber. Dieses Verhältnis ist nur

geringfügig besser als das der Gesamtheit aller Zentren. Anders fällt der zahlenmäßige Vergleich bei der Betrachtung der Veranstaltungen mit stadtpolitischen Themen aus: Hier entfallen 56 der ermittelten 60 auf die Zentren der Gruppe 1. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die zwei aufwendigen Projekte „parks in space“ (Bremen) und „Zukunft der Stadt“ (Düsseldorf), sowie die Reihe „Gewalt in der Stadt“ (Hannover) und alle stadtpolitischen Statements (insbesondere Bremen und Bochum) den Zentren der Gruppe 1 zuzurechnen sind.

Auch in den Veranstaltungen und in den Statements der zu den beiden Gruppen zugeordneten Zentren spiegelt sich die unterschiedliche Sicht auf die Themen und Problemlagen in der Stadtpolitik wider: „Freizeitparks“, „lokale Eventpolitik“, „soziale Polarisierung“, „Obdachlosigkeit“, „Gewalt und Ausgrenzung“, „Entdemokratisierung“ sind einige der wichtigen Themen in den Zentren der Gruppe 1.

In den kleinen Städten Erlangen und in Osnabrück geht es um „kommunale Kulturpolitik“ und finden Fremdveranstaltungen zur Privatisierung der Stadtwerke statt.

Auch diese differenzierte Betrachtung führt nicht zu einer Verifizierung der zweiten These, trägt aber zu einer Relativierung der Bewertung des Stellenwertes von Stadtpolitik bei. So kann die Aussage getroffen werden, dass soziokulturelle Zentren in großen Städten eher auf stadtpolitische Themen reagieren bzw. diese von sich aus aufgreifen.

8.3 Untersuchung zu soziokulturellen Zentren in NRW

In einer Anfang 2002 im Auftrag des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW durchgeführten Untersuchung „Soziokulturelle Zentren in NRW – Genese-Profile-Perspektiven“ werden Aussagen zur Entwicklung der inhaltlichen Ansätze dieser Einrichtungen getroffen (Flohé/Knopp Veröffentlichung in Vorbereitung). Bei der Studie

wurden Experten aus folgenden soziokulturellen Zentren in NRW befragt: Brotfabrik/Bonn, Bahnhof Langendreer/Bochum, Grend/Essen, Ringlokschuppen/Mühlheim, zakk/Düsseldorf, Cuba/Münster, Alte Feuerwache/Köln, BÜZ/Minden, Alter Schlachthof/Soest, Schuhfabrik/Ahlen, KOMM/Düren, Stroetmanns Fabrik/Emsdetten. Zusätzlich wurden Experten aus dem Akteursumfeld solcher Einrichtungen im Rahmen eines ‚Werkstatt‘-Verfahrens einbezogen.

Die Ergebnisse dieser Studie bietet in einigen Bereichen Anknüpfungspunkte zur Reflexion der Ergebnisse der vorliegenden Arbeit und zwar in folgenden Punkten:

1. Autonomie und Zwänge der Entwicklung soziokultureller Zentren
2. Stellenwert gesellschaftspolitischer Themen in der Arbeit
3. Bedeutung der Größe der Stadt für die Entwicklung der Zentren

Zu 1. Autonomie und Zwänge der Entwicklung

Die Untersuchung hat ergeben, dass sich die Zentren in Bezug auf die Gestaltung ihres Programmangebotes in hohem Maße als unabhängig vom kommunalen Zuschussgeber betrachten. Die befragten Experten der in diese Untersuchung einbezogenen Zentren stellen übereinstimmend heraus, dass kein Einfluss ausgeübt werde. Bestätigt wird diese Aussage von weiteren Experten, die an der ‚Werkstatt‘ teilnahmen. Es gibt jedoch erste Hinweise darauf, dass diese Autonomie künftig über Leistungsvereinbarungen mit dem Zuschussgeber in Frage gestellt werden könnte. Gegenwärtig sehen die Experten im wesentlichen zwei Faktoren, die die Zentren im Rahmen dieser Autonomie zum Handeln zwingen: 1. Das Reagieren auf die ökonomischen Erfordernisse, die sich durch wachsende Kosten und Stagnation bzw. in Einzelfällen auch Rückgang der kommunalen Förderung ergeben und 2. der deutlich empfundene Druck, aufgrund eigener Ansprüche sowie Erwartungen durch die Kooperationspartner und die Besucher, das inhaltliche Profil permanent weiter zu entwickeln. Beide Faktoren werden von den Befragten als Motor der Entwicklung bei den Zentren gesehen, wobei sie betonen, dass die

Ausgestaltung dieser Dynamik relativ autonom vonstatten geht, mit anderen Worten, dass die Zentren auf den Druck reagieren müssen aber die damit verbundenen Entscheidungen eigenverantwortlich treffen.

Zu 2. Stellenwert von gesellschaftspolitischen Themen

Übereinstimmend betrachten die befragten Experten die soziokulturellen Zentren vom Grundverständnis her als politische Einrichtungen. Die Aktivitäten zu gesellschaftspolitischen Themen werden in den meisten Fällen jedoch als zu gering bewertet, was mit „hoher Belastung“ und „andere Prioritäten“ begründet wird. Die Experten weisen zugleich darauf hin, dass sich die Zentren weniger selber als Akteur betrachten sondern eher als Ort für politische Veranstaltungen und entsprechende Diskussionen begreifen. Befragt danach, inwieweit gesellschaftliche ‚Mega-Trends‘, z.B. Individualisierung, soziale Spaltung, im Rahmen des Programms aufgegriffen werden, findet sich hierzu eine Parallele: Die Themen werden überwiegend nicht selber ‚gesetzt‘, also z.B. in Veranstaltungen aufgegriffen. Stattdessen werden sie in ihren Auswirkungen berücksichtigt. So wird in Blick auf die soziale Entwicklung in allen Einrichtungen darauf geachtet, dass das Haus offen für alle Schichten bleibt, und wenn auch hier bei der Eintrittspreisgestaltung für bestimmte Veranstaltungen Grenzen gesetzt sind. Als ein weiteres Beispiel wird genannt, dass es keinen Konsumzwang gibt und bestimmte Getränke besonders günstig abgegeben werden.

Zu 3. Bedeutung der Größe der Stadt

Trotz vieler Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Zentren kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, dass es einen gravierenden Unterschied macht, ob die Zentren in großen oder in kleinen Städten beheimatet sind.

In kleineren Städten tragen die Zentren wesentlich zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur bei und tun dies mit wachsender Tendenz. Hier sind diese Einrichtungen mit ihrem Veranstaltungsangebot einzigartig und zumeist konkurrenzlos. Mit Kabarett, Comedy, Off-Theater und Konzerten decken sie

eine kulturelle Nachfrage ab, vielfach auch über die Grenzen der jeweiligen Stadt hinaus. Befragt, was wäre, wenn es ihr Haus nicht geben würde, antworteten die Experten übereinstimmend, dass damit die kulturelle Infrastruktur in ihrer Stadt in weiten Bereichen wegbrechen würde, zumal für die Aufrechterhaltung eines solchen Angebotes weder die Kulturbehörden noch kommerzielle Anbieter zur Verfügung stehen. In einigen Fällen zeichnet sich sogar die Tendenz ab, dass die Zentren Aufgabenbereiche übernehmen, aus denen sich die öffentliche Hand zurückzieht, wie z.B. die Vernetzung von Künstlerinitiativen und die Nachwuchsförderung. Auch bei ihrem Raumangebot sehen sich die Zentren hier in einer exklusiven Position, denn die meisten Initiativen und kulturellen Gruppen nutzen diese Räume für Treffpunktangebote oder für Veranstaltungen.

In größeren Städten konzentrieren sich die soziokulturellen Zentren wesentlich deutlicher darauf, in bestimmten Sparten und Genres Herausragendes zu bieten, z.B. im Bereich experimenteller Musik, Tanz- und Theater, neuer Literaturpräsentationen. Als Begründung wird hierfür angegeben, dass die kulturelle Vielfalt in diesen Städten größer ist und kommerzielle Veranstalter Angebote in Sparten machen, die vormals den Zentren vorbehalten waren, so z.B. mit Comedyveranstaltungen und bestimmten Konzerten. Auch bei den Raumnutzungen stellt sich die Situation ebenfalls unterschiedlich dar: In den großen Städten verfügen inzwischen viele Initiativen über eigene Räumlichkeiten, so gibt es dort häufig Frauen- und Ökologiezentren und Häuser für ‚Eine Welt Gruppen‘.

Differenziert betrachtet nach Einrichtungen in großen und in kleinen Städten ergeben sich auch in Hinblick auf die Bedeutung der Einbeziehung gesellschaftspolitischer Themen deutliche Unterschiede. Zwar haben politische Veranstaltungen auch in größeren Städten nur einen begrenzten Anteil am Programm aber hier treten die Zentren häufiger als Kooperationspartner und Mitveranstalter auf. In einigen Fällen haben sie auch selber die Initiative ergriffen, insbesondere im Kontext von Migration.

Bedeutsam sind auch die Unterschiede in Hinsicht auf die Einschätzung von Stadtpolitik. Bei den Gesprächen zu Zentren in kleineren Städten wird berichtet, dass hier so gut wie keine stadtpolitischen Auseinandersetzungen stattfinden. Selbst Verteilungskämpfe im Rahmen des städtischen Haushaltes werden nicht als Politikum betrachtet, da „es ja nichts mehr zu verteilen gibt“. Die Existenz des Zentrums stellt nach Einschätzung der Experten ein Politikum dar, weil durch das Programm sich noch immer viele provoziert fühlen würden und es auf diese Weise schon mal zu Auseinandersetzungen kommt.

Die ‚NRW-Untersuchung‘ unterstreicht auch die Bedeutung des räumlichen Aspektes, der als ein Bezugspunkt in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt wurde: Das soziokulturelle Zentrum Alte Feuerwache in Köln liegt mitten in einem innenstadtnahen Wohngebiet und in den Experteninterviews wird diesem Tatbestand besondere Bedeutung in Bezug auf Stadtpolitik beigemessen. Themen der unmittelbaren Nachbarschaft werden ebenso aufgegriffen, wie die „Vertreibungsaktivitäten“ auf der Dom-Platte. Laut Aussage einer Expertin gehört es zum Grundverständnis des Zentrums, ein „besonderer Raum im öffentlichen Raum“ zu sein.

8.4 Fazit

In der Untersuchung zu zehn großen soziokulturellen Zentren im Bundesgebiet konnten die eingangs aufgestellten Thesen nicht bestätigt werden. Die in den Gründerjahren formulierten Ansprüche, im Rahmen einer gesellschaftspolitischen Orientierung auch Stadtpolitik zu einem gewichtigen Thema zu machen, wurden nicht eingelöst. Hier waren die Aktivitäten wesentlich auf ‚das eigene Haus‘ konzentriert, als Stichworte dafür können ‚Selbstverwirklichung‘ und ‚Selbstorganisation‘ genannt werden. Vor dem Hintergrund des Anspruches, basisdemokratisch zu agieren und dies als wichtigen Bestandteil der eigenen Kulturarbeit zu begreifen, reduzierte sich die Wahrnehmung gesellschaftlicher Realität in der Praxis vielfach auf die Gestaltung des „Spielraumes“ (Glaser/Stahl) Kulturzentrum. Diese Entwicklung

wird von Irene Hübner im Kontext ihrer Ende der 70er Jahre erstellten Untersuchung aufgezeigt und kritisiert (Hübner 1981, S. 41).

Nach der Professionalisierung entwickeln sich die großen soziokulturellen Zentren deutlich in Richtung Veranstaltungshaus und Treffpunkt für Gruppen und Initiativen. Ende der 80er Jahre bieten sie mit ihrem Programm ein breites Spektrum von kulturellen Angeboten und Sparten und beheimaten unterschiedliche Gruppen und Initiativen. Mit „Vielfalt als Konzeption“ versuchen Udo Husmann und Thomas Steinert diese Entwicklungsphase zu charakterisieren. Die umfangreiche Palette von Angeboten und Aktivitäten beinhaltet auch das Aufgreifen gesellschaftspolitischer Themen, so dass zumindest in Teilbereichen von einer Wiederbesinnung auf politische Ansprüche ausgegangen werden kann (Wegener 1989, Husmann/Steinert 1993).

Auch gegenwärtig wird von den Akteuren soziokultureller Zentren der Anspruch herausgestellt, gesellschaftspolitische Ziele zu verfolgen. Dies kam in den Expertengesprächen und in der Dokumentenanalyse zum Ausdruck und wird auch in der Untersuchung zu soziokulturellen Zentren in NRW bestätigt.

In zwei weiteren Punkten unterstützt diese neuere Untersuchung die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit: Die relative Autonomie in der Programmausrichtung verweist darauf, dass geringe Präsenz stadtpolitischer Themen deren Stellenwert in der Arbeit der Zentren widerspiegelt.

Zugleich unterstreicht die ‚NRW-Untersuchung‘ auch die Plausibilität des Ansatzes in Hinblick auf Stadtpolitik, zwischen soziokulturellen Zentren in großen und in kleinen Städten zu unterscheiden. In kleineren Städten kommt den Zentren in wachsendem Maße die Funktion der Stärkung der kulturellen Infrastruktur zu. Von den Akteuren werden die Zentren dort schon wegen ihrer Existenz als Politikum gesehen. Dies kommt sehr deutlich in folgendem Zitat der Geschäftsführerin des Kulturzentrum Lindenbrauerein in Unna zum Ausdruck:

„Wir sind so ein Politikum – schon durch unsere Existenz. Hinzu kommt, daß wird den Unnaern ‚Poalbürgern‘ auch einiges zumuten, Lesben- und Schwulendiskos, z.B. Graffiti-Kontest oder Konzerte, in denen Mitglieder der altehrwürdigen Kantorei als Background-Sänger einer Rockband auftreten. Nichts revolutionäres – höchstens an-stößig für einige Kleinstädter“ (Ranft 1999, 134 – Hervorhebungen im Original). Hinzu kommt, dass in beiden Untersuchungen von den Akteuren der Zentren die Situation in ihrer (Klein-)Stadt als „befriedet“, als weitestgehend frei von politischen Auseinandersetzungen gewertet wird. In den größeren Städten werden die Zentren eher mit beschriebenen aktuellen Problemlagen der Stadtentwicklung konfrontiert, was sich in Ansätzen auch in ihrer Arbeit widerspiegelt.

9 Soziokulturelle Zentren und Stadtpolitik

Das Fazit der vorliegenden Untersuchung lautet: Stadtpolitik nimmt gegenwärtig in den Aktivitäten, der dazu befragten großen soziokulturellen Zentren einen eher nachrangigen Stellenwert ein. Dennoch gibt es mehrere Einzelbeispiele, in denen sich zeigt, dass sich die Zentren in Reihen und Projekten mit Stadtpolitik auseinandersetzen:

- Im Vorwort einer vom Schlachthof Bremen unter dem Titel „safety FIRST – Innere Sicherheit im städtischen Raum“ herausgegebenen Projektdokumentation heißt es: „Im Herbst 2000 gab es im Kulturzentrum Schlachthof über einen Zeitraum von vier Wochen die Möglichkeit zur intensiven Auseinandersetzung mit der Bedeutung innerer Sicherheit im öffentlichen Raum. Eine Ausstellung zeigte künstlerische Positionen zum Thema Sicherheit. Den politischen, sozialen und kulturellen Hintergrund der Etablierung neuer sichtbarer und unsichtbarer Grenzen innerhalb der Stadtgesellschaft beleuchtete eine Vortrags- und Filmreihe“ (Kulturzentrum Schlachthof e.V. 2000, S. 6). Das Projekt „safety FIRST“ zeigt die Potentiale, die in einer Thematisierung der Lebensbedingungen in der Stadt liegen, wenn dies mit den Mitteln der Kulturarbeit geschieht. Dutzende von Künstlerinnen und Künstlern waren in das stadtweite Projekt einbezogen. Führungen durch die Ausstellung, Filme und wissenschaftliche Vorträge sorgten dafür, dass dem Projekt stadtweite Aufmerksamkeit zu Teil wurde. Das dies kein „Ausrutscher“ in der Arbeit des Bremer Kulturzentrums ist, wird deutlich herausgestellt: „Schon mehrfach hat das Kulturzentrum Schlachthof Fragen von Urbanität und Stadtentwicklung in Veranstaltungen thematisiert“ (Kulturzentrum Schlachthof 2000, S. 6). Und: „Ein Kulturzentrum wie der Bremer Schlachthof hat allen Grund, sich mit Stadtplanung und ihren Auswirkungen auf das soziale und kulturelle Leben in der Stadt

auseinander zu setzen. Schließlich ist es aus einer umkämpften Industrieruine entstanden. Ein permanenter Umnutzungsprozess der Industrie- in Kulturräume bestimmt den Alltag in einem solchen Gebäude und damit auch immer wieder die Themen“ (Heyduck/Kandzia 1999, S. 6).

- Unter dem Titel „Räume der Freiheit in der Stadt(teil)entwicklung durch Kultur“ fand im Dezember 2001 eine Tagung in Hamburg statt, die auch in besonderer Weise an die Akteure der dort geförderten soziokulturellen Zentren gerichtet war und von deren Netzwerk mit gestaltet wurde. Die Aufmerksamkeit, die solchen Themen, wie „Stadtkultur und Stadtentwicklung“, „Soziokultur und Stadt(teilentwicklung)...“, damit gewidmet wurde, zeugt davon, dass die Akteure soziokultureller Zentren in dieser Großstadt stadtpolitische Entwicklungen als für ihre Arbeit bedeutsam werten.
- Das zack in Düsseldorf knüpft nach eigenen Aussagen immer wieder mit neuen Veranstaltungen an die 2000 durchgeführte Reihe „Zukunft der Stadt“ an, u.a. mit Themen und Reihen wie „JugendKulturStadt“ und „Welt-Stadt“. Auch hier liegt diesen Aktivitäten eine Reflexion über die Bedeutung stadtpolitischer Themen zugrunde, so findet sich in einer Ankündigung zu „Zukunft der Stadt“ folgendes Zitat von Hartmut Häußermann: „Wenn Differenzen zu Gegensätzen werden, wenn Benachteiligungen in Ausgrenzungen umschlagen, wenn die Perspektive der systemischen Integration grundsätzlich in Frage gestellt wird, dann hat Urbanität keine Chance mehr. ... Die prekäre Balance von Dissens, Differenz und Integration, wie sie in der stadtsoziologischen Theorie von Urbanität formuliert wird, kippt dann um. Und in diesem Fall wird die Leichtigkeit des Seins in der Großstadt unerträglich - und zwar für alle!“ (Häußermann 1998, S. 173).

Diese Beispiele, alle aus großen Städten, stehen sicherlich noch nicht für einen Trend. Die hier aufgezeigte Auseinandersetzung mit einer an der „ersten Struktur der Stadt“ orientierten Politik spiegelt jedoch wieder, dass in einigen Zentren das Wissen über die Verwobenheit soziokultureller Ansätze mit Stadtentwicklung vorhanden ist. Es kann die These aufgestellt werden, dass die Auseinandersetzung mit Stadtpolitik im Interesse der Zentren liegt, denn in einer ‚disneyisierten Stadt‘, mit ihren Malls und Events, ihrem Verlust von öffentlichem Raum und an subtiler Urbanität, ihrer Gleichsetzung von Fremden mit Bedrohlichem, haben die Zentren keine Zukunft. Die Alternative, einen Platz im Eventangebot dieser Stadt einzunehmen und sich auf Mainstream zu reduzieren, würde die Identität der Zentren zerstören, die auf einem gesellschaftsbezogenen Verständnis von Kulturarbeit basiert. Darüber hinaus ist diese Perspektive den meisten Zentren, zumindest in den großen Städten, auch schlicht verstellt. In den größeren Städten zeichnet sich bereits jetzt ab, dass kommerzielle Veranstalter dazu über wesentlich größere Ressourcen verfügen, sei es in Form von Räumen, Ambiente und Veranstaltungstechnik. Bewusst dramatisiert kann somit die Aussage getroffen werden, dass die soziokulturellen Zentren, um den Preis ihres Untergangs, dazu ‚verdammte‘ sind, sich mit der Entwicklung ihres ‚Existenzraumes‘ Stadt auseinanderzusetzen. Wobei der Druck hierzu in den großen Städten aus den bereits genannten Besonderheiten sicherlich eher zustande kommen wird.

Auch wenn das Ziel utopisch ist, die dargestellten Tendenzen der Stadtentwicklung rückgängig zu machen, so gibt es doch für die soziokulturellen Zentren viele gute Gründe, für einen aktiven Beitrag zum Erhalt von Strukturelementen der europäischen Stadt. Im Widerstand gegen eine ausschließlich an der „ersten Struktur der Stadt“ orientierten Politik können die Zentren Themen besetzen, die es ermöglichen, sich mit der Frage ‚wie wollen wir leben?‘ auch räumlich konkret auseinandersetzen. Solche Themen, wie die Balance zwischen dem Komfort städtischen Lebens und ökologischer Verantwortung, zwischen Anonymität und Nähe, zwischen Autonomie und Miteinander unterschiedlicher ethnischer Gruppen, werden in der Stadtsoziologie bereits seit Jahren diskutiert. Die Politik zugunsten der „ersten

Struktur der Stadt“ schafft hier einseitig Realitäten, insbesondere mit der Zerstörung des öffentlichen Raumes, gegen die bislang nur wenig Alternativen formuliert wurden. Mit der Besetzung solcher Themen berühren die Zentren auch ihre eigene Interessenslage. So ist z.B. die Präsentation unterschiedlicher Kulturen für viele Zentren ein wichtiger Teil ihrer Kulturarbeit, für die sie ein zahlenmäßig großes und ethnisch-kulturell durchmischtes Publikum suchen. Weitere Themen bezogen auf die Entwicklung der städtischen Lebensqualität sind die Bewegungs- und Entfaltungsmöglichkeiten von Jugendlichen und Kindern, die Infrastrukturangebote für Alleinerziehende und ‘Patchwork-Familien’, Angebote für die neuen ‚jungen Alten‘. Auch hier sind die Zentren nicht nur als Anbieter sondern auch als Kooperationspartner für die Entwicklung städtischer Lebensqualität gefragt (Knopp 2000, 2002).

Die Vielfalt unterschiedlicher Interessenslagen in der Stadt und von Stadtbewohnern und Stadtnutzern gestaltet es schwierig, Themen mehrheitsfähig zu machen. So ist z.B. der Blick auf die Endzeiten von Biergärten, Openair-Festivals und -Kinos ein sehr unterschiedlicher, je nachdem, ob es sich um Besucher oder um Anwohner handelt. Schwerwiegender ist sicherlich die Auseinandersetzung um den Standort eines Drogenhauses, dass viele wollen aber bitte nicht dort, wo sie leben. Aber auch schon Mehrheiten zu finden gegen eine Schließung von Stadtteilbibliotheken, ist in einer überwiegend internetfähigen Gesamtbewohnerschaft mehr durch Antizipation der Folgen sozialräumlicher Schließung als durch eigene Betroffenheit möglich. Es gibt bereits seit langem Hinweise darauf, dass die „kulturelle Dimension“ in gesellschaftlichen Konfliktlagen an Bedeutung gewonnen hat (Siebel 1990, S.143). Mit „kulturellem Blick“ auf die Entwicklung der Stadt werden solche Denkansätze innerhalb der Stadtpolitik diskussionsfähig. Die damaligen Ansätze, Kulturpolitik als „Querschnittsaufgabe“ für alle Ressorts der Stadtpolitik zu nutzen und aus der „kulturellen Dimension“ heraus die Entwicklung der Lebensbedingungen in der Stadt zu betrachten macht heute mehr Sinn denn je. Damit, so die These, ist eine neue Kulturpolitik eine wichtige Voraussetzung für eine neue Stadtpolitik. Soziokulturelle Zentren können einen Beitrag zu der Entwicklung eines solchen

Diskurses leisten und dies quasi „von unten“ her. Dies ist möglich, weil ihnen bezogen auf die Stadt eine Doppelfunktion zukommt, in der sich das Verhältnis Initiative/Institution widerspiegelt:

1. Sie sind mit ihrem Kulturveranstaltungs- und Raumangebot selber Teil der kulturellen und sozialen Infrastruktur einer Stadt. Mit ihrem Kulturprogramm decken sie konkrete Bedürfnisse und Nachfragen ab, zugleich sind sie Treffpunkt und bieten im übertragenen Sinne auch ein Stück Heimat in der Stadt. Soziokulturelle Zentren sind in vielen Fällen unmittelbare Ansprechpartner für die lokale Kulturszene und erbringen über die Schaffung von Auftrittsmöglichkeiten hinaus vielfach auch Beratung, technische und organisatorische Unterstützung. Sie bieten vielen Initiativen und sozialen Bewegungen, wie z.B. Bürgerrechts-, Armuts- und Behindertengruppen Raum und sind ihnen zugleich ein wichtiger Kooperationspartner, da sie diesen häufig auch Unterstützung bei der Organisation von Veranstaltungen zur Mobilisierung für deren Ziele bieten. Als Institution, dies hat die Untersuchung gezeigt, kommt ihnen vor allem in kleineren Städten eine wachsende Bedeutung bei der kulturellen Versorgung zu.

2. Soziokulturelle Zentren können von sich aus Themen besetzen, die für die weitere Entwicklung der Lebensbedingungen in ihrer Stadt von Bedeutung sind. Hierbei ist ihre relative Unabhängigkeit von Verwaltungshierarchien von Nutzen. Dies ist ihnen möglich mit den vielfältigen Mitteln der Kulturarbeit, so kann z.B. die Entwicklung einem polarisierten Verhältnis von Arm und Reich mit Theaterstücken, Lesungen, Benefizkonzerten etc. thematisiert werden (Knopp 1997). Wie die Untersuchung gezeigt hat, hat sich hierbei die Form des Projektes als besonders geeignet erwiesen. Zugleich ist es ihnen möglich, die Auseinandersetzung zu Themen der Stadtpolitik als Veranstaltungen, in Form von runden Tischen, Foren, Tagungen etc. zu organisieren. Dabei können sie, über die eigene Positionierung hinaus, eine vermittelnde Funktion wahrnehmen, da es ihnen möglich ist, Verantwortliche und Entscheider aus der

Stadtpolitik und -verwaltung mit der freien Kulturszene oder Gruppen sozialer Bewegungen an einen Tisch zu bringen.

Diese Doppelfunktion wird auch in dem einleitenden Beitrag zum Projekt „park in space“ des Bremer Zentrums Schlachthof deutlich: „das Kulturzentrum (ist) selbst Teil des städtischen Freizeitangebotes, setzt aber im Gegensatz zu den Hochglanzwelten der Erlebnisparks auf ästhetische und politische Reflexion, auf die Darstellung und Bearbeitung städtischer Konflikte, nicht auf deren Verdrängung“

In der Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Stadt liegt für die Zentren eine Chance, ihre Identität zu wahren und zugleich ihr Konzept fortzuschreiben. Wie dargestellt haben ihren frühen Akteure bewusst im städtischen Raum nach Alternativen zur (klein-)bürgerlichen Lebensweise gesucht. Diesen ‚anderen Bildern vom Leben‘ war auch der grundsätzliche Wille zur Gestaltung von Gesellschaft innewohnend, der sich bei vielen Akteure damals durch Mitwirkung in der Selbstorganisation des Zentrums konkretisierte.

Das gesellschaftspolitische Verständnis von Kultur war für die soziokulturellen Zentren konstituierend. Die Verfolgungen gesellschaftspolitischer Ziele definieren die Zentren als Initiative. Mit der Thematisierung von Stadtentwicklung und Stadtpolitik werden die Zentren als Initiative aktiv. Die Perspektive solcher Aktivitäten liegt in der Orientierung auf den gesamten städtischen Lebensraum. Damit haben die Zentren die Chance, sich an der Auseinandersetzung um ein „neues Bild von der städtischen Lebensweise“ zu beteiligen und dies sowohl als politische Initiative wie auch als Institution.

Literatur

Afheldt, Horst 1994: Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entlässt ihre Kinder, München

Afheldt, Horst 1995: Ausstieg aus dem Sozialstaat?. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 25-26

Alemann, Ulrich von (Hrsg.) 1995: Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriss für Studium und Forschung, Opladen

Alemann, Ulrich von/Tönnemann, Wolfgang 1995: Grundriss: Methoden in der Politikwissenschaft. In: Alemann, Ulrich von (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriss für Studium und Forschung, Opladen

Alheit, Peter 1992a: Kultur und Gesellschaft. Plädoyers für eine kulturelle Neomoderne, Bremen

Alheit, Peter 1992b: Soziokultur - ein unvollendetes Projekt. In: Sievers, Norbert/Wagner, Bernd (Hrsg.): Bestandsaufnahme Soziokultur, Stuttgart, Berlin, Köln

Alheit, Peter 1994: Zivile Kultur - Verlust und Wiederaneignung der Moderne, Frankfurt, New York

Alheit, Peter 1999: Soziokultur ist politisch, ob sie will oder nicht. In: Flohé, Alexander/Knopp, Reinhold: Drehpunkte. Perspektiven und Kontexte soziokultureller Praxis, Essen

Alisch, Monika 1997: Soziale Stadtentwicklung - Leitlinien einer Politik für benachteiligte Quartiere. Das Beispiel Hamburg. In: Hanesch, Walter (Hrsg.): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit, Opladen

Alisch, Monika (Hrsg.) 1998: Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Opladen

Alisch, Monika 1998: Stadtteilmanagement - Zwischen politischer Strategie und Beruhigungsmittel. In: Alisch, Monika (Hrsg.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Opladen

Alisch, Monika 2000: Arme Viertel – Reiche Viertel: Strategien gegen die sozialräumliche Spaltung der Stadt. In: Loers/Annette, Knopp/Reinhold (Hrsg.): Orstgespräche. Die Zukunft der Stadt in der Diskussion, Essen

Alisch, Moinka 2002: Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen, Opladen

Alisch, Monika/Dangschat, Jens S. 1993: Die Solidarische Stadt, Darmstadt

Alisch, Monika/Dangschat, Jens S. 1998: Armut und soziale Integration, Opladen

Altwater, Elmar 1995: Sozialpolitik im „globalen“ Dorf. In: Hengsbach, Friedhelm/ Möhring-Hesse, Matthias (Hrsg.): Eure Armut kotzt uns an!, Frankfurt am Main

ART (Hrsg.) 1988: Kultur Macht Politik, Köln

Bahnhof Langendreer e.V. 1996: Zehn Jahre und kein bißchen leise – eine Standortbestimmung. In: Programmheft 12/96, Bochum, Eigendruck

Beck, Ulrich 1983: Jenseits von Stand und Klasse. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen

Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main

Beck, Ulrich 1994: Jenseits von Stand und Klasse. In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): Riskante Freiheiten, Frankfurt am Main

Beck, Ulrich 1997: Die uneindeutige Sozialstruktur: Was heißt Armut, was Reichtum in der ‚Selbst-Kultur‘. In: Beck, Ulrich/Sopp, Peter (Hrsg.): Individualisierung und Integration. Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?, Opladen

Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.) 1994: Riskante Freiheiten, Frankfurt am Main

Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth 1994: Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie. In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): Riskante Freiheiten, Frankfurt am Main

-
- Beck, Ulrich/Sopp, Peter (Hrsg.) 1997: Individualisierung und Integration. Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?, Opladen
- Berger, Peter A. 1986: Entstrukturierte Klassengesellschaft? Klassenbildung und Strukturen sozialer Ungleichheit im historischen Wandel, Opladen
- Berger, Peter A./Hadriil, Stefan (Hrsg.) 1990: Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. In: Soziale Welt, Sonderband 7, Göttingen
- Berger, Peter A./Vester, Michael (Hrsg.) 1998: Alte Ungleichheiten Neue Spaltungen, Opladen
- Berger, Peter A./Vester, Michael 1998: Alte Ungleichheiten Neue Spaltungen. In: Berger, Peter A./Vester, Michael (Hrsg.): Alte Ungleichheiten Neue Spaltungen, Opladen
- Beste, Hubert 1996: Warum findet die Revolution nicht Stadt? Private Sicherheitsdienste im urbanen Raum. In: Vorgänge, Heft 135
- Beste, Hubert 2000: Sicherheit und Policing in der neuen Metropole. In: Loers, Annette/Knopp, Reinhold (Hrsg.): Ortsgespräche. Die Zukunft der Stadt in der Diskussion, Essen
- Bischoff, Joachim 1999: From Welfare to Work? Über den „Umbau“ des Sozialstaates. In: Herkommer, Sebastian (Hrsg.): Soziale Ausgrenzungen, Hamburg
- Blasius, Jörg 1996: Neue Lebensstile und Wohnformen. Der Wandel von innenstadtnahen Wohnquartieren infolge der Wiederaufwertung. In: Schäfers, Bernhard/Göttrik, Wewer (Hrsg.): Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt, Opladen
- Blum, Elisabeth (Hrsg.) 1996: Wem gehört die Stadt? Armut und Obdachlosigkeit in den Metropolen, Basel
- Blum, Elisabeth 1996: Wem gehört die Stadt? – Stadt und Städtebau im Umbruch. In: Blum, Elisabeth (Hrsg.): Wem gehört die Stadt? Armut und Obdachlosigkeit in den Metropolen, Basel
- Brademann, Rita u. a. 1989: Von der Selbst- zur Mitarbeiterverwaltung. Die Zeche Carl in Altenessen. In: Claßen, Ludger u.a. (Hrsg.): In Zechen, Bahnhöfen und Lagerhallen, Essen

Bremer, Peter/Gestring, Norbert 1997: Urban Underclass - neue Formen der Ausgrenzung in deutschen Städten. In: Prokla Heft 106

Briese, Dunja/Spieckermann, Gerd 2002: Soziokulturelle Zentren auf dem empirischen Prüfstand. In: Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren NRW (Hrsg.): Soziokulturelle Zentren – unverzichtbar für NRW, Potsdam

Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V. (Hrsg.) 2000:
www.soziokultur.de/20, Essen

Bürgerinitiative Raschplatz e.V. (Hrsg.) 1997: Arbeitsrichtlinien für Beschäftigte der BI Raschplatz e.V. Hannover im Pavillon, Hannover, Eigendruck

Bürgerinitiative Raschplatz e.V. (Hrsg.) 1997: Rechenschaftsbericht 1996, Hannover, Eigendruck

Bürgerinitiative Raschplatz e.V. (Hrsg.) 1998: Rechenschaftsbericht 1997, Hannover, Eigendruck

Bürgerinitiative Raschplatz e.V. (Hrsg.) 1999: Rechenschaftsbericht 1998, Hannover, Eigendruck

Butterwegge, Christoph 1999: Wohlfahrtsstaat im Wandel, Opladen

Chassé, Karl August (Hrsg.) 1988: Armut und Obdachlosigkeit, München

Chassé, Karl August 1988: Nach dem Wirtschaftswunder: Armut in den 80er Jahren. In: Chassé, Karl August (Hrsg.): Armut und Obdachlosigkeit, München

Claßen, Ludger u.a. (Hrsg.) 1989: In Zechen, Bahnhöfen und Lagerhallen, Essen

Cornel, Hajo/Knigge, Volkhard (Hrsg.) 1990: Das neue Interesse an der Kultur, Hagen

Dallmann, Gerd 1988: Zur Selbstverwaltung in soziokulturellen Zentren. In: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Innovation für Kultur, Bildung und Gesellschaft, Bonn

Dangschat, Jens S. 1995: Stadt als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B. 31-32

Dangschat, Jens S. 1996: Lokale Probleme globaler Herausforderungen in deutschen Städten. In: Schäfers, Bernhard/Wewer, Gottrik (Hrsg.): Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt, Opladen

Dangschat, Jens S. 1997: Sag' mir wo Du wohnst, und ich sag' Dir, wer Du bist! Zum aktuellen Stand der deutschen Segregationsforschung. In: Prokla Heft 109

Dangschat, Jens S. 1998a: Klassenstrukturen im Nachfordismus. In: Berger, Peter A./ Vester Michael (Hrsg.): Alte Ungleichheiten Neue Spaltungen, Opladen

Dangschat, Jens S. 1998b: Segregation. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.) 1998b: Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen

Dangschat, Jens S. 1999: Globalisierung, Wettbewerbsstadt und Quartiersentwicklung. In: Flohé, Alexander/Knopp, Reinhold: Drehpunkte. Kontexte und Perspektiven soziokultureller Praxis, Essen

Demirovic, Alex 1993: Kultur für alle - Kultur durch alle. Demokratische Kulturpolitik und soziale Transformation. In: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 63, IV/1993

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.) 1988: Innovation für Kultur, Bildung und Gesellschaft, Bonn

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.) 1990: Vielfalt als Konzeption. Zu der Arbeit soziokultureller Zentren und den Anforderungen an ihre Mitarbeiter, Bonn

Deutscher Städtetag (Hrsg.) 1971: Rettet die Städte jetzt, Köln

Dietz, Berthold u.a. (Hrsg.) 1999: Handbuch der kommunalen Sozialpolitik, Opladen

Dietz, Berthold u.a. 1999: Kommunale Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. In: Dietz, Berthold u.a. (Hrsg.): Handbuch der kommunalen Sozialpolitik, Opladen

Dröge, Franz/Krämer-Badoni, Thomas 1987: Die Kneipe. Zur Soziologie einer Kulturform, Frankfurt am Main

Flick, Uwe 1996: Qualitative Forschung - Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek bei Hamburg

-
- Flohé, Alexander 1999: Kommunale Handlungsspielräume - Soziokulturelle Zentren als Foren und Orte einer deliberierenden Bürgergesellschaft. In: Zukünfte, Heft 27
- Flohé, Alexander/Knopp, Reinhold (Hrsg.) 1999: Drehpunkte. Kontexte und Perspektiven soziokultureller Praxis, Essen
- Flohé, Alexander/Knopp, Reinhold: Soziokulturelle Zentren in NRW, Genese-Profile-Perspektiven, Veröffentlichung in Vorbereitung
- Flohé, Alexander/Trapp, Christian 2000: Wiedererwachen des Einzelkämpfer?. In: Zukünfte Heft 34
- Freyberg, Thomas von 1996: Der gespaltene Fortschritt. Zur städtischen Modernisierung am Beispiel Frankfurt am Main, Frankfurt am Main/New York
- Friebertshäuser, Barbara/Prenzel, Annedore (Hrsg.) 1997: Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft, Weinheim und München
- Friedrichs, Jürgen 1998: Gentrification. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen
- Früh, Werner 1991: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis, München
- Galbraith, John Kenneth 1971: Die Zukunft der Städte im modernen Industriesystem - Konzept der organischen Stadt. In: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Rettet die Städte jetzt, Köln
- Garz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hrsg.) 1991: Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen, Opladen
- Glaser, Hermann 1999: Kommunale Kulturpolitik. In: Wollmann, Helmut/Roth, Roland (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen
- Glaser, Hermann 2000: Statement. In: Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Sachsen e.V.: Paradigma Soziokultur? Prozesse und Produkte in Theorie und Praxis, Dresden
- Glaser, Hermann/Stahl, Karl Heinz 1974: Die Wiedergewinnung des Ästhetischen. Perspektiven und Modelle einer neuen Soziokultur, München
- Göschel, Albrecht 1991: Die Ungleichzeitigkeit der Kultur, Stuttgart Berlin Köln

Göschel, Albrecht 1993: Entwicklungstendenzen und Chancen der Soziokultur. In: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 61/62, Hagen

Göschel, Albrecht u.a. 1995: Die befragte Reform, Berlin

Göschel, Albrecht 2000: Kultur für alle - Kultur für wen? Thesenpapier. In: Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V. (Hrsg.): www.soziokultur.de/20, Essen

Hadril, Stefan (Hrsg.) 1997: Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaft. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996, Frankfurt am Main/New York

Häußermann, Hartmut 1996: Tendenzen sozialräumlicher Schließung in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland. In: Widersprüche Heft 60, Juni 1996

Häußermann, Hartmut 1997a: Armut und Unterklasse. In: Leviathan Heft 1/1997

Häußermann, Hartmut 1997b: Armut in den Großstädten - eine neue städtische Unterklasse?. In: Leviathan Heft 1/1997

Häußermann, Hartmut 1998: Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen „underclass“?. In: Heitmeyer, Wilhelm u.a. (Hrsg.): Die Krise der Städte, Frankfurt am Main

Häußermann, Hartmut (Hrsg.) 1998: Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen

Häußermann, Hartmut 1999: „Der Potsdamer Platz ist kein urbaner Raum“. In: Frankfurter Rundschau vom 16.4.1999

Häußermann, Hartmut/Kapphan, Andreas 2000: Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990, Opladen

Häußermann, Hartmut/Roost, Frank 1998: Globalisierung, Global City. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 1987: Neue Urbanität, Frankfurt am Main

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 1991a: Bausteine zu einem Szenario der Entwicklung von Berlin. In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz (Hrsg.): Metropole Berlin: Mehr als Markt!, Berlin

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (Hrsg.)1993: Festivalisierung der Stadtpolitik, Leviathan Sonderheft 13/1993

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 1993: Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. In: Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik, Leviathan Sonderheft 13/1993

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 1997: Stadt und Urbanität. In: Merkur Heft 4/1997

Hanesch, Walter u.a. 1994: Armut in Deutschland, Reinbek bei Hamburg

Hanesch, Walter (Hrsg.) 1997: Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit, Opladen

Hardt, Annette u.a. (Hrsg.) 2000: Stadt und soziale Wirklichkeit, Opladen

Hardt, Annette u.a. 2000: Soziale Ungleichheit als stadtsoziologisches Thema - ein Überblick. In: Hardt, Annette u.a. (Hrsg.): Stadt und soziale Wirklichkeit, Opladen

Heinelt, Hubert/Wollmann, Helmut (Hrsg.) 1991: Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 80er Jahren, Basel/Boston/Berlin

Heitmeyer, Wilhelm u.a. (Hrsg.) 1998: Die Krise der Städte, Frankfurt am Main

Hengsbach, Friedhelm/ Möhring-Hesse, Matthias (Hrsg.) 1995: Eure Armut kotzt uns an!, Frankfurt am Main

Herkommer, Sebastian (Hrsg.) 1999: Soziale Ausgrenzungen, Hamburg

Herkommer, Sebastian 1999: Deklassiert, ausgeschlossen, chancenlos - die Überzähligen im globalisierten Kapitalismus. In: Herkommer, Sebastian (Hrsg.): Soziale Ausgrenzungen, Hamburg

Heyduck, Elke/Kandzia Vera 1999: Wie würden Sie einen ‚Park‘ definieren. In: Kulturzentrum Schlachthof (Hrsg.): parks in space. Künstlerische und theoretische Beiträge zum freizeit- und konsumgerechten Umbau der Städte, Bremen

Hitzler, Ronald u.a. (Hrsg.) 1994: Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit, Opladen

Hitzler, Ronald 1994: Wissen und Wesen des Experten. Ein Annäherungsversuch - zur Einleitung. In: Hitzler, Ronald u.a. (Hrsg.): Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit, Opladen

Hoffmann, Hilmar (Hrsg.) 1974: Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik, Frankfurt am Main

Hoffmann, Hilmar 1979: Kultur für alle, Frankfurt am Main

Hoffmann, Hilmar 1981: Kultur für alle, 2. Auflage, Frankfurt am Main

Hübner, Irene 1981: Kulturzentren. Gesellschaftliche Ursachen, empirische Befunde, Perspektiven soziokultureller Zentren, Weinheim und Basel

Husmann, Udo/Steinert, Thomas 1990: Einführung in den Forschungsbericht. In: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Vielfalt als Konzeption. Zu der Arbeit soziokultureller Zentren und den Anforderungen an ihre Mitarbeiter, Bonn

Husmann, Udo/Steinert, Thomas 1993: Soziokulturelle Zentren, Essen

Huster, Ernst-Ulrich 1993: Neuer Reichtum und alte Armut, Düsseldorf

Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.) 1997: Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung, Frankfurt am Main/New York

Huster, Ernst-Ulrich 1997: Enttabuisierung der sozialen Distanz: Reichtum in Deutschland. In: Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung, Frankfurt am Main/New York

Kaufmann, Franz Xaver 1997a: Geht es mit der Integrationsfunktion des Sozialstaates zu Ende?. In: Hadril, Stefan (Hrsg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaft. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996, Frankfurt am Main/New York

Kaufmann, Franz Xaver 1997b: Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt am Main

Keim, Rolf/Neef, Rainer 2000: Ausgrenzung und Milieu: Über die Lebensbewältigung von Bewohnerinnen und Bewohner städtischer Problemgebiete. In: Hardt, Annette u.a. (Hrsg.): Stadt und soziale Wirklichkeit, Opladen

Klein, Ansgar u.a. (Hrsg.) 1999: Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Wiesbaden

Knopp, Reinhold 1997: Die Stadt als Orientierungspunkt. In: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 77, II/77

Knopp, Reinhold 1999: „Die Maus hat rote Strümpfe an!? Soziokulturelle Zentren und die Chance der Politisierung eines immer noch unvollendeten Projektes. In: Flohé, Alexander/Knopp, Reinhold (Hrsg.): Drehpunkte. Kontexte und Perspektiven soziokultureller Praxis, Essen

Knopp, Reinhold 2000: Kultur für alle - Kultur für wen? Thesenpapier. In: Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V. (Hrsg.): www.soziokultur.de/20, Essen

Knopp, Reinhold 2002: Stadtentwicklung und soziokulturelle Zentren – zwischen Absichtserklärung und produktivem Verhältnis. In: Landesrat für Stadtteilkultur der Kulturbehörde Hamburg (Hrsg.): Räume der Freiheit, Hamburg

Knopp, Reinhold/Loers, Annette 2000: Soziokulturelle Zentren und die Auseinandersetzung um die Zukunft der Stadt. In: Loers/Annette/Knopp, Reinhold (Hrsg.): Ortsgespräche. Die Zukunft der Stadt in der Diskussion, Essen

König-Bargel, Bärbel 1999: Soziokultur in der Programmarbeit. In: Flohé, Alexander/Knopp, Reinhold (Hrsg.): Drehpunkte. Kontexte und Perspektiven soziokultureller Praxis, Essen

Krämer-Badoni, Thomas 1999: Die Stadtsoziologie Ende der 90er Jahre. In: Soziologische Revue, Heft 4, Oldenburg

Krause, Peter/Wagner, Gert 1997: Einkommens-Reichtum und Einkommens-Armut in Deutschland. Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). In: Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung, Frankfurt am Main/New York

Kreckel, Reinhard (Hrsg.) 1983: Soziale Ungleichheiten. Sonderband 2 Soziale Welt, Göttingen

-
- Kronauer, Martin u.a. 1993: Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt am Main/New York
- Kronauer, Martin 1997: „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: Über neue Formen gesellschaftlicher Spaltung. In: Leviathan Heft 1/1997
- Kronauer, Martin 1998a: Armut, Ausgrenzung, Unterklasse. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen
- Kronauer, Martin 1998b: „Exklusion“ in der Armutsforschung und der Systemtheorie. Anmerkungen zu einer problematischen Beziehung. In: SOFI-Mitteilungen, Nr. 26, 1998
- Kronauer, Martin 1999: Die Innen-Außen-Spaltung der Gesellschaft. In: Herkommer, Sebastian (Hrsg.): Soziale Ausgrenzungen, Hamburg
- Kronawitter, Georg (Hrsg.) 1994: Das Manifest der Oberbürgermeister. Rettet unsere Städte jetzt!, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau
- Krüger, Heinz-Hermann/Thole Werner: Soziokulturelle Zentren. Politische und kulturpädagogische Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: Claßen, Ludger u.a. (Hrsg.): In Zechen, Bahnhöfen und Lagerhallen, Essen
- Kultur- und Kommunikationszentrum E-Werk 1994: Konzeption, Erlangen, Eigendruck
- Kultur- und Kommunikationszentrum E-Werk 1997: Jahresbericht 1996, Erlangen, Eigendruck
- Kulturzentrum Schlachthof 1996: Bescheidene Verhältnisse. Dokumentation zum Kongreß, Bremen, Eigendruck
- Kulturzentrum Schlachthof (Hrsg.) 1999: parks in space. Künstlerische und theoretische Beiträge zum freizeit- und konsumgerechten Umbau der Städte, Bremen
- Kulturzentrum Schlachthof (Hrsg.) 2000: safety first. Innere Sicherheit im städtischen Raum, Bremen , Eigendruck
- Lagerhalle e.V. 1993: Rechenschaftsbericht Kultur- und Kommunikationszentrum, Osnabrück, Eigendruck
- Lagerhalle e.V. 1997: Lagerhalle e.V. wählte neuen Vorstand, in: Programmheft 10/1977, Osnabrück, Eigendruck

Lamnek, Siegfried 1988: Qualitative Sozialforschung - Band 1: Methodologie, München und Weinheim

Lamnek, Siegfried 1989: Qualitative Sozialforschung - Band 2: Methoden und Techniken, München und Weinheim

Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren NRW (Hrsg.) 1989: Kongress der SiegerInnen - Auf zu neuen Ufern, Essen

Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren NRW (Hrsg.) 2002: Soziokulturelle Zentren – unverzichtbar für NRW, Potsdam

Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Sachsen e.V. (Hrsg.) 2000: Paradigma Soziokultur? Prozesse und Produkte in Theorie und Praxis, Dresden

Lindenbrauerei e.V. 1990: Konzept, Unna, Eigendruck

Lindloff, Karsten 1989: Die Börse Wuppertal. In: Claßen, Ludger u.a. (Hrsg.): In Zechen, Bahnhöfen und Lagerhallen, Essen.

Loers, Annette/Knopp, Reinhold (Hrsg.) 2000: Ortsgespräche. Die Zukunft der Stadt in der Diskussion, Essen

Lütke, Harald 1989: Expressive Ungleichheit. Zur Soziologie der Lebensstile, Opladen

Lutz, Burkart 1989: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt/New York

Marcuse, Herbert 1965: Kultur und Gesellschaft I, Frankfurt am Main

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike 1991: ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. In: Garz, Dettel/Kraimer, Klaus (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen, Opladen

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike 1994: Expertenwissen und Experteninterview. In: Hitzler, Ronald u.a. (Hrsg.): Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit, Opladen

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike 1997: Das ExpertInneninterview - Wissensoziologische Voraussetzungen und methodische Durchführung. In: Friebertshäuser, Barbara/Pregel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft, Weinheim und München

Mickel, Wolfgang (Hrsg.) 1986: Handwörterbuch der Politikwissenschaft, München

Mitscherlich, Alexander 1965: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main

Nahrstedt, Wolfgang u.a. 1990: Soziokultur à la carte. Bestandsaufnahme und Perspektiven soziokultureller Zentren, Bielefeld

Naßmacher Karl-Heinz 1986: Kommunalpolitik. In: Mickel, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch der Politikwissenschaft, München

Otterstedt, Matthias 1999: Einmischung in soziale, stadtkulturelle Zusammenhänge – am Beispiel des Kooperationsprojekts mit Fußballfans, dem Fan-Projekt Bremen e.V. und dem Kulturzentrum Schlachthof. In: Flohé, Alexander/Knopp, Reinhold (Hrsg.): Drehpunkte. Kontexte und Perspektiven soziokultureller Praxis, Essen

Overbeck, Willi 1998: „Wir setzen auf Kooperation“. In: Neue Rheinzeitung vom 3.10.1998

Plum, Elisabeth (Hrsg.) 1996: Wem gehört die Stadt, Basel

Plum, Elisabeth 1996: Wem gehört die Stadt? - Stadt und Städtebau im Umbruch. In: Plum Elisabeth (Hrsg.): Wem gehört die Stadt, Basel

Ranft, Regina 1999: Soziokultur und das Politische vor Ort ... (ein ernstzunehmender Beitrag). In: Flohé, Alexander/Knopp, Reinhold (Hrsg.): Drehpunkte. Kontexte und Perspektiven soziokultureller Praxis, Essen

Reinborn, Dietmar 1996: Städtebau im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart Berlin Köln

Röbke, Thomas 1992: Das frühe 'politische Programm' der Soziokultur. In: Sievers, Norbert/Wagner: Bestandsaufnahme Soziokultur, Stuttgart, Berlin, Köln

Röbke, Thomas 1993a: Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik, Erklärungen und Dokumente 1972-1992, Essen

Röbke, Thomas 1993b: Normalität als Chance - Die unendliche Geschichte der Soziokultur. In Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 61/62, Hagen

-
- Röbke, Thomas 1995: Was ist und bis zu welchem Ende betreibt man Soziokultur?. In: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung Heft 35/1995
- Ronneberger, Klaus 2000: Der Traum vom reinen Raum. Zur Produktion urbaner Erlebniswelten. In: Loers, Annette/Knopp, Reinhold (Hrsg.): Ortsgespräche. Die Zukunft der Stadt in der Diskussion, Essen
- Roth, Roland 1999: Lokale Demokratie ‚von unten‘. Bürgerinitiativen, städtischer Protest, Bürgerbewegungen und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik. In: Wollmann, Helmut/Roth, Roland (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen
- Sauberzweig, Dieter 1974: Kulturpolitik und Stadtentwicklung. In: Hoffmann, Hilmar (Hrsg.): Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik, Frankfurt am Main
- Schäfers, Bernhard/Wewer, Gottrik (Hrsg.) 1996: Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt, Opladen
- Schmid, Josef 1995: Expertenbefragung und Informationsgespräch in der Parteienforschung: Wie föderalistisch ist die CDU?, in Alemann, Ulrich von (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriss für Studium und Forschung, Opladen
- Schmittenner, Horst/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) 1999: Sozialstaat als Reformprojekt. Optionen für eine andere Politik, Hamburg
- Scholz, Carola 2000: Festivals, Events und kein Ende. Stadtentwicklung im Zeichen der ‚künstlichen Erlebniswelten‘. In: Loers, Annette/Knopp, Reinhold (Hrsg.): Ortsgespräche. Die Zukunft der Stadt in der Diskussion, Essen
- Schulze, Joachim 1993: Soziokulturelle Zentren - Stadterneuerung von unten, Essen
- Schulze, Joachim 2000: Soziokulturelle Zentren und Gemeinwesenarbeit - eine „Wahlverwandtschaft“. In: LAG Soziokultur Sachsen e.V. (Hrsg.): Paradigma Soziokultur? Prozesse und Produkte in Theorie und Praxis, Dresden
- Schwenke, Olaf 1971: Der Stadt Bestes suchen. In: Evangelische Kommentare, Monatszeitschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft, Heft 12
- Siebel, Walter 1990: Stadtkultur. In: Cornel, Hajo/Knigge, Volkhard (Hrsg.): Das neue Interesse an der Kultur, Hagen

-
- Siebel, Walter 1997: Armut oder Ausgrenzung, in: Leviathan Heft 1/1997
- Sievers, Norbert/Wagner, Bernd (Hrsg.) 1992: Bestandsaufnahme Soziokultur, Stuttgart, Berlin, Köln
- Sievers, Norbert/Wagner, Bernd 1992: Soziokultur und Kulturpolitik. In: Sievers, Norbert/Wagner, Bernd (Hrsg.): Bestandsaufnahme Soziokultur, Stuttgart, Berlin, Köln
- Strubelt, Wendelin 2000: Soziale Ungleichheit - ein Tatbestand und ein Begriff im fachlichen Kontext. In: Hardt, Annette u.a. (Hrsg.): Stadt und soziale Wirklichkeit, Opladen
- Stüdemann, Jörg 1999: Soziokultur – quo vadis?. In: Flohé, Alexander/Knopp, Reinhold (Hrsg.): Drehpunkte. Kontexte und Perspektiven soziokultureller Praxis, Essen
- Thole, Werner 1989: „Wilde Gugelfuhr“ und Musische Erziehung. Zur Sozial- und Ideengeschichte selbstverwalteter Kulturzentren. In: Claßen, Ludger u.a. (Hrsg.): In Zechen, Bahnhöfen und Lagerhallen, Essen
- Vester, Michael u.a. 1993: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Köln
- Vorstand des Vereins Kommunikationszentrum Wuppertal 1993: Bericht zur Reorganisation und Neukonzeption des Kommunikationszentrum Wuppertal e.V. „die börse“, Wuppertal, Eigendruck
- Vorstand und Mitarbeiter die börse 1997: Situationsbestimmung, Wuppertal, Eigendruck
- Wagner, Bernd 1988: Vom Aschenputtel zum Hätschelkind? Tendenzen kommunaler Kulturpolitik. In: ART (Hrsg.): Kultur Macht Politik, Köln
- Wagner, Bernd 1993: Die ‚Neue Kulturpolitik‘ und das ‚neue Interesse an der Kultur‘. In: Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.), Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 61/62 II-III/93, Hagen
- Weber, Barbara 1999: Arbeits- und Entscheidungsstrukturen im Kultur- und Kommunikationszentrum Pavillon/Hannover. In: Flohé, Alexander/Knopp, Reinhold (Hrsg.): Drehpunkte. Kontexte und Perspektiven soziokultureller Praxis, Essen

Wegener, Reinhard 1989: 10 Jahre Soziokultur - wir haben gesiegt. In: Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren NRW: Kongreß der SiegerInnen - Auf zu neuen Ufern, Essen

Wollmann, Helmut/Roth, Roland (Hrsg.) 1999: Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen

zakk e.V. 1979: 1 - zakk - ein kommunikationszentrum für düsseldorf - Rahmenkonzeption, Düsseldorf, Eigendruck

zakk e.V. 1987: Ziele der zakk-Arbeit, Düsseldorf, Eigendruck

zakk e.V. 1991: 10 Jahre zakk, Düsseldorf, Eigendruck

zakk e.V. 1996: Jahresbericht 1995, Düsseldorf, Eigendruck

zakk e.V. 2000: Jahresbericht 1999, Düsseldorf, Eigendruck

Zeche Carl e.V. 1987: Selbstdarstellung, Essen, Eigendruck

Zeche Carl e.V. ohne Datum: Positionsbestimmung, Essen, Eigendruck

Zimmermann, Gunter E.: 1996: Armut in der Großstadt. Zur Konzeption von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Sozialhilfe. In: Schäfers, Bernhard/Wewer, Gottrik (Hrsg.): Die Stadt in Deutschland, Opladen

Zimmermann, Gunter E. 1998: Armut. In: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt, Opladen

Hiermit erkläre ich, die Dissertation selbständig verfasst und alle dabei benutzten Hilfsmittel vollständig angegeben zu haben.

Düsseldorf, den 2.11.2002

Reinhold Knopp

Lebenslauf

Reinhold Knopp
20.01.1954

Schulische Bildung/Praktika:

1960-1972 Volksschule, Handelsschule, Höhere Handelsschule
1972-1973 Praktisches Jahr: Gemeinwesenarbeit in Neuss-Erfttal

Studium:

1973-1978 Sozialarbeit, FH Düsseldorf - Graduierung
1978-1982 Pädagogik, Universität Düsseldorf – Diplom
1997-2003 Sozialwissenschaft, Universität Oldenburg – Promotion

Berufliche Praxis:

1975-1984 Verschiedene Tätigkeiten im Bereich der sozialen Jugendarbeit auf Teilzeit- und Honorarbasis, u.a. städt. Jugendclub, Düsseldorf-Eller, Kinder- und Jugendarbeit, städt. Kinderspielhaus, Düsseldorf, Dorotheenstraße, Jugendgerichtshilfe Hilden, Schulsozialarbeit, Lehr- und Betreuungstätigkeit in ausbildungsfördernden und ausbildungsbegleitenden Maßnahmen, „Lehrer im Blaumann“ bei der VHS Düsseldorf, Jugendberufshilfe Düsseldorf, Kinderheim St. Raphael Düsseldorf (bis 1987),

1985-1990 Kulturzentrum zakk, Düsseldorf – Vollzeitstelle, u.a. in den Bereichen Sozialarbeit mit ausländischen Jugendlichen, Nachbarschaftsprojekte „Eine-Welt“-Kulturarbeit und Programmplanung.

1990-2001 GmbH-Geschäftsführung, Kulturzentrum zakk Düsseldorf.
Inhaltliche Leitung, Außenvertretung, Personal- und Finanzverantwortung und Projektverantwortung.

Lehrtätigkeit Hochschule:

1984-1985 Lehraufträge an der FH Düsseldorf, FB Sozialpädagogik
1992-2001 Lehraufträge Soziologie, FH Düsseldorf FB Sozialarbeit
2001-2003 Vertr. Professur Soziologie FH Düsseldorf, FB Sozialarbeit
seit 2003 Fachlehrer für Methoden, FH Düsseldorf, FB Sozialarbeit

Freiberufliche Tätigkeit

seit 2001 u.a. Moderationen, Zukunftswerkstätten für die Lokale Agenda 21, das Planungs-, Kultur- und Umweltamt der Stadt Düsseldorf.
Forschungsbericht Soziokulturelle Zentren NRW im Auftrag des Landes NRW, Evaluation zu „Kunst und Kultur an die Schulen“ Kulturamt Stadt Düsseldorf.